

Preussische Allgemeine



Nr. 26 · 1. Juli 2022

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €



Die Affäre Nannen

Die umstrittene Vergangenheit des „stern“-Gründers. Anmerkungen zu einer Debatte
Seiten 3 und 11



Wirtschaft Der Energiewende geht langsam die Puste aus Seite 7



Kulturhauptstadt Kaunas auf der Suche nach einer neuen Identität Seite 21

AUFGEFALLEN

Die neue Weltunordnung der „Aktivisten“

Zur Geschichte der G7- und der G20-Gipfel gehören seit Langem auch die begleitenden Proteste. Fast immer sind diese mit Gewaltorgien selbsternannter „Aktivisten“ verbunden. Genua, Hamburg und viele andere Städte können ein Lied davon singen.

Auch für das diesjährige Gipfeltreffen in Elmau waren große Demonstrationen angekündigt worden. Konkret hatten die Veranstalter des Protestbündnisses „Stop G7 Elmau“ für das vergangene Wochenende im nahen München eine Veranstaltung mit 20.000 Teilnehmern angemeldet. Doch es kam anders: Laut Polizeiangaben kamen nur rund 6000 „Aktivisten“ in der bayerischen Landeshauptstadt zusammen. Die Fernsehbilder lassen gar vermuten, dass es noch weniger waren, sodass selbst die Organisatoren zugaben, enttäuscht zu sein.

Das wirft unweigerlich die Frage auf, warum die Zahl der Demonstranten – und damit auch der in ihrem Gefolge stattfindenden Krawalle – diesmal so niedrig war. Die drückende Hitze allein kann es nicht sein, hat man sich davon bei anderen Gelegenheiten schließlich auch nicht abschrecken lassen.

Plausibler ist vielmehr, dass diejenigen, die seit Jahren gegen die etablierte Weltordnung demonstrierten, die ihnen immerhin Freiheit, Wohlstand und Sicherheit garantierte, angesichts der neuen Weltunordnung nicht mehr wissen, was „gut“ und was „böse“ ist – und wofür oder wogegen sie folglich demonstrieren sollen. *neh*

INTERNATIONALE POLITIK

Der Westen erlebt Tage der Offenbarung

Der G7-Gipfel in Elmau sollte Einheit und Stärke der großen Nationen Europas und Nordamerikas demonstrieren – und zeigte vor allem ihre Hilflosigkeit

VON RENÉ NEHRING

An Themen hat es dem diesjährigen G7-Gipfel in Elmau wahrlich nicht gemangelt: der Krieg in der Ukraine und die neuen Bedrohungen für die transatlantische Sicherheit, die Folgen der Corona-Pandemie, eine fragile Weltwirtschaft samt wackeliger Lieferketten, explodierende Staatsschulden samt einer galoppierenden Inflation sowie nicht zuletzt eine sich stetig verstärkende Energiekrise.

Und tatsächlich vereinbarten die Staats- und Regierungschefs Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, Japans, Kanadas und der USA sowie die Spitzen der Europäischen Union zahlreiche gemeinsame Aktivitäten zur Lösung der Probleme. So bekräftigten sie ihre Bereitschaft, der Ukraine weitere militärische und humanitäre Hilfen zu gewähren sowie Russland „erhebliche anhaltende Kosten“ aufzuerlegen, „um zur Beendigung des Krieges beizutragen“. Sie erklärten, „unverzüglich Maßnahmen (zu) ergreifen, um die Energieversorgung zu sichern und den ... Anstieg der Preise zu bremsen“. Die Abhängigkeit von russischen Energielieferungen in den Industrieländern soll ebenso gedrosselt werden wie die Abhängigkeit von russischen Nahrungsmitteln in der „Dritten Welt“. Zudem soll ein „Klimaclub“ geschaffen werden, um die Weltwirtschaft am 1,5-Grad-

Ziel auszurichten. Hierzu verpflichteten sich die G7 auch zur Dekarbonisierung des Straßenverkehrs bis 2030 und zur Forcierung des Ausstiegs aus der Kohle.

Besonders aufschlussreich ist das Ziel, in den nächsten fünf Jahren 600 Milliarden US-Dollar in eine strategische Partnerschaft mit Ländern wie Indonesien, Indien, Senegal, Vietnam und Südafrika zu investieren. Dieser Punkt sowie die Teilnahme von Indien, Indonesien, Südafrika und Senegal sowie Argentinien als Gastländer am Gipfel von Elmau weisen darauf hin, dass die G7 auf vielen Themenfeldern nicht mehr die dominierenden Kräfte sind, vielfach sind sie gar nur Zuschauer.

Gesunkener globaler Einfluss

So machen die G7-Staaten laut Statistischem Bundesamt nur noch zehn Prozent der Weltbevölkerung aus und haben nur noch einen Anteil von 31 Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung (BIP). Noch vor wenigen Jahren trugen sie rund zwei Drittel zum globalen BIP bei. Auch dass in den vergangenen Jahren ihr Anteil am weltweiten CO₂-Ausstoß auf 21 Prozent gesunken ist, während die Emissionen (mit Ausnahme der Corona-Zeit) unaufhörlich stiegen, zeigt, dass der Beitrag der G7 zum globalen Geschehen – und damit die Möglichkeit, dieses zu beeinflussen – rapide geschrumpft ist.

Diese und weitere Fakten werden sich auch die Gastländer von Elmau ansehen.

Sie registrieren aufmerksam, dass Länder, die noch vor wenigen Jahren weltweit die Richtung vorgeben, nun um ihre Zusammenarbeit buhlen. Die in Aussicht gestellten 600 Milliarden Dollar werden sie selbstverständlich nehmen – doch ob sie dadurch auch die Probleme des Westens zu ihren eigenen machen, darf bezweifelt werden. So pflegen mehr oder weniger alle Gastländer von Elmau enge Beziehungen zu Russland und/oder China. Dass sie keine Lust haben, diese in irgendeiner Weise aufs Spiel zu setzen, zeigte der indonesische Präsident Joko Widodo, der als Gastgeber des kommenden G20-Gipfels im Herbst auch den russischen Präsidenten Putin einlud. Die westlichen Nationen können nun überlegen, ob sie daran teilnehmen wollen oder nicht. Warten werden die anderen auf sie nicht.

Wie schwach die Position der G7 ist, zeigte auch die kleine Flüsterei zwischen dem französischen Präsidenten Macron und US-Präsident Biden, während welcher der Franzose seinem Kollegen offenbarte, dass es bezüglich der erwarteten zusätzlichen Energielieferungen aus dem arabischen Raum ziemlich düster aussieht. Natürlich war dieses Gespräch nicht zufällig gefilmt worden, sondern bewusst inszeniert. Offenkundig soll hier die Öffentlichkeit beiläufig darauf eingestellt werden, dass die Lage demnächst schon eine ganze andere sein wird als in den rosigen Erklärungen von Elmau behauptet.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Litauen weitet EU-Recht auf Transitwaren nach Königsberg aus
Seite 6

Kultur

Ein Streifzug durch die Kasseler Skandal-„documenta“ 2022
Seite 9

Das Ostpreußenblatt

In Allenstein-Göttkendorf fand zum 30. Mal das Fest der Minderheiten statt
Seite 13

HINWEIS

Beilage Dieser Ausgabe liegt eine Werbebroschüre von CATO – Magazin für neue Sachlichkeit bei



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Lehrermangel Schulen stellen verzweifelt Hilfskräfte ein, um die neue Flüchtlingswelle von Familien mit Kindern aus der Ukraine bewältigen zu können. Das Bildungsniveau kommt dabei immer mehr unter die Räder

Ein System kurz vor dem Kollaps

Schulpflichtige Ukraineflüchtlinge verschärfen den Lehrermangel, dessen Ursache sind sie jedoch nicht

VON WOLFGANG KAUFMANN

Der Krieg ist der Vater aller Dinge“, meinte der griechische Philosoph Heraklit von Ephesos schon im 5. Jahrhundert v. Chr. Dahingegen gilt im Deutschland des Anno Domini 2022 das Prinzip: „Der Ukrainekrieg ist der Quell aller Ausreden.“ Der Konflikt im Osten Europas muss inzwischen als Erklärung für nahezu jedes Übel herhalten – von explodierenden Energiepreisen bis hin zum fehlenden Senf in den Supermärkten.

Und nun kommt auch noch der Lehrermangel hinzu. Um die aus der Ukraine zu uns geflohenen Minderjährigen angemessen zu unterrichten, reiche die Zahl der vorhandenen Pädagogen nicht aus, meinte ein Experte für Familienpolitik und Migrationsfragen, Wido Geis-Thöne (siehe rechte Spalte). Dabei stehen längst auch zu wenig Lehrer für die Schüler zur Verfügung, welche schon länger hierzulande leben.

Immerhin kam die OECD-Studie „Bildung auf einen Blick“ bereits 2013 zu dem Ergebnis, dass die Bundesrepublik im internationalen Vergleich schlecht dastehe, wenn man das Zahlenverhältnis zwischen Lehrern und Schülern betrachte. Das hat sich bis heute nicht geändert, was vor allem an den eklatant falschen Prognosen der Kultusministerkonferenz (KMK) liegt. Diese ging für das Jahr 2022 von lediglich 2720 fehlenden Pädagogen aus.

Bis zu 160.000 Pädagogen zu wenig

Tatsächlich liegt das Minus aber sehr viel höher, wobei es bloß für manche Bundesländer belastbare Zahlen gibt. So blieben allein in Berlin im nun auslaufenden Schuljahr weit über 1000 Stellen unbesetzt. Dennoch gibt die KMK weiterhin verharmlosende Vorhersagen ab, welche der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Udo Beckmann, wechselweise als „grotesk“, „in hohem Maße unseriös“ oder „riesige Mogelpackung“ bezeichnet.

Laut der KMK soll das Lehrdefizit bis 2025 auf 20.000 steigen und im Jahre 2035 dann 23.800 betragen. Dahingegen nennt der renommierte Bildungsforscher Klaus Klemm von der Universität Duisburg-Essen in einer am 22. Januar vorge-

legten Studie ganz andere Werte: 2025 dürften wohl mindestens 45.000 Lehrer fehlen und 2030 sogar 81.000. Noch dramatischer sieht Klemm die Lage im Jahre 2035, sollten alle anvisierten Reformvorhaben im Bildungssystem bis dahin umgesetzt worden sein. Dann könnte es in der Bundesrepublik knapp 160.000 Pädagogen zu wenig geben.

Die pessimistischen Schätzungen des Experten beruhen unter anderem auf dem Umstand, dass die Geburtenrate bis 2020 angestiegen ist. Erschwerend kommt hinzu, dass zugleich aber kaum mehr junge Menschen als bisher ein Lehramtsstudium begannen. Dazu gesellt sich eine wachsende Zahl von Studienabbrechern.

An manchen Universitäten wirft inzwischen jeder Zweite, der ursprünglich Lehrer werden wollte, das Handtuch. Das liegt vielfach an der persönlichen Nichteignung. Wie der Hochschul-Bildungsreport des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft zeigt, wählen die leis-

tungsstärkeren Abiturienten eher eine Karriere in der Wirtschaft.

Der Lehrerberuf hat darüber hinaus schon seit längerer Zeit sehr an Attraktivität verloren. Die Pädagogen stehen immer öfter vor Klassen mit eigentlich unbeschulbaren „Inklusionskindern“ oder Sprösslingen von Immigranten, welche dem Unterricht ebenfalls nur sehr eingeschränkt folgen können – wobei die Minderjährigen aus der Ukraine hier eher ein Randproblem darstellen.

Quereinsteiger ohne Ausbildung

Der sogenannte ndH-Wert, das heißt der Anteil der Schüler mit nichtdeutscher Herkunft und Muttersprache, lag in Berlin schon im Jahr 2014, also noch vor Beginn der großen Asylflut, bei mehr als 30 Prozent und stieg seitdem in manchen Schulen auf 90 Prozent.

Älteren Schülern sowie auch immer mehr Vertretern der Elternschaft fehlt es zudem an Respekt vor den zu über 70 Pro-

zent weiblichen Lehrkräften. Aus alledem resultieren Motivationsdefizite beim Lehrkörper, die sich unter anderem in einem hohen Krankenstand und dem frühzeitigen Ausstieg aus dem Schulsystem äußern.

Inzwischen versucht die Politik gegenzusteuern, wobei die Verantwortlichen vorrangig auf zwei vermeintliche Patentrezepte setzen, mit denen sich die Misere aber wohl kaum aus der Welt schaffen lässt: Als Erstes wird Druck auf die Pädagogen ausgeübt, damit sie später in den Ruhestand gehen oder von Teilzeit- auf Vollzeitarbeit umsteigen, was den Lehrerberuf auch nicht attraktiver macht.

Und als Zweites rekrutiert man verstärkt Quereinsteiger ohne solide pädagogische Ausbildung. So liegt der Anteil der Lehrer, die kein Lehramtsstudium nachweisen können, in der Bundeshauptstadt derzeit schon bei über einem Fünftel, wie Recherchen des Berliner „Tagesspiegel“ ergaben. Die Qualität des Unterrichts wird das kaum steigern.



Wegen Lehrermangels geschlossen? Der Unterrichtsausfall von Schulklassen dürfte in Zukunft dramatisch zunehmen

Foto: pa

STUDIE

Auswirkung auf Bildungssystem

Am 4. Mai befanden sich bereits 242.000 schulpflichtige Minderjährige aus der Ukraine in Deutschland, was etwa 3,5 Prozent der Gesamtheit der Kinder und Jugendlichen der Ukraine zu Kriegsbeginn entsprach. Das hat Wido Geis-Thöne vom privaten Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) dazu bewogen, eine Studie mit dem Titel „Mögliche Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine auf das deutsche Bildungssystem“ auszuarbeiten, welche am 29. Mai als IW-Report 20/2022 erschien.

In diesem Papier versucht der leitende Ökonom für Familienpolitik und Migrationsfragen den zusätzlichen Bedarf an Lehrern und Erziehern durch den neuerlichen Flüchtlingsstrom in die Bundesrepublik abzuschätzen. Dabei ging er von zwei unterschiedlichen Szenarien aus: Im ersten Fall bleibt es bei den eingangs genannten 3,5 Prozent, im zweiten Fall kommen dahingegen fünf Prozent aller Kinder und Jugendlichen aus der Ukraine nach Deutschland.

Variante Eins erfordert 13.500 neue Lehrer in Vollzeitstellung bei einer Klassengröße von 21 bis 24 Schülern oder 20.200 zusätzliche Pädagogen, wenn man kleinere „Willkommensklassen“ mit nur 15 Schülern bildet. Und bei der Variante Zwei müsste der deutsche Staat je nach Klassenstärke 19.400 bis 28.900 weitere Lehrer aus dem Ärmel zaubern. Dabei hat er nicht einmal die zumindest nötigen 13.500. Denn die rund 2300 ukrainischen Pädagogen, welche derzeit an den hiesigen Schulen arbeiten, sind kaum mehr als der sprichwörtliche Tropfen auf den heißen Stein. Dazu kämen nach den Berechnungen von Geis-Thöne noch zwischen 11.400 und 16.300 ebenfalls nicht existierende Erzieher im Kita-Bereich.

Aber vielleicht verschwindet das Problem ja wieder von allein. Immerhin sprach sich die ukrainische Generalkonsulin in Hamburg, Iryna Tybinka, bereits dezidiert gegen einen Unterricht nach deutschem Schema aus: Der sei nicht intensiv genug und stelle zu geringe Anforderungen an die Schüler. W.K.

BILDUNGSLÜCKEN

„Wir fordern nichts mehr, wir fördern nur noch“

Sinkendes Leistungsniveau, vielfach ungeeignete Lehrkräfte, aber die Abiturnoten steigen. Wie passt das alles zusammen?

Der Lehrermangel und die vielfach ideologisch bedingten sonstigen Probleme im Schulsystem hierzulande äußern sich in immer größeren Bildungslücken. Beispielsweise werden deutsche Sprichwörter aufgrund des rudimentären Wortschatzes kaum mehr verstanden, und über solch „komplizierte“ Dinge wie die Funktion von Herzklappen herrscht ebenfalls verbreitet Unklarheit. Gleichzeitig hält jeder dritte Jugendliche Brandt und Adenauer für DDR-Politiker und den NS-Staat für keine Diktatur.

Noch dramatischer ist das Versagen in Mathematik. Inzwischen entsprechen die Rechenfähigkeiten vieler Schulabgänger zum Abschluss ihrer zehnjährigen „Bildungskarriere“ denen von Kindern des

Jahres 1955 am Ende der vierten Klasse der Grundschule.

Katastrophale Mathekenntnisse

Nicht viel besser sieht es in diesem Punkt bei den Abiturienten aus, wie ein Brandbrief von 130 Universitätsprofessoren an die Kultusministerkonferenz zeigte. Um die Neuzugänge an den Hochschulen studierfähig zu machen, seien „mathematische Alphabetisierungsprogramme“ nötig, in deren Verlauf unter anderem Kenntnisse auf dem Gebiet der Bruch- und Wurzelrechnung sowie der Elementargeometrie vermittelt werden müssten.

Parallel dazu ist aber eine Inflation guter Noten zu beobachten. So hat sich die Zahl der Abiturienten mit dem Traum-

„Über 40 Prozent der Lehrer in Deutschland sind eigentlich nicht geeignet“

Norbert Seibert
Erziehungswissenschaftler an der Universität Passau

durchschnitt von 1,0 innerhalb von nur sechs Jahren verdreifacht. Das liegt daran, dass die Leistungsanforderungen immer mehr sinken – entweder, weil dies so gewollt ist, oder weil die Lehrer zunehmend darauf verzichten, diskussions- und klagewürdigen Eltern Paroli zu bieten. Zumal es ohnehin zum Eiertanz gerät, die individuelle Schülerleistung zu bewerten, wenn die Gruppen- und Projektarbeit überhandnimmt.

Projektarbeit als Allheilmittel

Aber solche Methoden werden heutzutage als das Nonplusultra der Pädagogik angesehen, während der bei der Mehrheit der normal begabten Schüler eindeutig effektivere, weil klar strukturierte Fron-

talunterricht als verdammenswertes Relikt aus hyperautoritären Zeiten gilt.

Daher lautet das Credo vieler Lehrer jetzt: „Wir fordern nichts mehr, wir fördern nur noch.“ Wobei selbst das auf der Strecke bleibt, wenn ein Pädagoge den falschen Beruf ergriffen hat. Und so etwas komme erschreckend häufig vor, meint der Passauer Erziehungswissenschaftler Norbert Seibert: „Über 40 Prozent der Lehrer in Deutschland sind eigentlich nicht geeignet.“ Dies werde aber vor dem Hintergrund des Lehrermangels toleriert beziehungsweise ignoriert. Deshalb stünden nun oft die schlechtesten Lehrkräfte vor den schwächsten Schülern, „die aufgrund von Corona auch noch massive Wissenslücken aufweisen“. W.K.

Nazis im Gegenlicht

„stern“-Gründer Henri Nannen hat im Zweiten Weltkrieg NS-Propaganda betrieben. Die Vorwürfe sind nicht neu, doch nun überlegt der Verlag, sich von seiner einstigen Galionsfigur loszusagen. Geht es dabei wirklich um historische Verantwortung?

VON HOLGER FUSS

Zum bevorstehenden Saisonbeginn hat der Fußball-Zweiligist Holstein Kiel in den sozialen Medien seine neuen Trikots präsentiert. Die Spieler-Leibchen tragen die Landesfarben Schleswig-Holsteins, Blau, Weiß und Rot – in der Landeshauptstadt nicht verwunderlich. Und doch brach auf Twitter ein Proteststurm los. Denn auf einem Foto lässt das Gegenlicht das Blau allzu dunkel erscheinen und die Farben wirken wie Schwarz-Weiß-Rot. Dies waren die Farben des Kaiserreichs ab 1871, die auch von den Nationalsozialisten in ihrer Reichskriegsflagge und in der Hakenkreuzfahne verwendet wurden. So musste sich der Kicker-Club umgehend erklären: „An dieser Stelle“, twitterte der Verein, „möchten wir aber klarstellen, dass wir uns in jeglicher Form von Rassismus oder rechtem Gedankengut distanzieren.“

Nazis im Gegenlicht. Deutschland passt auf. So etwas wie Adolf Hitler soll diesem Land nicht noch einmal passieren – da sind auch Fußballfans gefordert, den Nazi-Detektor feinzustimmen. Journalisten sowieso. Und schon meinen die Pressewächter in ihren eigenen Reihen einen besonders spektakulären Fund ausgemacht zu haben. Der „stern“-Gründer Henri Nannen, so will das Online-Format des NDR „STRG_F“ (gesprochen „Steuerung F“) im Mai entdeckt haben, hat im Zweiten Weltkrieg als Kriegsberichterstatter der Luftwaffe in einer Propaganda-Kompanie üble antisemitische Hetze verbreitet. „Wir haben jetzt etwas gefunden, was richtig schlimm ist“, heißt es in dem Filmbeitrag in der „STRG_F“-eigenen Kindersprache.

Verfehlungen des jungen „Sir Henry“

Nannen war bei Kriegsausbruch 25 Jahre alt, hatte gerade sein kunstgeschichtliches Studium abgeschlossen und bejubelte Adolf Hitler in der Zeitschrift „Die Kunst und das schöne Heim“. Dort schrieb er, dass „die Erneuerung des deutschen Menschen das Werk des Führers“ sei. „Er allein hat sein Volk wieder zum Erleben und damit auch zur Darstellung seines eigenen Wesens geführt.“ In Leni Riefenstahls Film über die Olympischen Spiele 1936 trat er als Stadionsprecher auf. In den letzten beiden Kriegsjahren wurde der einfache Luftwaffen-Soldat in eine Propaganda-Einheit der SS abkommandiert, die in Italien Stimmung gegen den Italienfeldzug der Westalliierten machen sollte.

Die Operation hieß „Südstern“, und „Sir Henri“, wie Nannen damals schon genannt wurde, galt als „der Boss“. Unter seiner Federführung entstanden Flugblätter und Hetzschriften, Illustrationen und Texte, die mit antijüdischen und antiamerikanischen Motiven hantierten. Einmal heißt es: „Nur eine Gruppe von Menschen profitiert von jedem Krieg: Die Wallstreet und die Juden!“ Dann ist von einem „Jüdischen Zweiten Weltkrieg“ die Rede, ein weiteres Flugblatt warnt sogar vor einem „Dritten Weltkrieg“, den die Juden angeblich vorbereiteteten.

All dies ist zweifellos „eklig“ und „widerlich“, wie der heutige „stern“-Chefredakteur Gregor Peter Schmitz in einem Beitrag zu der NDR-Veröffentlichung feststellt. Schmitz, erst seit Mai im Amt, hat Nannens NS-Vergangenheit gleichsam als ersten Blattskandal auf den Tisch bekommen. Zerknirscht gelobt er seinem Publikum, dass der „stern“ in den kommenden Wochen „offen um die Frage ringen“ werde, ob Nannen weiterhin Namenspatron der verlagseigenen Journalistenschule sein könne, „ob einer der renommiertesten Medienpreise seinen Namen tragen und ob Henri Nannen im Impressum unser Gründungs-herausgeber sein soll“.

Als erste Entscheidung wurde der Nannen-Preis zur diesjährigen Verleihung am



Getrübbtes Denkmal: „stern“-Gründer Henry Nannen, hier in einem Gemälde von Bernhard Heisig

Foto: akg images

22. Juni einmalig umgetauft zum „Stern-Preis“. Bis Jahresende soll ein Gremium über die künftige Namensgebung befinden. In dem Gremium werden nicht nur erfahrene Journalisten den Fall Nannen beraten, sondern auch Schüler der Henri-Nannen-Schule und der RTL-Journalistenschmiede. Schon in dieser Besetzung werden die Untiefen der laufenden Nannen-Debatte sichtbar.

Zeitgeistiges Ablenkungsmanöver

Zunächst einmal ist der Nachrichtenwert der NDR-Enthüllung in etwa so originell, als wolle man das Publikum damit überraschen, dass Willy Brandt einen DDR-Spion im Kanzleramt sitzen hatte – alle Fakten sind seit Jahrzehnten bekannt. Dann diese bizarre Überlegung, Henri Nannen als Magazin-Gründer aus dem „stern“-Impressum zu tilgen. Ein sogenannter Branchendienst wie „Meedia“ räumte zwar ein: „Grundsätzlich habe der Beitrag“ des NDR „zwar keine neuen Erkenntnisse gebracht.“ Trotzdem wurde in einem Kommentar gefordert, RTL solle sich nach seiner jüngsten Fusion mit der „stern“-Verlag Gruner und Jahr von Nannen „lossagen“. Begründung: „Ansonsten muss sich RTL mit der Altlast dauerhaft auseinandersetzen.“

In dieser Bemerkung schimmert auf spiegelverkehrte Weise die Sehnsucht nach einem Schlussstrich unter die Vergangenheit durch. Was bislang eher rechts der Mitte zu erwarten war, kommt immer häufiger links der Mitte zu Tage. Angeblich antirassistische und antikolonialistische Aktivisten wollen Denkmäler aus der Kaiserzeit schleifen und suspekten Straßennamen verändern – kurzum unliebsame Erinnerungen auslöschen, um angeblich die Welt gerechter zu gestalten. Dass dieser Angriff einer moralisch sterilisierten Gegenwart auf die übrige Zeit nicht nur eine Illusion ist, sondern ausgemachte Heuchelei, zeigt sich darin, dass „Antirassisten“ auf ihre Art rassistisch „die Weißen“ anfeinden, die „Antisexisten“ sexistisch „die

Männer“ diffamieren, und „Antikolonialisten“ genügen sich zumeist in antiwestlichen Reflexen. Die geostrategischen Expansionen Chinas und Russlands, etwa in Afrika, werden eher selten attackiert.

Entsprechend signalisiert auch die Bestattung von Nachwuchsjournalisten, die über das Verhalten des „stern“-Gründers vor acht Jahrzehnten (!) den Stab brechen sollen, dass es in der Debatte um Nannen nicht etwa um die historische Verantwortung der Deutschen geht, sondern um politische Befreiheit im gesellschaftlichen Diskurs. Wenn wir uns nämlich die Zeichnungen des „Südstern“ aus der NS-Zeit näher anschauen, fallen mancherlei Parallelen zu den antisemitischen Darstellungen auf dem erst nach heftigen Protesten abmontierten Riesen-Wimmelbild auf der Documenta15 in Kassel auf. Ganz so, als ob es einen bösen Judenhasse der Nationalsozialisten gibt und einen guten Antisemitismus von indonesischen Künstlerkollektiven, von Auslandsredakteuren beim Deutschlandfunk oder von Islamisten und der Antifa.

Insofern mutet die Forderung an den „stern“, seinen Gründer aus dem Impressum zu streichen, als zeitgeistiges Ablenkungsmanöver an, das nicht getragen ist vom Willen, sich mit der Vergangenheit zu beschäftigen, sondern entgegengesetzt vom Unwillen, dies zu tun. Die ehemalige Gruner und Jahr-Chefin Julia Jäkel äußerte in einem Netzbeitrag: „Die Debatte um die Geschichte und Bedeutung des einstigen ‚Stern‘-Chefs Henri Nannen hat mich in den letzten Wochen verzweifeln lassen.“ Und die „Süddeutsche Zeitung“ wies darauf hin, dass es „keinen ‚Stern‘ ohne die Legende von Henri Nannen und keinen Nannen ohne Nazigeschichte“ gebe.

Geschichte eines Niedergangs

Die Debatte, so die „Süddeutsche“ weiter, „lässt einen ratlos zurück, so unterkomplex ist sie geraten“. Womöglich deshalb, weil die Akteure, insbesondere beim „stern“ selbst,

mit der Causa Nannen wie auch mit dem Magazin heillos überfordert sind. Der „stern“ ist seit vielen Jahren eine Zeitschrift im Sinkflug in die Bedeutungslosigkeit. Zu seinen besten Zeiten unter Henri Nannen verkaufte das Bilderblatt jede Woche 1,9 Millionen Exemplare. Das war 1967. Gut fünfzig Jahre später, zum 70. Geburtstag 2018, waren es nur noch 530.000 Hefte, im ersten Quartal 2022 gerade noch 343.388 Exemplare je Ausgabe.

Henri Nannen war eine Art Willy Brandt des Journalismus, seinen „stern“ machte er zur sozialdemokratischen Volkspartei, die jeden Donnerstag Parteitag hielt, die wirkliche SPD trieb er publizistisch in die Ostpolitik. Sir Henri kreierte eine „Wundertüte“, wie er es nannte, mit Farbreportagen über sudanesischen Hungeropfer, die er mit Titelbildern von barbusigen Schönheiten unter die Leute brachte. Und vermutlich war überhaupt nur ein Mensch, der in jungen Jahren das Grauen einer Diktatur und eines Krieges durchgemacht hatte, hinreichend abgründig und lebenshungrig, um allwöchentlich diese Themenmischung aus Ruchlosigkeit, Verheißung, Glamour und Sexappeal zu komponieren. Seine Nachfolger, aufgewachsen in Frieden und Wohlstand, vermochten es immer weniger. Unter dem gegenwärtigen Wokness-Regime wohlstandsverwahrloster Blattmacher ist der „stern“ eine jammervolle Postille – humorlos, kreuzbrav, besserwisserisch und unverkäuflich.

Im persönlichen Umgang soll Nannen oft schwer erträglich gewesen sein, ein eitler Redaktionsherrschter, einschüchternd, unberechenbar, sexistisch mit genialem Bauchgefühl. Bewundert auch von seinen Gegnern. Einer von ihnen war Erich Kuby, linker Publizist und 15 Jahre lang eine der Edelfedern des „stern“. Als das Blatt 1983 seinen schlimmsten Alptraum erlebte, weil die Chefredaktion auf gefälschte Hitler-Tagebücher hereinfiel, schrieb Kuby ein Buch darüber mit aufschlussreichen „Anmerkungen zu Henri Nannen“. Darin nennt er seinen einstigen Chef zwar einen „perfekten Opportunisten“, doch sei es „einfach unstatthaft und kindisch, ihn heute mit der Elle jener Artikel“ in NS-Kunstzeitschriften „zu messen und an all dem, was er als nichtkämpfender PK-Mann der Luftwaffe propagiert hat“. PK waren die Propaganda-Kompanien. Nannens Einsatz beim „Südstern“ war also schon 1983 bekannt.

Bekenntnisse und Erkenntnisse

Auch Nannen selbst hat seine Vergangenheit nie verschwiegen. Zu seinen „Nazi-Artikeln“ hat er sich stets bekannt – „beschämt, aber unumwunden“. In einem „Playboy“-Interview 1981 sagte er: „In diesen Artikeln stand allerhand Nazi-Scheiße drin.“ Als 1979 die US-Fernsehserie „Holocaust“ in den dritten ARD-Programmen ausgestrahlt wurde, schrieb er einen seiner Briefe an den „lieben Stern-Leser“ mit dem Titel: „Ja, ich war zu feige.“ Darin heißt es: „Ich jedenfalls, ich habe gewusst, dass im Namen Deutschlands wehrlose Menschen vernichtet wurden, wie man Ungeziefer vernichtet. Und ohne Scham habe ich die Uniform eines Offiziers der deutschen Luftwaffe getragen. Ja, ich wusste es, und ich war zu feige, mich dagegen aufzulehnen.“

Vielleicht sollten jene wohl-dotierten, zeitgeistsurfenden „stern“-Redakteure, die ihren Illustrierten-Gründer heute für untragbar halten, doch einmal überlegen, wie heldenhaft sie wohl unter der NS-Diktatur gewesen wären oder ob es bei ihnen doch nur zum gratismutigen Tilgen von Henri Nannen aus dem „stern“-Impressum ausreicht.

(Siehe auch den Essay auf Seite 11.)

● **Holger Fuß** ist Publizist und schreibt regelmäßig für zahlreiche Zeitungen und Zeitschriften über Politik, Wissenschaft, Kultur und das Zeitgeschehen. Über viele Jahre schrieb er auch für den „stern“.

—
 Vermutlich war nur ein Mensch, der in jungen Jahren das Grauen einer Diktatur und eines Krieges durchgemacht hatte, hinreichend abgründig und lebenshungrig, um allwöchentlich diese Themenmischung aus Ruchlosigkeit, Verheißung, Glamour und Sexappeal zu komponieren

● MELDUNGEN

„Beitrags-Tsunami“

Hamburg – Den Mitgliedern der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung droht demnächst ein regelrechter „Beitrags-Tsunami“, um es mit den Worten des Vorstandsvorsitzenden der DAK-Gesundheit, Andreas Storm, zu sagen. Um 1,85 Prozent könnten die Beiträge steigen, wenn die Bundesregierung nicht umgehend gegensteuert. Grund hierfür ist ein zu erwartendes Loch in der Kasse der Krankenversicherer von 25 Milliarden Euro und ein mögliches Defizit von 7,3 Milliarden Euro in der Pflegeversicherung. Die Finanzierungslücken resultieren aus den Corona-Maßnahmen, der hohen Inflation, welche die Kosten in den Arztpraxen und Krankenhäusern nach oben treibt, und den Ausgaben für die medizinische Versorgung der Flüchtlinge aus der Ukraine. Noch größere Beitragsbelastungen sind zu erwarten, wenn die Arbeitslosenzahlen wegen der Sanktionen gegen Russland deutlich ansteigen. W.K.

Ein Drittel ist gefährdet

Wien/Berlin – Philipp Welte, Vizepräsident des Medienverbandes der freien Presse, des früheren Verbandes Deutscher Zeitschriftenverleger, hat auf dem European Publishing Congress in Wien vor einer nie dagewesenen Kombination struktureller Veränderungen und massiver aktueller Bedrohungen für Zeitschriftenverlage hingewiesen. Er geht davon aus, dass auf dem deutschen Markt jedes dritte gedruckte Medienangebot in seiner Existenz gefährdet ist. Laut dem Mitglied des Burda-Vorstandes wissen „viele Verlage nicht, auf welchem Papier sie im dritten oder vierten Quartal ihre Zeitschriften drucken sollen“. Die aktuelle Unsicherheit schlägt sich nach Weltes Angaben in einem Rückgang bei den Anzeigen nieder. Zudem würden die deutschen Medien unter der Marktmacht von US-Technologieplattformen leiden. Der Medienmanager kritisierte in diesem Zusammenhang die Politik, welche „die Rolle der freien Presse nicht mehr versteht – oder nicht verstehen will“. N.H.

Tafeln werden alleingelassen

Berlin – Aufgrund steigender Lebensmittelpreise, höherer Energiekosten und der gestiegenen Nachfrage durch ukrainische Flüchtlinge stehen die Tafeln, die an Bedürftige kostenlos Lebensmittel abgeben, unter starkem Druck. Bundesweit haben Tafeln aufgrund des enormen Ansturms Aufnahme stopps verhängt. Der Vorsitzende der Tafel Deutschland, Jochen Brühl, kritisierte, dass einige Sozialämter noch immer ukrainische Flüchtlinge ohne vorherige Absprache zu den Tafeln schicken, statt ihnen bis zur Auszahlung der ihnen zustehenden Sozialleistungen direkt durch die Aushändigung von Geld oder Lebensmittelgutscheinen zu helfen. Brühl verwies darauf, dass die Tafeln ein freiwilliges Zusatzangebot sind, aber keine staatliche Einrichtung. Seit dem 1. Juni haben Flüchtlinge aus der Ukraine Zugang zu der umgangssprachlich „Hartz IV“ genannten Mindestsicherung nach Sozialgesetz II. N.H.



Das eine ist allzu oft des anderen Verhängnis: Insekt in einem Windpark

Foto: imago/blickwinkel

ENERGIEWENDE

„Ein ungelöster Sachverhalt“

Die Bedeutung der Windkraftanlagen für den Insektenschwund wird ignoriert – Das Thema wird tabuisiert, weil nicht sein kann, was nicht sein darf

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

In der Wochenzeitung „Die Zeit“ ist erstmals das ökoindustrielle, mit der Politik vernetzte Kartell beschrieben worden, das der US-Amerikaner Hal Harvey seit 20 Jahren in Deutschland, Europa und weltweit aufgebaut hat, um sein persönliches Ziel durchzusetzen: die globale Elektrifizierung der Mobilität auf Basis von Wind- und Solarstrom. Es heißt, Harvey sei einer der mächtigsten Lobbyisten der Welt. Die von ihm kreierten Denkfabriken und Lobbyorganisationen wie Agora-Energiewende haben demnach jüngst der Bundesregierung fast wörtlich die Gesetze zur Erreichung der sogenannten Klimaneutralität

sowie zum Auslaufen der Verbrennerautos bis 2035 in die Feder diktiert.

Bewusste Verschleierung

Noch viel schwerwiegender ist der Demokratieverlust, wenn Wissenschaftler entgegen den eigenen Erkenntnissen und den Erkenntnissen ihrer internationalen Kollegen die immer gravierenderen Umweltschäden verschweigen, die infolge des Tuns und Handelns dieser Organisationen entstanden sind und galoppierend weiter zunehmen. „Wenn Wissenschaft zum Schweigekartell wird, dann wird aus einer Forschungsgemeinschaft eine Glaubensgemeinschaft. Doch Glauben statt Wissen passt viel besser zum aktuellen Zustand von Politik, Justiz, Behörden und

Journalismus.“ Hinter dieser Feststellung steckt die langjährige Erfahrung des Geschäftsführers einer Beraterfirma, dessen Name der Redaktion bekannt ist.

In der Tat lassen etwa die Gutachten des Umweltbundesamtes zu den internen und den absichtlich nicht erforschten externen Kosten durch Windkraft und Photovoltaik auf eine bewusste Verschleierung unvorstellbar großer Umweltschäden schließen – hierzulande und weltweit überall dort, wo rücksichtslose Politik und rücksichtslose Bergbaukonzerne zusammenwirken, um Menschen aus ihrer Heimat zu vertreiben, damit die von den Dienstleistern des fernen Strippenziehers erzeugte Gier nach Seltenen Erden, Kupfer und Lithium befriedigt werden kann,

„KF51 PANTHER“

Rheinmetalls Antwort auf Russlands T-14

Neben einem deutsch-französischen Projekt bieten die Düsseldorfer einen eigenen Kampfpanzer an

Als der Düsseldorfer Rheinmetall-Konzern auf der Pariser Rüstungsmesse Eurosatory seinen neuen Kampfpanzer „KF51 Panther“ vorstellte, sorgte dies für erhebliche Überraschung. Immerhin arbeiten deutsche und französische Unternehmen bereits seit 2012 an dem Main Ground Combat System (MGCS), das ab 2035 den „Leopard 2“ ersetzen soll. Darin war auch Rheinmetall involviert, ohne jedoch seine technischen Vorstellungen hinreichend verwirklichen zu können. Daher die Parallelentwicklung des „Panther“, der spätestens 2030 truppendiensttauglich sein dürfte.

Kritik an dem Alleingang schmettert das Unternehmen mit der Behauptung ab, der Panzer sei vorwiegend für den Export beziehungsweise Einsatz in Osteuropa gedacht. Dort gebe es auch schon erste Interessenten. Andererseits wünscht sich der Rheinmetall-Vorstandsvorsitzende Armin Papperger aber die Bundeswehr als Referenzkunden.

Auf jeden Fall ist der „Panther“ eine direkte Antwort auf den innovativen russischen Kampfpanzer T-14. Der wurde 2015 erstmals auf der Maiparade in Moskau vorgestellt, seither aber nur in geringer Stückzahl produziert. Alles deutet darauf hin, dass das Modell von Rheinmetall den T-14 sowie auch jeden anderen derzeit existierenden Panzer an Kampfkraft übertrifft. Somit hat der Konzern wohl durchaus recht, wenn er den „Panther“ als radikal neuartigen „Gamechanger“ (wörtlich: Spielveränderer) für die Gefechtsfelder der Zukunft bezeichnet.

Die Überlegenheit des „Panther“ ergibt sich dabei aus fünf Faktoren. Zum Ersten verfügt er über das Rheinmetall Future Gun System, eine vollkommen automatisch nachladbare 130-Millimeter-Glattröhrkanone, deren Feuerkraft die der 120-Millimeter-Kanone des „Leopard 2“ um die Hälfte übersteigt bei gleichzeitig höherer Reichweite. Da kann auch der T-14 mit seiner 125-Millimeter-

Glattröhrkanone 2A82-1M nicht mithalten. Zum Zweiten ist die sonstige Bewaffnung des „Panther“ ebenfalls sehr beeindruckend. Diese besteht aus einem Koaxial-Maschinengewehr vom Kaliber 12,7 Millimeter sowie der Waffenstation Natter und diversen Kampfdrohnen.

Zum Dritten besitzt der Panzer hochgezüchtete elektronische Anlagen, die es ihm erlauben sollen, auf dem Schlachtfeld mit allen denkbaren bemannten oder unbemannten Systemen zu kooperieren.



Made in Germany: „KF51 Panther“

auch mit Hilfe von Kinderarbeit. Unterdessen propagieren Norddeutscher Rundfunk (NDR), Bayerischer Rundfunk (BR) und andere Medien weiterhin diese „saubere Energie“.

Politisch unkorrekte DLR-Studie

In dieser Spur fährt sogar das Bundesamt für Naturschutz (BfN). Am 16. März stellte die neue BfN-Präsidentin Sabine Riewenherm den dritten und letzten Band der Roten Liste zu den wirbellosen Tieren vor. Danach sind mehr als ein Viertel der Insekten bestandsgefährdet, insgesamt 26,2 Prozent von knapp 6750 neu bewerteten Insektenarten.

Neben vielen anderen Ursachen für diese beunruhigende Entwicklung hat der starke Ausbau der Windparks in Deutschland einen nicht unbeträchtlichen Anteil zu dem Insektenschwund beigetragen. Dies ergab eine 2019 veröffentlichte Modellstudie des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR). Danach werden pro Jahr mindestens 1,2 Billionen Fluginsekten während ihrer Migration zu neuen Brutplätzen von den Rotorblättern der Windräder getroffen. Die Zahl berücksichtigt nur Tiere, die sichtbare Rückstände auf den Rotorblättern hinterließen.

Eine diesbezügliche Anfrage an das BfN wurde nach zwei Monaten lapidar beantwortet: „Der Betrieb von Windenergieanlagen gehört nach derzeitiger Kenntnis nicht zu den Ursachen oder Mit-Ursachen des Insektenrückganges.“ In der Tat fehlt in der schmalen Literaturliste der Hinweis auf die DLR-Studie.

Wegen des ungeheuerlichen Vorgangs wandte sich die PAZ an Christian Voigt vom Institut für Zoo- und Wildtierforschung, der selbst einschlägig geforscht hat. Die Antwort traf postwendend ein: „Es wundert mich nicht, dass mein Artikel nicht zitiert wurde, da dieser ... lediglich einen Diskussionspunkt aufwirft. Relevant ist vielmehr, dass die DLR-Studie, auf die sich meine Arbeit bezieht, nicht zitiert wurde. Die Studie von Trusch et al. ist völlig nichtssagend, da lediglich an einer einzigen Windenergieanlage (WEA) Erhebungen durchgeführt wurden. Deshalb ist dieser Artikel auch in einer Zeitschrift publiziert, die nicht den allgemeinen Qualitätskriterien von wissenschaftlichen Publikationen entspricht. Der Insektentod an WEA ist somit ein ungelöster Sachverhalt, der näher untersucht werden müsste. Dies ist jedoch methodisch schwierig und die Politik und die Ämter scheuen sich mit allen Mitteln davon, den Insektenschwund mit WEA in Verbindung bringen zu wollen.“

Aufgrund der flexiblen digitalen Architektur sind Modernisierungen jederzeit möglich. Darüber hinaus dürfte er zukünftig auch in der Lage sein, unbemannt und ferngesteuert zu operieren. Zum Vierten besticht die Mobilität des „Panther“, der nur 59 Tonnen wiegt und rund 500 Kilometer Reichweite hat. Und zum Fünften wäre da noch das ausgefeilte aktive und passive Schutzsystem. Dieses ist darauf ausgerichtet, aus jeglicher Richtung anfliegende Granaten, Lenkkraketen und Kamikaze-Drohnen zu neutralisieren.

Angesichts der drohenden Konkurrenz durch einen deutsch-französischen „Leopard 3“ erscheint das Rheinmetall aber noch nicht ausreichend, um die Bundeswehr zum Erwerb des „Panther“ zu animieren. Deshalb verweist der Konzern in seiner Produktwerbung auch auf die vielfältigen Möglichkeiten für „einen umweltfreundlichen Einsatz in Friedenszeiten“.

Wolfgang Kaufmann
(Siehe Seite 10.)

WALDBRÄNDE

Die Politik verschläft die Gefahr

Alle Jahre wieder brennt Brandenburg – Doch statt echter Prävention nur allgemeines Klimagerede

VON NORMAN HANERT

Warnungen vor dem Klimawandel im Allgemeinen und vor immer häufiger werdenden Dürrezeiten im Speziellen gehören für viele Politiker mit Regierungsverantwortung zum Standardrepertoire bei öffentlichen Auftritten. Blicken die Bürger darauf, wie sich die Politik abseits der „Klimapolitik“ konkret auf den Klimawandel vorbereitet, können zuweilen Zweifel aufkommen, ob die Politik ihre eigenen Warnungen ernst nimmt.

Im Fall von Brandenburg etwa drängt sich mit jeder Waldbrandsaison die Frage auf, ob die Landesregierung wirklich begriffen hat, wie groß die Probleme im Land sind. Bereits 1993 hatte die EU-Kommission Brandenburg als Waldbrand-Risikogebiet mit hoher Gefahr eingestuft. „Die Waldbrandgefahr in Brandenburg ist vergleichbar mit der in Südeuropa“, sagt auch Philipp Haase, der stellvertretende Waldbrandschutzbeauftragte des Landes. Brandenburg hat mit einem Anteil von knapp 35 Prozent der Landesfläche tatsächlich sehr viel Wald. Dieser besteht obendrein zum Großteil aus Kiefernbeständen.

Rauchschwaden bis nach Dresden

Zusammen mit den geringen Niederschlägen ergibt dies das Resultat, dass sich im Schnitt jeder dritte Waldbrand in Deutschland in Brandenburg ereignet. Erst im Juni ist es im Landkreis Potsdam-Mittelmark wieder zu zwei großen Bränden gekommen. Rund um Beelitz brannten rund 200 Hektar Wald ab. Dies entspricht der Fläche von 280 Fußballfeldern. Genauso großflächig war ein Brand in der Gegend um die Kleinstadt Treuenbrietzen.

In diesem Jahr waren die Rauchschwaden beider Waldbrände in Potsdam-Mittelmark so dicht, dass der Brandgeruch nach Angaben der Feuerwehr sogar noch im gut 100 Kilometer weiter südlich liegenden Dresden wahrzunehmen war. Wie bei den anderen Bränden, die in den märkischen Kiefernwäldern so häufig wüten, wurde auch in Beelitz und Treuenbrietzen die Brandbekämpfung von Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren gestemmt. Im Einsatz waren zudem wieder das Tech-



Hauptlast tragen die Freiwilligen: Einsatzkräfte legen ein Gegenfeuer bei Beelitz

Foto: pa

nische Hilfswerk und Bundeswehrosoldaten. Die Bundeswehr half erneut mit Löschhubschraubern aus.

Offen ist, wie lange sich die Potsdamer Landesregierung noch darauf verlassen kann, dass sich genügend Brandenburger finden, die bereit sind, ihre Freizeit zu opfern, um sich ehrenamtlich in den Feuerwehren zu engagieren: Noch zur Jahrtausendwende waren rund 50.000 Märker bei den Freiwilligen Feuerwehren aktiv. Inzwischen ist die Zahl auf etwa 36.000 abgesunken. Diese ehrenamtlich aktiven Bürger sind für das Land bislang noch immer ein sehr kostengünstiges Reservoir an Kräften, das nicht nur bei den hundert Waldbränden zum Einsatz kommt, sondern auch bei der Unfallrettung und dem Katastrophenschutz.

Schon seit einiger Zeit werden Stimmen laut, die zusätzlich die Schaffung eines landesweiten Netzes von Stützpunktfeuerwehren mit hauptamtlichen Feuerwehrleuten fordern. Bislang existieren nur in den vier größten Städten der Mark Berufsfeuerwehren. Erstaunlicherweise

verfügt das waldbrandgeplagte Brandenburg noch immer nicht über Löschflugzeuge, wie sie etwa seit Jahrzehnten in Südeuropa zur Brandbekämpfung eingesetzt werden. Jahrelang hat sogar die Chance bestanden, im Süden Brandenburgs auf dem ehemaligen Militärflughafen Welzow ein europäisches Katastrophenschutzzentrum einzurichten.

Kein einziges Löschflugzeug mehr

Teil dieses Zentrums wäre eine ganze Staffel von Löschflugzeugen gewesen, finanziert mit EU-Geldern. Realität ist in Brandenburg stattdessen, dass die Freiwilligen Feuerwehren im Zuge der Amtshilfe regelmäßig von Hubschraubern der Bundeswehr unterstützt werden müssen. Erstaunlicherweise glauben offenbar auch der Bund und alle anderen Bundesländer, trotz immer häufiger werdender Dürreperioden auf Löschflugzeuge verzichten zu können.

Gegenüber der PAZ kommentierte Lars Schieske, der Katastrophenschutzexperte der AfD-Landtagsfraktion, die

bislang ablehnende Haltung der brandenburgischen Landesregierung zu Löschflugzeugen: „Der Innenminister hat bisher aus nicht nachvollziehbaren Gründen gegen eine Löschflugzeugstaffel argumentiert und ausschließlich auf Löschhubschrauber gesetzt, dabei besitzt Brandenburg noch nicht einmal welche.“ Tatsächlich ist generell die Zahl der Hubschrauber, über die das Land verfügt, sehr überschaubar: Es existieren lediglich zwei Polizeihelikopter.

Eine relativ kostengünstige Lösung könnten kleine Löschflugzeuge wie die polnischen PZL M-18 „Dromader“ sein. Der Agrarflieger lässt sich auf Feldflugplätzen schnell betanken und kann immerhin 2200 Liter Wasser aufnehmen. Noch bis 2014 waren im brandenburgischen Kyritz einige solcher Maschinen bei einer privaten Firma im Einsatz. Nachdem das Land Brandenburg den Vertrag mit dem Unternehmen nicht mehr verlängert hatte, wurden die letzten „Dromader“ verkauft. Seitdem existieren in ganz Deutschland keine Löschflugzeuge mehr.

JUSTIZ

Zwangsversteigerung von Clan-Villa gerät zur Farce

Sohn des Sippen-Chefs Arafat Abou Chaker kauft dessen und Bushidos Anwesen für halben Preis

Der Ausgang einer Zwangsversteigerung des Villenanwesens des Sängers Bushido und seines früheren Geschäftspartners, Arafat Abou-Chaker, hat das Interesse der Staatsanwaltschaft Eberswalde geweckt. Diese ist in Brandenburg schwerpunktmäßig für Verstöße gegen das Geldwäschegesetz zuständig. Wie die Behörde auf Anfrage mitteilte, prüfen die Staatsanwälte, ob es Anhaltspunkte für verfolgbare Straftaten gibt.

Bei der unter Polizeischutz im Juni durchgeführten Zwangsversteigerung war es um ein parkähnliches Anwesen mit einer Gesamtfläche von mehr als 16.600 Quadratmetern in Kleinmachnow südwestlich von Berlin gegangen. Das Grundstück mit mehreren Villen war im Jahr 2011 gemeinsam von dem Rapper Bushido und Arafat Abou-Chaker gekauft worden, als beide noch Geschäftspartner waren. Mitt-

lerweile stehen sich Bushido und Abou-Chaker vor dem Berliner Landgericht in einem seit knapp zwei Jahren andauernden Prozess gegenüber. Angeklagt sind dabei Arafat Abou-Chaker und drei Brüder des Clan-Chefs. Bushido ist Nebenkläger und Zeuge. Die Anklage lautet auf Freiheitsberaubung, versuchte schwere räuberische Erpressung, Nötigung, gefährliche Körperverletzung, Beleidigung und Untreue.

Laut „Bild“-Zeitung soll die Zwangsversteigerung der Immobilie auf Bushido zurückgehen, weil keine Einigung über das gemeinsame Grundstück gefunden werden konnte. Unter Polizeischutz war das Anwesen Mitte Juni für die Mindestsumme von rund 7,4 Millionen Euro beim Amtsgericht Potsdam versteigert worden. Den Verkehrswert hatte das Amtsgericht indes doppelt so hoch, auf mehr als 14,8

Millionen Euro, festgesetzt. Einziger Bieter bei der Zwangsversteigerung war der 21-jährige Sohn von Arafat Abou-Chaker. Bushido wird von dem ohnehin relativ schmalen Erlös als Miteigentümer lediglich die Hälfte erhalten. Das Ergebnis der Versteigerung hat Kritik und Fragen hervorgerufen. Unter anderem berichtete die „Bild“-Zeitung unter der Überschrift „Der miese Villen-Deal des Abou-Chaker-Clans“ über die Versteigerung und stellte die Frage, „woher der 21-Jährige das Geld hat“.

Bei Russen geht es schneller

Im Freistaat Bayern hat der deutsche Staat kürzlich bewiesen, dass die Beschlagnahme von Immobilien sehr zügig gehen kann, wenn die Politik die entsprechenden Prioritäten setzt. Auf Grundlage der Russland-Sanktionen hat die Staatsanwaltschaft München am 20. Juni drei

Privatwohnungen in der bayerischen Landeshauptstadt sowie ein Konto für Mietzahlungen beschlagnahmt. Von dem Schritt betroffen sind ein Mitglied der russischen Staatsduma und dessen Ehefrau.

Wie die Münchner Staatsanwaltschaft erklärte, handelt es sich um den ersten Fall in Deutschland, bei dem nicht nur Vermögenswerte aufgrund der Sanktionen eingefroren, sondern tatsächlich Immobilien beschlagnahmt wurden. Dem Duma-Mitglied wird vorgeworfen, für eine Entschließung gestimmt zu haben, in der Präsident Putin zur diplomatischen Anerkennung der sogenannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk aufgefordert wurde. Was also hinsichtlich eines russischen Parlamentariers recht zügig vonstatten gehen kann, macht der Justiz im Falle eines Clan-Chefs sichtlich größere Mühe. Hermann Müller

KOLUMNE

Nach links

VON THEO MAASS

In Berlin rückt eine Wiederholung der Wahlen zum Abgeordnetenhaus immer näher (die PAZ berichtete). Die SPD hatte am 27. September 2021 ein überraschend gutes Ergebnis erzielt. Mit ihrer betont bürgerlich auftretenden Spitzenkandidatin Franziska Giffey erweckte die Partei den Eindruck, eine andere Politik für die Stadt machen zu wollen, als die herrschenden grünlinken Netzwerke es wünschen. Doch daraus wurde nichts. Giffey zierte sich nicht einmal, Rot-Grün-Rot weiter wie bisher regieren zu lassen. Von der FDP als möglichem neuen Regierungspartner war schon kurz nach dem Urnengang keine Rede mehr.

Aber werden sich die Berliner von der bürgerlichen Fassade bei Neuwahlen erneut täuschen lassen? Die Umfragen für die SPD zeigten bereits moderat nach unten. Diese Entwicklung könnte sich jetzt beschleunigen. Nun hielten die Sozialdemokraten ihren Landesparteitag ab. Der ganze faule Zauber der angeblich moderaten, bürgerorientierten SPD brach dabei zusammen. Ganz offen will die Partei sogar die Forderungen nach Wohnungsentwöhnungen positiv sehen und stellt sich gegen den Weiterbau der Autobahn A 100. Anders als vor den vergangenen Wahlen schenkt die SPD den Wählern also immerhin reinen Wein ein. Hofft die Partei, mit dieser Strategie bei den in Auflösung begriffenen Kommunisten Stimmen zu holen?

Umfragen zeigen, dass die Mehrheit der Berliner den Weiterbau der A 100 befürwortet und nichts von Wohnungsentwöhnungen hält. Doch statt diesen Bürgerwillen ernstzunehmen, wenden sich die Sozialdemokraten offenbar lieber grünlinken Lieblingsthemmen zu. Für die ausreisepflichtigen Asylsucher hat Co-Parteichef Raed Saleh beispielsweise etwas im Gabensack: „Menschen dürfen nicht nur Jahre lang geduldet sein in Berlin, das ist eine Beleidigung. Sie müssen wirklich dazugehören.“ Die Partei hat sich auch in der Spitze verändert. Unter den vier Vizevorsitzenden sind nur noch zwei angestammte Deutsche.

MELDUNG

Anlaufstellen ohne Notstrom

Berlin – Die Vorsorge des Berliner Senats und der Bezirke für einen großflächigen Stromausfall birgt noch immer eine gravierende Schwachstelle. Im Ernstfall sollen der Berliner Bevölkerung 36 lokale sogenannte Katastrophenschutz-Leuchttürme (Kat-L) als Anlaufstellen dienen. Wie aus einer Antwort des Senats auf eine FDP-Anfrage hervorgeht, wird aber nur die Hälfte dieser „Leuchttürme“ gleich zu Beginn eines Katastrophenfalls über eine gesicherte Notstromversorgung verfügen. Bei der anderen Hälfte sollen im Ernstfall mobile Notstromaggregate erst herangeschafft werden. Manche „Leuchttürme“ werden laut der Senatsantwort bei einem Ausfall des Stromnetzes also zunächst über keine Notstromversorgung verfügen. Die Berliner Bezirke haben sich sehr unterschiedlich mit Treibstoff zum Betrieb der Notstromaggregate bevorratet. Die Laufzeiten variieren je nach Bezirk zwischen zwölf und 168 Stunden. N.H.

● MELDUNGEN

WHO-Chef ändert Meinung

Genf – Der aus Äthiopien stammende Generaldirektor der Weltgesundheitsorganisation (WHO), Tedros Adhanom Ghebreyesus, hält entgegen früheren Verlautbarungen inzwischen eine absichtliche Züchtung des Virus SARS-CoV-2 im Forschungslabor für „die wahrscheinlichste Erklärung“ des Ursprungs der Coronapandemie. Dies meldete jedenfalls die britische Zeitung „Daily Mail“ am 18. Juni unter Berufung auf ein hochrangiges Londoner Regierungsmitglied, das mit Ghebreyesus gesprochen haben soll. Der WHO-Chef hat die Äußerung, die im privaten Rahmen gefallen sein soll, zwar noch nicht offiziell bestätigt, allerdings ist die von der südafrikanischen Virologin Marietjie Venter geleitete Scientific Advisory Group for Origins of Novel Pathogens (SAGO) der Weltgesundheitsorganisation bereits am 9. Juni zu dem Ergebnis gelangt, dass die WHO unbedingt weiter untersuchen solle, ob das Coronavirus aus dem Hochsicherheitslabor im chinesischen Wuhan stamme. W.K.

Lobbyarbeit hilft Moskau

Brüssel – Wenn das im Mai beschlossene EU-Ölembargo gegen Russland Ende des Jahres wie geplant in Kraft tritt, wird Moskau weiterhin die Möglichkeit haben, mit Ölexporten nach China, Indien und in andere Nicht-EU-Staaten Geld zu verdienen. Zu verdanken hat Moskau dies der Lobbyarbeit der griechischen Reeder, die verhindert haben, dass die EU-Sanktionen gegen Russland ein Verbot der Beförderung russischen Öls mit Tankern aus EU-Ländern einschließen. Im Falle eines solchen Verbots hätte Russland erhebliche Probleme bekommen, sein Öl zu verschiffen, denn jeder vierte Tanker auf der Welt gehört griechischen Eignern. Die Europäische Kommission versucht nun, die Lücke in ihrer Sanktionspolitik herunterzuspielen, indem sie darauf verweist, dass es Unternehmen in der Europäischen Union untersagt sei, Schiffe zu versichern, die russisches Öl transportieren. Allerdings ist zu erwarten, dass asiatische Assekuranzen hier nur allzu gern in die Bresche springen. W.K.

Unruhen befürchtet

Paris – Die weltweit explodierenden Lebensmittelpreise könnten in Algerien, Tunesien, Ägypten, Jordanien, dem Libanon, Nigeria, Sri Lanka, Pakistan, den Philippinen, der Türkei und Bosnien-Herzegowina, die im besonderen Maße auf Importe von Getreide und anderen Grundnahrungsmitteln angewiesen sind, zu massiven sozialen Konflikten und Unruhen bis hin zu politischen Umstürzen führen. Das geht aus einer Studie der Kreditversicherungsgruppe Allianz Trade hervor. „Wenn wir die Menschen nicht ernähren, nähren wir den Konflikt“, mahnen die Vertreter des Versicherungsunternehmens und verweisen auf den Arabischen Frühling, dem ein Anstieg der Lebensmittelpreise um bis zu 50 Prozent vorausging. W.K.

SANKTIONEN GEGEN RUSSLAND

Litauen weitet EU-Recht auf Transitwaren nach Königsberg aus

Nur Personen und Güter, die als militärisch unbedeutend gelten, lässt Wilna noch passieren. Moskau droht mit Gegenmaßnahmen. Eine Blockade des größten Hafens der Republik Litauen könnte dazugehören

VON BODO BOST

Nur 300 Kilometer von Berlin entfernt liegt das Königsberger Gebiet, eingeschlossen von den NATO- und EU-Mitgliedsstaaten Litauen und Polen. Vielleicht wurde deshalb anfänglich die Exklave der Russischen Föderation bei den EU-Sanktionen gegen letztere außen vor gelassen, aus Sorge vor einem Krieg vor der Haustür. Inzwischen indes werden die seit dem März geltenden Sanktionen auch auf das Königsberger Gebiet angewandt.

Als die litauischen Behörden Mitte Juni den Transit durch ihr Hoheitsgebiet in das Königsberger Gebiet von Gütern, die den Sanktionen der EU unterliegen, verboten, war der russische Aufschrei groß. Moskau sprach von Blockade. Zu den Gü-

tern, die auf der EU-Sanktionsliste stehen, gehören Kohle, Metalle, Baumaterialien und Spitzentechnologie. Zur Herstellung von Rüstungsgütern nicht verwendbare Güter, vor allem Lebensmittel, dürfen weiter Litauen durchqueren. Der Gouverneur von Königsberg, Anton Alichanow, sagte, das Verbot würde zwischen 40 und 50 Prozent der Waren betreffen, die normalerweise das Königsberger Gebiet über Litauen aus Russland erreichen.

Verstärkte Personenkontrollen

Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell stellte sich hinter die Maßnahme der Litauer. Sollten die Maßnahmen nicht schnell aufgehoben werden, müssten die Fährverbindungen von St. Petersburg her erhöht werden, um die dringend benötigten Baumaterialien einzuführen. Moskau drohte mit Vergeltung, auch eine russische

Blockade des Memeler Hafens, des größten der Republik Litauen, könnte dazugehören.

Täglich rollen weiter drei Züge, auch mit Personen im wehrfähigen Alter, die nun allerdings verstärkt kontrolliert werden. Schon oft wurde in der Vergangenheit beobachtet, wie Pakete mit Schmuggelware aus den Fenstern der Züge flogen und dass junge Männer in Scharen vor Wehrübungen aus Russland kommend zivil ungehindert nach Königsberg reisten.

Die NATO- und EU-Enklave ist die Heimat der russischen Ostseeflotte und Stationierungsort für Moskaus atomwaffenfähiges fahrzeuggebundenes Raketen-system 9K720 Iskander. 500 Kilometer trennen das Königsberger Gebiet von Russland und mehr als 1000 Kilometer von Moskau. Wie viele Soldaten Russland im Königsberger Gebiet stationiert hat, ist

unbekannt, es können 20.000 sein, aber auch 200.000.

Borell stellt sich hinter Wilna

Seit 1993 hatte Russland mehrmals mit Druck auf Litauen versucht zu erreichen, dass aus der Eisenbahnlinie offiziell ein militärischer Korridor wird. Das hätte einen unkontrollierten Transport von Personen und Gütern erlaubt. 2003 einigten sich Russland und Litauen auf vereinfachte Visumregeln. Im Gegenzug verpflichtete sich Russland, die litauischen Behörden über Art und Umfang der Fracht zu informieren. Litauen trat ein Jahr später der NATO und der EU bei.

Der sogenannte Suwalki-Korridor an der polnisch-litauischen Grenze, der die russische Exklave von dem Verbündeten Weißrussland trennt, gilt als größte Schwachstelle der NATO. Würden die Russen den 65 Kilometer langen Korridor einnehmen, wäre Königsberg keine Exklave mehr, dafür aber die drei baltischen Staaten, die dann vollständig von Russland, Weißrussland und Königsberg eingeschlossen wären.

Bundeswehr schützt Litauen

Die Verteidigung dieses Korridors obliegt auch der Bundeswehr mit der Panzergrenadierbrigade 41 „Vorpommern“, die in Litauen stationiert ist. Die rund 500 deutschen Soldaten führen die etwa 1600 NATO-Soldaten umfassende multinationale Kampfgruppe in Litauen an.

Letztere war im März 1990 die erste der damaligen Sowjetrepubliken, die ihre Unabhängigkeit erklärte, der erste Dominostein, der fiel und die anderen mit sich riss. Viele Politiker in Moskau haben den Litauern das bis heute nicht vergessen.

Bereits vor dem Ausbruch des Ukrainekriegs hatte Jewgenij Fjodorow, Abgeordneter der Staatsduma, Mitglied des zentralen politischen Rates von Einiges Russland und Koordinator der Nationalen Befreiungsbewegung, im russischen Parlament die Unabhängigkeit Litauens öffentlich in Frage gestellt und gefordert, dass Russland als Rechtsnachfolger der Sowjetunion dem baltischen Staat die Souveränität aberkennt.



„Ihr schließt die Grenze? Unsere Armee hat Visafreiheit“ ist auf dem mittleren Plakat zu lesen: Proteste von Anhängern der Liberaldemokratischen Partei Russlands gegen die „Blockade“ des Königsberger Gebiets

Foto: pa

UKRAINEKRIEG

Keine eindeutige Schuldzuweisung

Meinungsumfrage in neun Staaten des Ostens der EU zur Frage nach der Verantwortung für den Krieg

Trotz Sanktionen und vielen toten Soldaten stehen noch immer sieben von zehn Russen hinter der Ukrainepolitik ihres Präsidenten Wladimir Putin. Aber auch in EU-Ländern wie Bulgarien, der Slowakei oder Ungarn glaubt immerhin noch die Hälfte der Bürger, dass Putin diesen Krieg nicht zu verantworten habe.

Die in Pressburg sitzende Denkfabrik GLOBSEC führt regelmäßig vergleichende Meinungsumfragen in neun Ländern Mittel- und Osteuropas durch. In diesem Jahr konzentrierten sich die Fragen auf die Ukraine. Die Umfrage fand Ende März und im April statt, mehr als einen Monat nach dem Einmarsch Russlands. Die Frage lautete: Wer ist Ihrer Meinung nach für den Krieg in der Ukraine verantwortlich? Fast die Hälfte der Befragten in Ungarn, Bulgarien und der Slowakei sehen die

Hauptverantwortung für den Ukrainekrieg nicht bei Russland.

Nur 51 Prozent der Slowaken, 50 Prozent der Bulgaren und 48 Prozent der Ungarn gaben Russland die Verantwortung. Beim Westen, der Russland provoziert habe, sehen 28 Prozent der Slowaken, jeweils 26 Prozent der Bulgaren und Rumänen sowie 18 Prozent der Ungarn die Schuld. Ebenfalls 18 Prozent der Ungarn gaben der Ukraine die Kriegsschuld, da diese den russischsprachigen Teil der Bevölkerung unterdrückt habe.

Vor dem Krieg gab es zwischen Budapest und Kiew Streit über Minderheitenrechte, seit das ukrainische Parlament 2017 das Gesetz „über die Gewährleistung des Funktionierens der ukrainischen Sprache als Staatssprache“ verabschiedete, das zumindest nach Ansicht Budapests

die Rechte der transkarpatischen ethnischen ungarischen Minderheit untergräbt. In den übrigen Staaten des Ostens der EU ist der Anteil der Befragten, die der Ukraine die Schuld am Krieg geben, im einstelligen Bereich.

In den beiden baltischen Ländern Estland und Lettland, die beide eine direkte Grenze mit Russland haben, gaben 14 beziehungsweise 15 Prozent der Bevölkerung Russland keine Schuld am Krieg. Das entspricht exakt der dortigen russischsprachigen Einwohnerschaft.

Narrative, die dem Westen die Schuld an den Ereignissen in der Ukraine geben, gab es auch schon vor dem Krieg. Ende Januar glaubten mehr als 44 Prozent der Slowaken, dass die USA und die NATO für die zunehmenden Spannungen in der Ukraine verantwortlich seien.

„Die verzerrte Sichtweise bestimmter Bevölkerungsgruppen auf die Ereignisse in der Ukraine in Verbindung mit der bevorstehenden wirtschaftlichen Notlage könnte diese anfälligen Gruppen zu potenziellen Zielscheiben für populistische und autokratische Führer machen“, so die Schlussfolgerung der GLOBSEC-Analyse.

Während der Verhandlungen über das Ölembargo im Mai war Ungarn der Wortführer einer Gruppe von Ländern, die über die wirtschaftlichen Folgen eines russischen Einfuhrverbots besorgt waren. Das Ergebnis war, dass Ungarn, die Slowakei und Bulgarien von den EU-Staats- und Regierungschefs ausgehandelten Ausnahmen profitieren. Darüber, wie die deutsche Bevölkerung über den Krieg in der Ukraine denkt, liegt kein vergleichbares Zahlenmaterial vor. Bob

VON NORMAN HANERT

Im März stellte Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck fest, dass Versorgungssicherheit im Zweifel wichtiger sei als Klimaschutz. Ende Juni folgte die nächste Kehrtwende des Grünen-Politikers. Um von russischen Gasimporten unabhängiger zu werden, kündigte Habeck an, Gaskraftwerke vom Netz nehmen zu wollen und stattdessen wieder Kohle verstromen zu lassen. „Das ist bitter, aber es ist in dieser Lage schier notwendig, um den Gasverbrauch zu senken“, so der Bundeswirtschaftsminister.

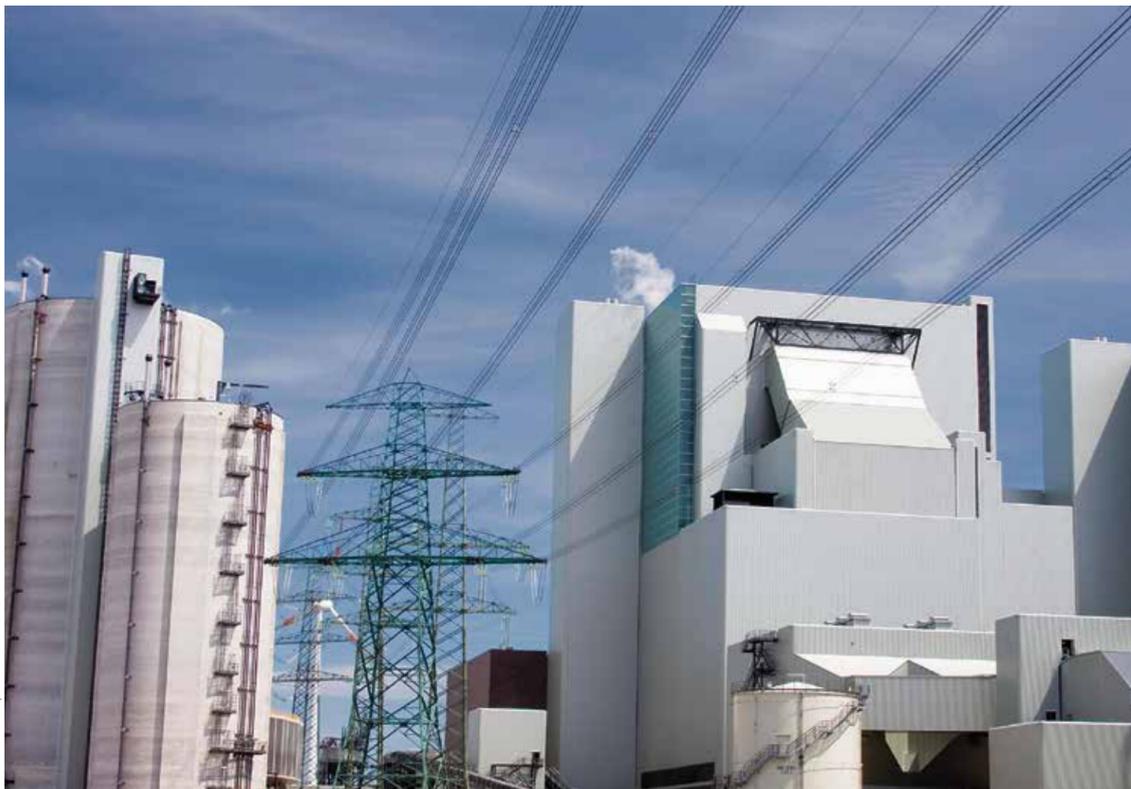
Wie es in einer Mitteilung von Habecks Wirtschaftsministerium heißt, sollten sich die Betreiber dieser Ersatzkraftwerke bereits darauf einstellen, ihre Anlagen startklar zu machen, „sodass alles so bald wie möglich einsatzbereit ist“. Die Branche selbst zeigt sich dazu bereit. Nach Angaben der Energiewirtschaft können die in Reserve gehaltenen Braunkohle-Kraftwerke relativ schnell wieder hochgefahren werden.

Versorgungssicherheit ist laut Habeck wichtiger als Umweltschutz

Habecks Plan hat allerdings einen Haken, der mit einem Grundproblem der Energiewende zu tun hat. Die Gaskraftwerke liefern nämlich die Flexibilität in der Stromerzeugung, die notwendig ist, um die Unberechenbarkeit der Windkraft und Solarparks auszugleichen. Liefern diese Anlagen zu wenig Strom, lassen sich Gaskraftwerke als Ersatz innerhalb von Minuten hochfahren. Die Kohlekraftwerke sind dagegen ideal, um zuverlässig die Grundlast abzudecken.

Mit Blick auf die Energiewende hatte der schwedische Energieversorger Vattenfall bei seinem Kohlekraftwerk in Hamburg-Moorburg versucht, Grundlastfähigkeit mit Flexibilität zu koppeln. Resultat dieser Bemühungen war, dass Moorburg nach Angaben Vattenfalls „innerhalb von nur zehn Minuten seine Leistung um bis zu 500 Megawatt steigern oder absenken“ konnte. Wie die Gaskraftwerke könnte Moorburg damit eigentlich ein Teil der Lösung für eines der Kernprobleme der Energiewende darstellen.

Das Problem dabei: Deutschlands modernstes Kohlekraftwerk ist seit dem Juli 2021 stillgelegt. Jahrelanger Gegenwind, der unter anderem sehr stark von den Grünen kam, juristische Klagen und Umweltauflagen haben dafür gesorgt, dass das Kraftwerk in Hamburg-Moorburg niemals wirtschaftlich betrieben werden konnte. Als Konsequenz hat Vattenfall ein mit dem Kohleausstiegsgesetz geschaffenes Angebot genutzt, und sich an einer Auktion der Bundesnetzagentur zur Stilllegung von Kraftwerkskapazitäten beteiligt.



Innovativ, hochmodern, doch wegen politischer Entscheidungen ungenutzt: Vattenfalls Kohlekraftwerk Hamburg-Moorburg

ENERGIEPOLITIK

Der Energiewende geht die Puste aus

Robert Habeck besinnt sich auf Kohlekraft- statt auf sauberere Atomkraftwerke zurück – TÜV Süd kann Mangel an Brennelementen nicht bestätigen

Ende Februar teilte das Unternehmen mit, dass es die Vorbereitungen für den Rückbau des Kohlekraftwerks Hamburg-Moorburg wegen des Ukrainekriegs vorerst gestoppt habe.

Tatsächlich hat die fragile Lage auf dem Energiemarkt dazu geführt, dass mittlerweile über Dinge geredet wird, die noch vor wenigen Monaten zumindest aus Sicht der Grünen undenkbar erschienen. Der Rückgriff auf Kohlekraftwerke ist dabei nur ein Beispiel. Grünen-Chef Habeck selbst hatte im März im ZDF-Morgenmagazin und auch bei „Lanz“ selbst eine Wende bei den Atomkraftwerken nicht völlig ausgeschlossen. Er werde selbst einen Weiterbetrieb der letzten noch betriebsbereiten Kernkraftwerke „ideologiefrei“ prüfen, so Habeck im Frühjahr.

Habecks Wirtschaftsministerium und auch das von der Grünen Steffi Lemke ge-

führte Umweltministerium befanden in einem gemeinsamen Prüfvermerk dann doch recht schnell, dass „eine Laufzeitverlängerung der drei noch bestehenden Atomkraftwerke auch angesichts der aktuellen Gaskrise nicht zu empfehlen“ sei. Mittlerweile ist auch die Diskussion um den Weiterbetrieb der deutschen Kernkraftwerke wieder zurück.

Söder widerspricht

So schlug etwa CSU-Chef Markus Söder vor, die AKW entgegen dem Ausstiegsbeschluss über den Jahreswechsel weiterlaufen zu lassen. Söder sagte: „Wir werden im Winter ab dem 1. Januar neben einem echten Gasproblem noch eine zusätzliche Stromlücke erhalten. Es gibt keine Argumente, außer rein ideologischen Basta-Argumenten, die Kernkraft nicht zu verlängern.“

Habeck und auch Kanzler Olaf Scholz erteilten diesen Vorschlägen allerdings eine Absage. Söder kann sich bei seinem Vorschlag allerdings auf ein Gutachten des TÜV Süd stützen, welches das bayerische Umweltministerium in Auftrag gegeben hat. Beschäftigt hatte sich der TÜV Süd mit der Frage, ob es möglich wäre, das Atomkraftwerk Isar 2 länger am Netz zu lassen als bis zum 31. Dezember 2022. Laut dem Gutachten des TÜV bestehen „aus sicherheitstechnischer Sicht“ „keine Bedenken“. Auch ein Mangel an Brennelementen, wie dies Habeck suggeriert hatte, ist offenbar kein unüberwindliches Problem.

Die Brennelemente können noch etliche Monate weiter genutzt werden, auch die Lieferung von neuem Brennstoff ist möglich, ohne dabei auf Russland zurückzugreifen.

ROHSTOFF-FUND

China baut Goldvorkommen in Uganda ab

Ugander warnen vor „westlichen Dieben“ – Diese zahlen jährlich zwei Milliarden US-Dollar Entwicklungshilfe

Bislang war Uganda nicht für größere Goldvorkommen bekannt. Zwar exportierte das Land im Herzen Afrikas in den letzten Jahren Gold für jeweils etwa 1,7 Milliarden US-Dollar in die Vereinigten Arabischen Emirate sowie nach Südkorea und Hongkong. Die Eigenproduktion, die zu meist aus illegalen und extrem umweltschädlichen Kleinminen in Mawero, Tiira, Amonikakinei und Syanyonja stammte, hatte aber nur einen Wert von rund 170 Millionen Dollar. Beim Rest des ausgeführten Edelmetalls handelte es sich um Schmuggelware aus dem Ausland, die anschließend von ugandischen Händlern weiterverkauft wurde.

Jetzt gab der Sprecher des Ministry of Energy and Mineral Development in Kampala, Solomon Muyita, bekannt, dass

eine mehrjährige geologische Suchkampagne zur Entdeckung zahlreicher bislang unbekannter Goldlagerstätten in den Distrikten Busia, Kasanda und Bushenyi sowie in der Region Karamoja geführt habe. Dort vermute man insgesamt 31 Millionen Tonnen abbauwürdiges Golderz, aus dem sich 320.000 Tonnen Feingold gewinnen ließen.

Allerdings zweifeln Experten wie der Wirtschaftsgeologe Philip Schütte von der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) in Hannover diese Rechnung an, weil sie darauf basiert, dass eine Tonne Erz etwa zehn Kilogramm Feingold ergibt. Normalerweise liegt der Goldanteil auch in den vergleichsweise reichhaltigen Lagerstätten Afrikas erheblich niedriger.

Auf jeden Fall steht schon ein Unternehmen aus der Volksrepublik China, die Wagagai Mining Uganda Ltd, eine Tochtergesellschaft der Liaoning Hongda Group, bereit, um bei Alupe in Busia an der Grenze zu Kenia Golderz zu fördern und daraus gleich vor Ort Feingold zu gewinnen. Dafür investierten die Chinesen bereits 200 Millionen Dollar. Bald sollen noch weitere Firmen aus dem Reich der Mitte die Genehmigung erhalten, Gold in Uganda zu schürfen. Regierungsvertreter in Kampala gehen davon aus, dass das afrikanische Land 700 Millionen Dollar pro Jahr an Lizenzgebühren einnehmen könnte. Der Wert der neu gefundenen Goldvorkommen wurde auf 12,8 Billionen Dollar veranschlagt.

Peking scheint wieder eine glückliche Hand zu haben, wenn es um die kosten-

günstige Ausbeutung der Bodenschätze Afrikas geht. Dennoch machen schwarze Nationalisten nicht etwa Stimmung gegen China, sondern äußern Verdächtigungen zulasten westlicher Staaten. So schrieb ein gewisser „JTISIS“ über den Kurznachrichtendienst Twitter: „Uganda ist jetzt das reichste Land auf dem Planeten, da es riesige Goldvorkommen besitzt – da werden wir nun bald sehen, wie die Weißen einen Krieg anzetteln, um diese zu stehlen.“ Dabei unterstützen ebendiese Weißen Uganda Jahr für Jahr mit rund zwei Milliarden US-Dollar Entwicklungshilfe, von denen auch ein erklecklicher Teil aus der Bundesrepublik kommt: Allein 2018 und 2019 beliefen sich die deutschen Zahlungen an Uganda auf 138 Millionen Euro.

Wolfgang Kaufmann

● MELDUNGEN

Ausnahmen verlängert

Washington – Für Geschäfte mit Energieträgern und Brennstoffen hatten die USA Ausnahmen bei den Sanktionen gegen Russland beschlossen, die am 24. Juni auslaufen sollten. Diese wurden nun verlängert. Das US-Finanzministerium hat Transaktionen mit russischen Banken im Energiebereich bis zum 5. Dezember von der Sanktionsliste gestrichen. Gestattet sind Abwicklungen LNG, Erdölprodukte, Erdgas, Kohle, Holz und Uran betreffend sowie Kernenergie. Mit der Verlängerung wollen die USA der EU einen „geordneten Übergang“ bei der Umsetzung eines Verzichts auf russische Energieimporte ermöglichen. Eine Sprecherin des US-Finanzministeriums sagte, dass die Einfuhr von russischem Öl in die USA weiterhin untersagt bleibe und man bemüht sei, die Einnahmequellen des Kreml einzuschränken. Rohölimporte in die EU sollen innerhalb von sechs Monaten enden, der von Erdölprodukten innerhalb von acht Monaten. Die Ölversorgung über die Druschba-Pipeline wird zunächst ohne Enddatum fortgesetzt, da sie unter anderem Ungarn, die Slowakei und Tschechien versorgt. Diese Länder hätten ohne Ausnahmeregelung einem Embargo nicht zugestimmt. **MRK**

Viele Junge ohne Arbeit

Peking – Die Jugendarbeitslosigkeit in China hat den Rekordwert von 18,4 Prozent erreicht. Und es könnte noch schlimmer kommen, wenn demnächst die 10,7 Millionen Universitätsabsolventen diesen Jahres auf den Arbeitsmarkt strömen. Hauptursache für die Misere ist die radikale Null-Covid-Strategie Pekings. Momentan leidet die chinesische Wirtschaft unter ihr noch stärker als 2020/21. Außerdem sind viele Arbeitsplätze für junge Leute verschwunden, seit die Regierung die Internetunternehmen strengen Regulierungen unterworfen hat. Daher versucht die chinesische Jugend nun wieder verstärkt, im Staatsdienst unterzukommen. Das ist allerdings leichter gesagt als getan, denn vor dem Hintergrund eines Haushaltsdefizits der Volksrepublik von mittlerweile umgerechnet 140 Milliarden Euro werden auch im öffentlichen Dienst Stellen abgebaut. **W.K.**

Abkehr vom Westen

New York – Laut einem Bericht der renommierten US-amerikanischen Finanznachrichtenagentur Bloomberg ist der Handel zwischen Russland und China auf der Basis der jeweiligen Landeswährungen Rubel und Yuan seit Beginn des Ukrainekrieges und dem Wirksamwerden der westlichen Sanktionen gegen Moskau um 1067 Prozent gestiegen. Um die Abhängigkeit von China als Handelspartner zu minimieren, versucht die russische Regierung, die Handelsbeziehungen zu Indien sowie größeren lateinamerikanischen und afrikanischen Staaten wie Brasilien und Südafrika ebenfalls auszubauen. Beim Handel mit dem Ausland ist der Kreml eifrig bestrebt, Geschäfte in der Währung der Führungsmacht des Westens, dem US-Dollar, zu vermeiden. **W.K.**

KOMMENTARE

Angstraum Freibad

NORMAN HANERT

Zuweilen trifft man sie noch, die Berliner, die davon berichten, wie sie in ihrer Kindheit in Berlin-Neukölln ganz selbstverständlich die Wohnungstür offenließen, während sie beim Nachbarn waren. Oder die Seniorin, die erzählt, wie sie als Jugendliche nach erfüllenden Theaterabenden oft durch die nächtlichen Straßen von Berlin-Mitte nach Hause schlenderte – ganz allein und völlig angstfrei.

Für diese Menschen ist es inzwischen Normalität, die Wohnungstür lieber mehrfach zu sichern und dem neuen Nachbarn mit tschetschenischem Immigrationshintergrund nicht zu widersprechen, wenn dieser mit Fingerzeig auf den mitgeführten Hund und Hinweis, er sei Muslim, zum Verlassen des Fahrstuhls auffordert. Die Enkelkinder dieser Senioren können von der Angst berichten, in der Schule von den Sprösslingen arabischer Großclans „abgezogen“ zu werden.

Derlei „interkulturelle Begegnung“ taucht in den Medien kaum auf. Für

Schlagzeilen sorgen allenfalls Übergriffe und Gewalt, bei denen Menschenmassen beteiligt sind. Dies ist nun immer öfter auch der Fall: Im Essener Stadtteil Altendorf kam es Ende Juni zu einer Massenschlägerei zwischen zwei arabischen Großfamilien, bei der Hunderte Beteiligte in aller Öffentlichkeit aufeinander losprügelten.

Auch Berlins Freibäder entwickeln sich für „die Menschen, die schon länger hier leben“, zu Gebieten, die man tunlichst meidet. Am 19. Juni mussten in der Hauptstadt 13 Streifenwagen und Teile einer Einsatzhundertschaft wegen einer Massenprügelei zum „Sommerbad am Insulaner“ anrücken.

Gut eine Woche später rückte die Polizei wegen Tumulten mit einem Großaufgebot beim Neuköllner Columbiabad an. Dort sahen sich die Beamten dann von einem aggressiven Mob von bis zu 250 Badegästen bedrängt. Bodo Pfalzgraf, Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, stellte inzwischen klar, die Berliner Polizei könne „nicht jederzeit mit einem Großaufgebot an Berliner Bädern im Einsatz sein“.

Selbstbedienung

HANS HECKEL

Die Deutschen sollen sich einschränken und sich damit abfinden, dass „wir alle ärmer werden“, wie ein Regierungsmitglied der Ampelkoalition insistiert. Wie viel von der Verarmung auf das Konto der Politik geht und keineswegs aus einer Art welthistorischer höherer Gewalt resultiert, davon schweigt die Politik lieber. Noch mehr aber muss es die steuerzahlenden, arbeitenden Bürger ärgern, wofür in angeblich harten Zeiten in Berlin immer noch Millionen verpulvert werden.

Dass Deutschland sich das größte demokratische Parlament der Welt leistet, ist längst Dauerthema. Hinzu kommt, dass der Bund mehr als 400 Millionen Euro für „externe Berater“ ausgibt. Was tun diese Leute? Böse Zungen nennen sie schlicht Lobbyisten, also Vertreter bestimmter Interessengruppen, die als „Experten“ verpackt die Belange ihrer speziellen Zielgruppe ins

Regierungshandeln trüfeln – und das auch noch von Steuermitteln bezahlt. Daneben werden bereits Milliardenbeträge an sogenannte Nichtregierungsorganisationen verschenkt, die damit „Projekte“ finanzieren und Planstellen, auf denen sich nicht selten Versorgungsfälle aus dem Genossenpool gewisser Parteien wiederfinden.

Wer sich dies alles zusammenreimt, der gewinnt das Bild eines gigantischen Selbstbedienungsladens auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung. Solange das Geld scheinbar uferlos floss, blieb der Verdross im Volk überschaubar. Doch nun kommen weitaus schwerere Zeiten auf die Deutschen zu. Da wird der Zwiespalt zwischen Spar- und Verzichtsauflorderungen an Otto Normalverbraucher und der obszönen Selbstbedienungsmentalität einer politischen Klasse stetig aufreizender. Das wird in der Wahrnehmung der Politik und der herrschenden Parteien durch das Volk nicht ohne Spuren bleiben.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Teus; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehrmannstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021:

Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de



Ihres Erachtens ist Männerhass nicht nur „vollkommen gerechtfertigt, sondern auch notwendig“: Pauline Harmange

KOLUMNE

Historischer Kulturbruch

FLORIAN STUMFALL

Das Oberlandesgericht (OLG) Frankfurt hat für Recht befunden, dass einer „klagenden Person“ die Entschädigung von 1000 Euro zustehe, weil sie von der Deutschen Bahn mit „Herr“ angedredet worden war. Dem Gericht zufolge sei das ein „Angriff auf die eigene Person“ und führe zu „deutlichen psychischen Belastungen“, denn jene Person leide unter der „Zuschreibung von Männlichkeit“. Weitere „nicht binäre Anreden“ durch die Bahn zögen Strafzahlungen in einer Höhe von 250.000 Euro nach sich.

Folgt man dem politisch korrekten Zeitgeist, so muss es scheinen, als seien – neben vielen anderen – die Grenzen zwischen den Geschlechtern ins Fließen gekommen. Doch diese Absurdität wird konterkariert von einer gegenläufigen Bewegung auf demselben Terrain, die wiederum auf eine scharf-angriffslustige Unterscheidung zwischen den Geschlechtern abstellt, mit einer Klarheit, wie sie seit Beginn der Menschheit unstrittig gewesen ist. Es geht um das Verhältnis zwischen Mann und Frau, diesmal aber nicht, wie bei der „klagenden Person“, um das persönliche Wohl und Wehe, sondern um die gesellschaftliche Bedeutung des Phänomens zweier Geschlechter. Und die ist völlig anders als die persönliche.

Da dies von ursprünglicher Art scheint, ist ein Rückgriff in die frühe Zeit der Menschheit nicht vermeidbar. Es herrschte das Matriarchat mit der Frau als Mutter – es wurden Kinder geboren, welche die Sippe stärkten, was dann zum Entstehen von Stämmen und schließlich von Völkern führte. Die wenigen physischen Frauenbilder, die von damals auf uns gekommen sind, spiegeln Art und Aufgabe der Frau wider, nämlich Mutter sein zu können. Doch mit der neolithischen Revolution trat eine völlig neue Kraft ins Leben und Bewusstsein der Menschen: die Fruchtbarkeit nicht nur von Lebewesen, sondern auch des Bodens und ihrer systematischen Nutzung, von der das Schicksal der Menschen mehr und mehr abzuhängen begann.

Matriarchat und Patriarchat

Dem Matriarchat aber wohnt ein ewiger Zauber inne, der an das Herkommen der Menschheit erinnert. Und wie es immer ist: Wo der Tod nie fern bleibt in einer gefährlichen Natur, da spielt die Geburt eine ausschlaggebende Rolle fürs Überleben,

und mit ihr das Weib. Dementsprechend waren die Gesellschaften beschaffen, matrilinear mit der Erbfolge von der Mutter auf die Tochter, oftmals gab es die Polyandrie, das Schamanentum oblag hauptsächlich Frauen.

Der ägäische Raum ist für das Schicksal des Mutterrechts in Europa von entscheidender Bedeutung. Denn hier geschieht mit der indogermanischen Völkerwanderung ab 2000 vor Christus das Aufeinandertreffen der nomadischen Völker aus dem Raum zwischen dem nördlichen Kaspischen und dem Schwarzen

Weiblichen, auch durch die verschiedene Positionierung der beiden im Trojanischen Krieg, bei dem Hera die asiatische, mütterliche Seite vertritt, Zeus hingegen die hellenische, männlich orientierte.

„Ich hasse die Männer“

Diese Ordnung galt Jahrtausende und wurde in Europa erst ab dem Ende des 18. Jahrhunderts mehr und mehr erschüttert. Das erste Aufbegehren dagegen geschah durch die Französische Revolution mit ihrer Parole von der Gleichheit. Anno 1865 gründete in Deutschland Jahre Luise Otto-Peters den „Allgemeinen deutschen Frauenverein“.

Heute aber geht es dem Feminismus nicht mehr um Gleichberechtigung, sondern um Dominanz, um die Gynarchie. Der Bestseller „Ich hasse die Männer“ der französischen Feministin Pauline Harmange, der die Wortschöpfung „Misandrie“, Männerhass, ins Spiel bringt, stellt einen vorläufigen Höhepunkt dar. Doch diesmal geht es nicht um die bessere oder mindere Stellung eines Geschlechts, diesmal soll die Männerwelt möglichst ganz versiegen. Wir stehen in Europa wieder vor einer kulturellen Zeitenwende, doch es wäre ein Irrtum anzunehmen, der Weg gehe wieder in Richtung Matriarchat. Dort nämlich handelt es sich um weibliche Dominanz, die indes den Männern Recht und Rang zuweist.

Die Gynarchie aber ist gegenüber dem Mann durch Abneigung bis hin zum Hass gekennzeichnet, ihm werden in dieser Vorlage sowohl Recht als auch Rang planmäßig vorenthalten. Der Grund für diesen Unterschied: Das Matriarchat ist eine kulturelle Hervorbringung, die Gynarchie eine ideologische. Um das Ziel zu erkennen, tut es not, die Ursachen zu finden. Über die Wirkkraft der Revolutionen von 1789 und 1918 hinaus sind es zwei Ereignisse, welche die neue Frauenherrschaft beflügeln. Es handelt sich um die Revolte von 1968 und die fast gleichzeitige Entwicklung der Antibabypille. Sie begründet den Anspruch auf Kinderlosigkeit als den Lebensentwurf weiblicher Sinngebung. Mit Matriarchat hat das nichts zu tun. Dieses hat der Frau ihre Bedeutung durch Mutterschaft gegeben, die Gynarchie leitet sie von Eigennutz ab. Dies ist ein Kulturbruch von historischem Ausmaß.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Die Gynarchie ist gegenüber dem Mann durch Abneigung bis hin zum Hass gekennzeichnet

Meer sowie der einheimischen Urbevölkerung, den Alteuropäern oder, wie die Griechen sie nannten, den Pelasgern.

Die Zuwanderer waren als ein zumindest teilweise als Nomaden lebendes Volk patriarchalisch organisiert. Dies traf nun auf den pelagischen matriarchalischen Gegenentwurf. Um es vorwegzunehmen: Der alteuropäische Einfluss ist nicht einfach verschwunden, wie man vor allem in der Mythologie sieht. Wenn sich auch das hellenische Patriarchat durchgesetzt hat, so blieben doch einige pelagische Gottheiten nicht nur erhalten, sondern sogar von erstem Rang. Haarmann nennt Athene, deren Beinamen „Pallas“ alteuropäischen Ursprungs ist, ferner Hestia, Artemis, Hera und vor allem Aphrodite. Es fällt auf, dass es sich hierbei durchwegs um weibliche Gottheiten handelt.

Dem tut auch nicht Abbruch, dass in diesem Zusammenhang die Ablösung der matriarchalischen Ordnung durch männliche mythologische Gestalten erfolgt; die männliche Ordnung weist dem weiblichen Element einen respektablen Platz zu, wie sich in der griechischen Mythologie vielfach widerspiegelt. So gibt etwa das Verhältnis des Göttervaters zu seiner Schwester und Gemahlin Hera ein Beispiel für das nur wenig eingeschränkte Fortwirken des

Kasseler Skandal-Schau

Antisemitismusvorwürfe überlagern die 15. documenta – Daneben besticht sie allenfalls als Ramschladen von Banalitäten

VON VEIT-MARIO THIEDE

Die Kasseler Weltkunstausstellung documenta ist auch nicht mehr das, was sie einmal war, nämlich eine Hochleistungsschau der Solo-Künstler. Die 15. Ausgabe der alle fünf Jahre stattfindenden Ausstellung stellt dafür erstmals Künstler-Kollektive in den Mittelpunkt. Diese Entscheidung traf das neunköpfige indonesische Kollektiv ruangrupa, dem die Findungskommission der documenta die künstlerische Leitung übertragen hat.

Das Kollektiv ruangrupa wiederum verstärkte sich um das aus einer Israelin und vier weiteren Frauen bestehende „lumbung-Team“ und 14 vornehmlich aus dem globalen Süden, also Afrika, Asien und Südamerika stammende Künstler-Kollektive, die „lumbung-members“. Diese drei Personenkreise haben weitere Akteure zur Teilnahme an der documenta fifteen (d15) eingeladen. Und die heißen nicht wie üblich „documenta-Künstler“, sondern in gendergerechter Anbieterung „lumbung-Künstlerinnen und -Künstler“.

Was soll dieses dauernde „lumbung“? Es ist der indonesische Begriff für eine Reisscheune, in der überschüssige Ernte zum Wohle der Gemeinschaft gelagert wird, und bezeichnet im Sinne von ruangrupa das künstlerische Modell der d15. Das beruht auf Kollektivität, gemeinschaftlichem Ressourcenaufbau und gerechter Verteilung. Hinzu gesellen sich die lumbung-Werte: Freundschaft, Humor, Großzügigkeit, Transparenz, Genügsamkeit und Regeneration.

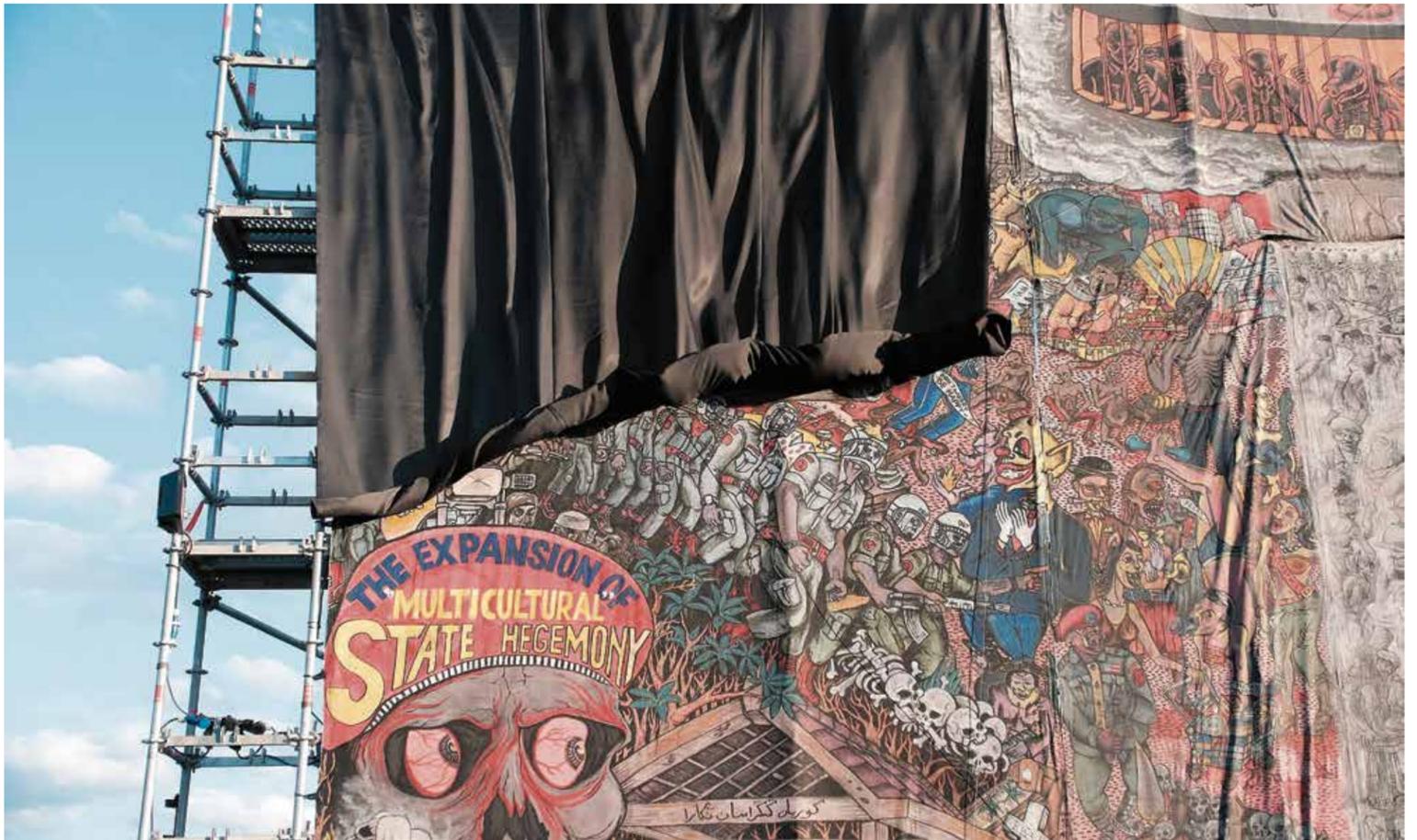
Multikulturelle Dauerparty

Traditionell ist das Fridericianum der zentrale Ausstellungsort der documenta. Während der d15 heißt es „Fridskul“, weil eine Schule der besonderen Art eingezogen ist. In ihr laufen Workshops, Seminare und Karaoke-Veranstaltungen. Besonders wichtig ist „nongkrong“, das gemeinschaftliche Abhängen als Methode zum Austausch von Ideen, Wissen und Fertigkeiten. Im weiten Saal steht ein aus Holzkisten errichtetes Klassenzimmer, gefolgt von Sofas, einer Hängematte und einer Küche, denn hier wohnen und arbeiten gemeinschaftlich mehrere Künstler-Kollektive. Die Ausstellungsbesucher werden in die Aktivitäten einbezogen.

Die d15 ist auf 32 Schauplätze verteilt, die von rund 1500 Künstlern bespielt werden. Einer der größten Präsentationsorte ist das vom Bahntechnik-Hersteller Hübner aufgegebene Areal. In der weitläufigen Werkhalle hat sich etwa die „Fondation Festival sur le Niger“ aus Mali eingerichtet. Unter dem Titel „Le Maaya Bulon“ werden 200 Marionetten und Masken, bemalte Pfähle und eine Vitrine mit Amuletten gezeigt.

„Bulon“ bezeichnet in der malischen Architektur einen Raum, in dem die Gastfreundschaft gepflegt wird. Hier will die Gruppe mit befreundeten Künstlern und Besuchern arbeiten, musizieren und – was sonst soll man mit den documenta-Geldern tun? – feiern. Auch an vielen anderen Schauplätzen bekommt man den Eindruck, dass die d15 eher ein exotisches Kulturfestival als eine ernst zu nehmende Kunstausstellung ist.

Auf dem ruinös wirkenden WH22, einem 2500 Quadratmeter großen Grundstück am Kasseler Hauptbahnhof in der Werner-Hilpert-Straße 22, befindet sich als Dauereinrichtung die „Lolita-Bar“. Neu eingezogen ist Kunst. Und die war, obwohl sie noch keiner der Protestieren-



Verhüllen ist auch eine Kunst: Das mit antisemitischen Motiven durchsetzte Skandalbild „People’s Justice“ kurz vor der Entfernung

Foto: imago/Hartenfelser

den gesehen hatte, Auslöser für die seit Monaten gegen die d15 vorgebrachte Verdächtigung des Antisemitismus.

Ins Visier genommen wurde insbesondere die zu den lumbung-members gehörende Gruppe „The Question of Funding“, die ihren Sitz im Gazastreifen hat. Dem Kollektiv warf man vor, mit der Initiative „Boycott, Desinvestitionen und Sanktionen“ (BDS) zu sympathisieren, deren Ziel die wirtschaftliche und kulturelle Isolation Israels ist.

Der Bundestag hat die BDS-Bewegung als antisemitisch eingestuft. Die künstlerische Leitung verwahrte sich gegen die Antisemitismusvorwürfe und forderte die Kritiker auf, sich erst einmal die Ausstellung anzusehen. Und da stellt sich nun heraus, dass der documenta-Beitrag von „The Question of Funding“ lediglich darin besteht, die im Gazastreifen ansässige Künstlergruppe „Eltiqa“ zur Teilnahme an der d15 eingeladen zu haben.

Antisemitismus auf der documenta

Die Mitglieder stellen Zeichnungen und Gemälde aus, unter denen Mohammad Al Hawajris Serie „Guernica Gaza“ (2010–2013) noch das meiste Aufsehen erregt. Er bezieht sich vermutlich auf Picassos berühmtes Antikriegsgemälde „Guernica“.

Hawajris am Computer erarbeitete Drucke nutzen bekannte Gemälde als Vorlagen, in die er Explosionen und Kriegsrühen aus dem Gazastreifen einkopiert, so dass etwa Vincent van Goghs „Kartoffelesser“ zu friedliebenden, unter den israelischen Angriffen leidenden Palästinensern werden. Nun ja.

Der aus Bangladesch angereiste „Britto Arts Trust“ hat neben der documenta-Halle den mit einer schmucken Bambusarchitektur ausgestatteten „Organic Kitchen Garden“ eingerichtet. In der zugehörigen Wohnküche werden Mahlzeiten zubereitet und Geschichten erzählt. Das gasfreundliche Vorhaben des Kollektivs sieht vor, an den 100 Tagen der documenta 100 Esskulturen aus 100 Nationen zu präsentieren.

Wie dieser geschmackvolle Beitrag sind auch viele andere nicht nur zum Ansehen, sondern zum Benutzen und zur Teilhabe gedacht. So hat das kolumbianische Kollektiv Más Arte Más Acción in Zusammenarbeit mit dem Atelier van Lieshout in der Karlsaue ein urtümlich aussehendes Fahrzeug mit einer Vorrichtung zum Holzhackeln aufgestellt. Werkstoff der Arbeitsgemeinschaft war von Borkenkäfern befallenes Holz, das sie zu Mobiliar und dem „MAMA.doc.space“ genannten

Aufführungsraum für Filme und Performances verarbeitet haben.

Für großes Aufsehen sorgt das mit weit über 1000 Pappkameraden vertretene indonesische Kollektiv „Taring Padi“. Die vor und im Hallenbad Ost gezeigten Figuren und bemalten Banner bilden eine Retrospektive auf das Schaffen des Kollektivs seit 1998. Sie sind Produkte der offenbar fröhlichen indonesischen Protestkultur, in der Politiker und Soldaten als uniformierte Ratten und Schweine dargestellt werden. Inzwischen kommen die Figuren und Banner nicht nur auf Demonstrationen, sondern auch auf Festumzügen und Musikveranstaltungen zum Einsatz.

Schweinisches Skandalbild

Im Vorfeld der d15 hat das Kollektiv Arbeitsgruppen in Australien, den Niederlanden und Deutschland organisiert. Die dabei angefertigten Pappfiguren standen vor der documenta-Halle und waren thematisch äußerst vielgestaltig. Eine weiße Pappfrau mit grünen Haaren verkündet „All Lives Matters“, dafür wäre ein westlicher Künstler angefeindet worden, hätte er eine solche Anspielung auf die exklusive „Black Lives Matters“-Bewegung vorgenommen. Andere wenden sich gegen

Krieg, das Fällen von Bäumen oder sind auch mal einfach nur komisch.

Letzteres gilt allerdings nicht für das riesige Banner, welches Taring Padi neben der documenta-Halle aufgerichtet hat und das die Antisemitismusvorwürfe plötzlich zu einem politischen Flächenbrand entfacht hat (siehe Kasten unten).

Auf diesem bereits 2002 angefertigten Wimmelbild mit dem Titel „People’s Justice“ entdeckte ein aufmerksamer Betrachter während des Eröffnungswochenendes neben einem Teufel mit roten Hörnern eine schwächliche Gestalt, die mit drei gelben spitzen Raffen und Schläfenlocke ausgestattet – und so als Jude gekennzeichnet ist. Merkwürdigerweise trägt die Gestalt einen Hut, auf dem SS-Runen prangen. In eine Gruppe von Uniformierten hat sich ein schweinsköpfiger Vertreter des israelischen Auslandsgeheimdienstes „Mossad“ eingereiht, der einen Davidstern trägt.

Am frühen Abend des dritten Ausstellungstages ließ die künstlerische Leitung der d15 das offenkundig antisemitische Werk mit einer schwarzen Plane verhüllen. Zur Abhängung am Abend des vierten Tages fanden sich etwa 300 Schaulustige, documenta-Künstler und Aktivisten ein. Es wurde applaudiert, gebuht und „Free Palestine“ skandiert. Mit Taring Padi sympathisierende Künstler nahmen die vom Kollektiv auf dem Platz vor der documenta-Halle verteilten Pappfiguren aus den Ständern und demonstrierten mit ihnen für die Freiheit der Kunst. Schaulustige nutzten das Durcheinander dazu, Pappfiguren zu klauen. Beschämendes Ergebnis der Abhängaktion: Nicht nur das Wimmelbild ist verschwunden, sondern auch die von niemandem als antisemitisch verdächtigten Pappfiguren. Zu personellen Konsequenzen haben diese wiederholten Skandal-Vorfälle bislang nicht geführt.

● Bis 25. September, geöffnet täglich von 10 bis 20 Uhr. Tageskarte 27 Euro. Internet: www.documenta-fifteen.de

documenta 15: Claudia Roth in der Kritik

Bei dem Antisemitismus-Eklat der documenta machten alle Beteiligten eine schlechte Figur: die Kuratorengruppe ruangrupa, die erst nach Tagen ihr „Versagen“ entschuldigte, die Generaldirektorin Sabine Schormann, die trotz der seit Monaten kursierenden Antisemitismus-Vorwürfe nicht eingriff, und schließlich auch Kulturstaatsministerin Claudia Roth, die den Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier ins offene Messer laufen ließ. Steinmeier kam zähneknirschend zur Eröffnung, aber nicht

ohne die Bemerkung, dass er es sich lange überlegt habe, überhaupt anzureisen. Seine Eröffnungsrede nutzte er dann für eine deutliche Kritik an den Ausstellungsmachern. Kritik an Israel sei erlaubt, aber wenn dessen Existenz infrage gestellt werde, „ist die Grenze überschritten“. Und diese Grenze wurde nicht nur mit dem Riesengemälde „People’s Justice“ überschritten, sondern auch mit der anti-israelischen Gemälde-Serie „Guernica Gaza“ oder einem Video, das die Solidarität der sogenannten

Japanischen Roten Armee mit den Palästinensern beschwört. Der Zentralrat der Juden hatte lange im Vorfeld auf diese Werke hingewiesen. Weil Staatsministerin Roth nicht darauf reagiert hat, forderte unter anderem die „Jüdische Allgemeine Zeitung“ ihren Rücktritt. An der Grünen-Politikerin, die sich oft für unterdrückte Volksgruppen wie die Palästinenser eingesetzt hat, wird das leicht abperlen. Sie wird sich immer mit ihrer Haltung gegen Antisemitismus herauszureden versuchen. H. Tews

KAMPFPANZER „PANTHER“

Rheinmetall zeigt Flagge

Für sein neuestes Produkt greift die Düsseldorfer Waffenschmiede auf einen altbekannten Namen zurück

VON MANUEL RUOFF

Der Kampfpanzerwagen wurde von den Briten im Ersten Weltkrieg erfunden. Die Deutschen sind in diesem Krieg bei der Entwicklung der Panzerwaffe über mehr oder weniger vielversprechende Anfänge nicht hinausgekommen.

Im Versailler Diktat wurde den Deutschen die Herstellung und der Besitz schwerer Waffen wie Flugzeuge, U-Boote und Panzer verboten. Im Rahmen der „Befreiung von den Fesseln von Versailles“, wie es damals hieß, erfolgte in der NS-Zeit eine massive Nachrüstung. Das betraf auch die Panzerwaffe. Es begann mit der Serienproduktion des Panzerkampfwagens I von 1934 bis 1937. Es folgten der von 1935 bis 1942 gebaute leichte Panzerkampfwagen II, von 1936 bis 1943 der mittlere Panzerkampfwagen III, ab 1937 der mittlere Panzerkampfwagen IV, ab 1943 der mittlere Panzerkampfwagen V, von 1942 bis 1944 der schwere Panzerkampfwagen VI und ab 1943 schließlich der Panzerkampfwagen VI Ausf. B.

„Suggestiv wirkende Namen“

1944 forderte Reichspropagandaminister Joseph Goebbels die Wehrmacht auf, „suggestiv wirkende Namen“ für „besonders hochwertige“ neue Waffen vorzuschlagen, um sie „in der Heimat bekanntzumachen und ihre propagandistische Wirkung auf das feindliche und neutrale Ausland“ zu erhöhen. Dabei wurde bevorzugt auf die Bezeichnung von Tieren zurückgegriffen, deren signifikante Eigenschaften die nach dem Tier benannte Waffe entweder tatsächlich oder zumindest vorgeblich hatte. Für gepanzerte Fahrzeuge wurde insbesondere auf Raubkatzen zurückgegriffen, verbindet man mit ihnen doch Schnelligkeit, Wendigkeit und Kampfkraft. So erhielten die Panzerkampfwagen V und VI die Bezeichnungen „Panther“ und „Tiger“. Zur Unterscheidung zwischen dem ab 1942 gebauten Panzerkampfwagen VI und der ab 1943 gefertigten Ausführung B war von „Tiger I“ und „Tiger II“ oder aber – um den Fort-



Während der Kämpfe der deutschen Offensive Konrad III zur Entsetzung des belagerten Budapest: Ein Exemplar des „Panther“ (r.) mit einem abgeschossenen Exemplar des T-34 (l.), für dessen Bekämpfung er entwickelt und gebaut wurde

Foto: Ullstein

schrift zu verdeutlichen – vom „Tiger“ und dem „Königtiger“ die Rede.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Westdeutschland wie die Sowjetische Besatzungszone demilitarisiert. Nach dem Beginn des Kalten Krieges durfte die Bundesrepublik der NATO zwar anfänglich ausschließlich freiwillige und später auch über die Wehrpflicht eingezogene Soldaten stellen, aber die Produktion schwerer Waffen blieb den Deutschen vorerst verboten. Entsprechendes Gerät mussten sie im Ausland, vor allem bei ihren Besatzern, kaufen. Aber auch das änderte sich zumindest im Westen Deutschlands irgendwann.

1963 wurde der erste nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland entwickelte Panzer vorgestellt. Zwei Jahre später übernahm die Bundeswehr das erste serienmä-

ßig hergestellte Exemplar. Der Kampfpanzer erhielt den Namen „Leopard“. Dieser Anschluss an die Tradition Goebbelsscher Suggestivnamen erscheint aus heutiger Sicht gewagt, versprach jedoch wirtschaftliche Vorteile. Der deutsche Panzerbau am Ende des Zweiten Weltkriegs genoss Weltrenown, und die Namensgebung suggerierte, dass man nach knapp zwei Jahrzehnten der Zwangspause hieran anschloss.

Der „Leopard“ konnte tatsächlich an die 1945 beendete Tradition anschließen. Folgerichtig beließ man es auch bei dem seit 1978 in Serie gebauten Nachfolgemodell bei dem Namen. So entstand die Bezeichnung „Leopard 2“. Und es entstand um den „Leopard“ eine ganze Raubkatzen- beziehungsweise Raubtierfamilie mit Familienmitgliedern wie den Schüt-

zenpanzern „Marder“ und „Puma“, dem Spähpanzer „Luchs“, dem Transportpanzer „Fuchs“ oder dem Flugabwehrkanonenpanzer „Gepard“. Der „Leopard“ ist trotz restriktiver Waffenexportbestimmungen der Bundesrepublik ein Exportschlagler und gilt als einer der besten, wenn nicht gar als der beste Kampfpanzer der Welt.

Frankreichs Pendant, der „Leclerc“, ist da etwas weniger erfolgreich. Obwohl der Staat in Frankreich die eigene Wehrindustrie beim Export eher fördert, als sie wie in der Bundesrepublik zum Nutzen und Frommen der ausländischen Konkurrenz zu behindern, benutzen außer Frankreichs nur noch die Streitkräfte der Vereinigten Arabischen Emirate und Jordaniens den von dem französischen Rüstungsunter-

nehmen Nexter hergestellten Kampfpanzer. Da liegt es aus französischer Sicht nahe, am Erfolg der Deutschen partizipieren und mit den erfolgreichen Deutschen ein Nachfolgemodell für „Leopard“ und „Leclerc“ entwickeln zu wollen. Und aus bundesdeutscher Sicht liegt es nahe, aus deutsch-französischer Verbundenheit und wegen des europäischen Gedankens auf diesen französischen Wunsch einzugehen. Im deutschen Heer soll dieses Nachfolgemodell als „Leopard 3“ ab etwa 2035 den „Leopard 2“ ablösen.

Antworten auf russische Panzer

Rheinmetall beklagt nun, in dem deutsch-französischen Projekt keinen hinreichenden Einfluss ausüben zu können, und hat sich zu einer Eigenentwicklung entschieden mit einer eigenen Bezeichnung. „Panther“, so der Name, scheint Programm.

Ungeachtet seiner „Kinderkrankheiten“, die auf seine schnelle Entwicklung unter Zeitdruck zurückzuführen sind, wird der namensgleiche Panzerkampfwagen V als der vielleicht beste mittlere Panzer des Zweiten Weltkriegs bezeichnet. Er war von MAN als Reaktion auf den sowjetischen T-34 entwickelt worden. Zumindest teilweise erfüllte er die Erwartungen. Selbst der durch die Sowjets nachgeschobenen T-34/85 mit seiner 85-Millimeter-Kanone konnte die Frontpanzerung des „Panther“ nicht durchschlagen, während letzterer jeden sowjetischen Panzer auch von vorne vernichten konnte. Dass die drückende quantitative Überlegenheit der sowjetischen Panzerwaffe letztlich entscheidend war, ändert nichts an der höheren Qualität und der besseren Bewaffnung von „Panther“ und „Tiger“.

Analog möchte Rheinmetall auch seinen „Panther“ als qualitativ bessere Antwort auf einen russischen Panzer verstanden wissen, allerdings nicht auf den T-34, sondern auf Russlands modernsten Kampfpanzer T-14. Dass dieser im Vergleich zum „Leopard“ noch stärkere Bezug auf die Wehrmacht in der Bundesrepublik auf die Kritik von Reichsbedenkenträgern stößt, versteht sich von selbst.

(Siehe auch Seite 4.)

WIENER RIESENRAD

Die Anfänge waren sehr britisch

Seit 125 Jahren gibt es die sehenswerte Attraktion im Wiener Prater

Das Wiener Riesenrad ist nicht nur wegen „Der dritte Mann“ eines der bekanntesten, wenn nicht das bekannteste der Welt. Dabei ist es mit seinen nicht einmal 61 Metern Durchmesser wahrlich nicht das größte. Das 2021 gebaute Ain Dubai ist mit 250 Metern Durchmesser mehr als viermal so groß. Das Wiener ist noch nicht einmal das größte Riesenrad Europas. Das ist nämlich das 2000 errichtete London Eye mit 120 Metern.

Noch nicht einmal bei seiner Einweihung war das Wiener das größte. So gab es zu dieser Zeit bereits das Riesenrad im englischen Blackpool mit 67 und das Great Wheel in London mit 94 Metern Durchmesser. Diese beiden heute nicht mehr existierenden Riesenräder wurden von der von dem englischen Marineoffizier und Ingenieur Walter Basset hierfür gegründeten Firma „Earl's Court Great Wheel Company Limited“ errichtet. Basset kam auf die Idee, ein vergleichbares Rad auch im Wiener Prater zu bauen. Mit seinem Landsmann und Kollegen Harry Hitchens machte er die Pläne. Der aus-



Mit 15 Gondeln und vier Fenstern pro Seite: Das Wiener Riesenrad

führende Chefkonstrukteur wurde ihr Landsmann und Kollege Hubert Cecil Booth. Letzterer wurde abgesehen von seiner maßgeblichen Beteiligung am Bau des Riesenrads durch die Erfindung und Patentierung des Staubsaugers berühmt.

Für das Projekt gründete Basset eine eigene Aktiengesellschaft, die Vienna Gigantic Wheel Ltd. 45.000 Pfund erzielte er durch den Verkauf von Aktien, 10.000 Pfund durch die Ausgabe einer Anleihe. 1896 begannen die Bauarbeiten.

Britisch war auch der Festakt am 25. Juni 1897. Zu den Klängen der britischen Nationalhymne und in Anwesenheit der englischen Kolonie von Wien setzte die Ehefrau des englischen Botschafters, Lady Horace Rumbold, die letzte Schraube ein. Dann wurden die damals noch 30 Wagen eingehängt. Am 3. Juli 1897 erfolgte die offizielle Eröffnung.

Wirtschaftlich erwies sich das Riesenrad als Flop. Das mag auch am teuren Ticket gelegen haben. Es kostete acht Gulden, ein Beamter verdiente 30 im Monat.

Nicht nur, dass im Ersten Weltkrieg das Rad stillstand, 1916 wurden seine britischen Eigentümer enteignet und es selbst zum Abbruch freigegeben. Zum Glück war niemand an dem Alteisen interessiert, und so unterblieb der Abbruch, fing das Rad wieder an, sich zu drehen.

Im Zweiten Weltkrieg wurde es 1944 schwer beschädigt. Die Stahlkonstruktion blieb jedoch bestehen. Und wie der Stephansdom, die Staatsoper und das Burgtheater wurde auch dieses Symbol Wiener Kultur und Lebensart wiederaufgebaut. 1947 erfolgte die Wiederinbetriebnahme.

Da die Verantwortlichen sich nicht sicher waren, wie sehr die Stahlkonstruktion unter den Kriegsschäden gelitten hatte, mutete man ihr nur 15 statt der ursprünglich 30 Waggons zu. Aus Kostengründen hatten die neuen Kabinen auch nur vier statt sechs Fenster pro Seite.

Seit 2016 ist man zu Wagen mit der ursprünglichen Fensteranordnung zurückgekehrt. Aber bei der Halbierung ihrer Anzahl von 30 auf 15 ist es geblieben.

M.R.

Lob des Opportunismus

Der Fall Nannen zeigt, dass sich die Deutschen noch immer gern an ihrer Vergangenheit abarbeiten. Die Ankläger des „stern“-Gründers verkennen jedoch, dass sein Verhalten vielleicht die einzige Art ist, um durch die Fallen der Zeiten zu schlängeln

VON EBERHARD STRAUB

„Nichts ist zarter als die Vergangenheit;
Rühre sie an, wie ein glühendes Eisen;
Denn sie wird zugleich beweisen,
Du lebst auch in heißer Zeit“.

Die oben stehende Erkenntnis gab Goethe 1824 solchen Zeitgenossen zu bedenken, die mit „Wetterfährchen“ auf jene aufmerksam machen wollten, die sich zwischen 1789 und 1815 den wechselnden Umständen geschickt angepasst hatten. Nicht Enthüllung oder Denunziation, sondern Diskretion hielten damals alle Besonnenen und Vernünftigen für geboten.

Den besiegten Deutschen nach 1945 wurde hingegen von den Siegern des Zweiten Weltkriegs eine Vergangenheitsbewältigung verordnet, bei der sie sich dauernd die Finger verbrennen und von der sie dennoch nicht lassen wollen, obwohl diese sie in immer neue Verwirrungen stürzt. Denn sie verstehen die Vergangenheitsbewältigung als einen Prozess, den sie mit ihren Vorfahren führen, und bei dem sie Ankläger und Richter zugleich sind im Namen höchster moralischer Ansprüche, denen ihre Groß- und Urgroßeltern kaum zu genügen vermögen. Nur die ganz Reinen und vom „Faschismus“ überhaupt nie in Versuchung geführten Deutschen können nachträglich Anerkennung finden und in das antifaschistische Walhall unserer Tage aufgenommen werden.

Die nimmer ruhende Vergangenheit

Doch selbst wenn sie in die Ruhmeshalle eingezogen sind, können sie sich ihres Platzes dort und ihres Nachruhms keineswegs sicher sein. Denn stets unruhige Antifaschisten graben immer wieder und wieder in den Sedimentböden der Vergangenheit und leiten umgehend ein Revisionsverfahren ein, sobald unbeachtete oder in ihrer Bedeutung unterschätzte Fundstücke die Erzählung von der Reinheit eines Zeitgenossen trüben.

Jetzt nehmen sie sich Henri Nannens an. Dieser in der Bonner Republik stets als vorbildlicher Demokrat geltende Journalist und Blattmacher, der jahrzehntelang als Schützer vieler Heil verheißenden und Unheil abwehrenden Bewegungen Lob und Preis erfährt, wird gerade als peinlicher Opportunist entlarvt. Nannen hatte nämlich zwischen 1933 und 1945 sein und der Deutschen Heil und Unheil etwas anders als nach der Niederlage gedeutet.

Allerdings werden mit solchen Enthüllungen nur sperrangelweit geöffnete Türen eingerannt. Es gab nämlich genug Hinweise, dass dieser begabte „Öffentlichkeitsarbeiter“ schon früher seine Tüchtigkeit und Gesinnungstüchtigkeit in wechselnden Zusammenhängen bewiesen hatte. Doch erschien es früher wenig opportunistisch, derartigen „Gerüchten“ gründlicher nachzugehen.

Eine kontaminierte Generation

Schließlich handelte es sich bei Nannen nicht nur um einen verdienten Demokraten, der am sausenden Webstuhl der Zeit erfolgreich für ein neues Deutschland tätig war und unnachsichtig ehemalige Parteigenossen wie Neofaschisten aufspürte, wo immer sie nach Macht und Einfluss strebten, sondern auch um den Chef des größten Wochenmagazins Europas. „Alte Geschichten“ aus gottlob nun fernen Zeiten ließ man bei einem so verdienstvollen Mann besser auf sich beruhen, zumal es sich bei ihm um einen „Linksliberalen“ handelte, der westliche Werte offensiv vertrat und für eine Verantwortungsgemeinschaft stritt, in der jeder dazu aufge-



Glücklicher Neuanfang: Henry Nannen in den späten vierziger Jahren als Chefredakteur der „Hannoverschen Abendpost“. In jener Zeit gründete er auch die Illustrierte „stern“ – und machte diese zum erfolgreichsten Magazin der Bundesrepublik Foto: pa

rufen war, das seine zu tun, um allen möglichen Anfängen zu wehren.

Nannen ist kein Einzelfall. In allen Redaktionen saßen Kollegen, die je auf ihre Art Kompromisse mit der „Partei“ und den Erwartungen ihrer Funktionäre geschlossen hatten oder von der Sendung des Nationalsozialismus begeistert waren. Mochten viele unter ihnen weder dem „stern“ noch Nannen gewogen sein, so schien es denen doch sehr ratsam, nicht irgendwelche dunklen Stellen in dessen Werdegang aufzuhellen, weil solche sich mühelos auch bei ihnen entdecken ließen und sie ins Gerede bringen konnten.

Die Entnazifizierung war unvermeidlich mit viel Heuchelei, Lügen und Erfindungen verbunden. Gerade wer ehemals nicht als Nonkonformist auffallen wollte, reihte sich jetzt beflissen ein in die Scharen der aufrechten Demokraten und verabscheute besonders laut den Nationalsozialismus und beschäftigte sich, wie es

sich gehörte, voller Abscheu, Empörung und Trauer damit, andere Anhänger des Ungeistes aufzuspüren und unschädlich zu machen.

Geübte Denunzianten

Viele der verantwortungsbewussten Orientierungshelfer, die nach 1945 im dauernden Entnazifizieren ihren Auftrag erkannten, ob in Zeitungen, Rundfunkanstalten, in Universitäten und allerlei humanistischen Zirkeln, waren in dieser Art Umgang mit der jüngsten Vergangenheit bestens vertraut. Es waren Parteigenossen, die schon nach 1933 eine gründliche Vergangenheitsbewältigung der von der NSDAP „Systemzeit“ genannten Weimarer Zeit bei all denen unternommen hatten, die ihnen aus mancherlei Gründen verdächtig vorkamen. So waren sie geübt darin, akribisch Verlautbarungen und Veröffentlichungen zu sammeln und zu redigieren, um Belege dafür vorzulegen zu können, warum einem nicht zu trauen sei, der nur als windiger Opportunist sich dem neuen Geist anpassen wolle oder sich als geläutert tarnte, um sein „liberalistisches Unwesen“ weiter treiben zu können.

Die Gesinnungsschnüffelei, die Denunziation, die Verleumdung, das gezielte Verwenden von Zitaten oder aus ihren Zusammenhängen gerückter Argumente, wurden unentbehrlich, um missliebige Personen fertigzumachen und aus dem öffentlichen Leben zu entfernen. Die sogenannten Kulturschaffenden, die ohne Neid, Missgunst und Schadenfreude gar nicht auskommen, konnten, gerade wenn sie früher, in der Weimarer Republik, nicht eben zurückhaltend aufgetreten wa-

ren, einander verdächtigen und manches Bein stellen – die einen, weil sie rechtzeitig den Umschwung erkannt hatten, die anderen, weil sie sich zu spät oder zu halbherzig anpassten.

Henri Nannen und zahlreiche andere rieben sich im Mai 1945 ein wenig verdutzt die Augen, aber verzagten nicht: Denn jetzt wurde wieder in die Hände gespuckt, wie es später in einem Schlager hieß, und energisch nicht der Wiederaufbau, sondern der völlige Neubau eines anderen, menschenfreundlichen und lebenswürdigen Deutschlands in Angriff genommen und erfolgreich durchgeführt.

Neustart mit anderen Vorzeichen

Ein solches Vorhaben ließ sich gar nicht ohne die immer noch jungen Leute wagen, die in der Zeit des Nationalsozialismus gelernt hatten, wie Leistung sich lohnen muss. Ihre Ziele und deren Rechtfertigung wechselten, nicht aber die Methoden und Techniken. Manchmal genügte nur eine neue Wortwahl. Statt vom „Volk“ war nun von der „Gesellschaft“ die Rede, die Volksgemeinschaft“ hieß nun „Sozialstruktur“, die „Rasse“ fand im „anthropologischen Aspekt“ ihren Ersatz, und die nationale Leidenschaft der „Reichsfreudigkeit“ fand in dem Willen zur „europäischen Integration“ eine neue Möglichkeit zur Entfaltung. Die Deutschen hatten gelernt, sich unter veränderten Formen vom Kaiserreich über „Weimar“ und den Nationalsozialismus geschickt zu verhalten.

Jeder Staat, vor allem jeder neue, ist auf Opportunisten angewiesen, die ihre Fahne nach dem Wind ausrichten. Die ebenso unpraktische wie weltfremde

„Entnazifizierung“ rechnete nie mit dem Menschen, wie er im Normalfall ist, sondern mit einer idealen Abstraktion, die gerade nicht das bekömmliche Zusammenleben erleichtert.

Lebenslügen der Aufarbeitung

Heute wird unausgesetzt die Zivilgesellschaft beschworen. Diese aus den USA übernommene Redensart, die vieldeutig und deshalb beliebig verwendbar ist, enthält mit „zivil“ Erinnerungen an das lateinische „civilis“ und die mit ihr verbundene „civilitas“. „Civilitas“ meint unter anderem umgänglich, zuvorkommend, rücksichtsvoll. Wo es genug „Zivilisten“ in diesem Sinne gibt, gelingt es, Freundlichkeit, Leutseligkeit und gutes Benehmen, eben „civilitas“, eine breite Anerkennung zu verschaffen. Doch der „civilitas“ in dieser Bedeutung stand nach 1945 die ununterbrochene Entnazifizierung im Wege, die auf Misstrauen, Argwohn, Verdächtigung und Schnüffelei und Wühlerei angewiesen ist. Die Unaufrichtigkeit, Beschönigung oder Lüge sind unvermeidlich bei jenen, die angeklagt und gezwungen werden, sich zu rechtfertigen und zu entschuldigen.

Die Publizistin Margret Boveri, die während des Nationalsozialismus für mehrere deutsche Zeitungen tätig war, schilderte in ihrer großen Studie „Wir lügen alle“ zum Journalismus unter den Bedingungen der NSDAP, wie sich jeder unweigerlich auf Kompromisse einlassen musste, nicht zuletzt in der Absicht, der Zeitung einen gewissen Freiraum zu erhalten. Ihre anfängliche Haltung, es anderen zu überlassen, fragwürdige, den Vorgaben der Partei weitgehend entsprechende Artikel zu schreiben, gab sie bald auf, weil diese Vorsicht, sich auf diese Weise ein reines Gewissen zu erhalten, völlig unkollegial und gewissenlos war, Ausdruck des Egoismus und einer ganz unmoralischen Eitelkeit. Der Druck, stets aufpassen zu müssen, ob nicht von irgendwo ein Angriff kommen könne, ließ die Zivilcourage verkümmern und die Heuchelei einen ungemainen Aufschwung nehmen. Der geistige und politische Konformismus wurde zur Selbstverständlichkeit. Die Diffamierung und die Denunziation gerieten nahezu in den Rang bürgerlicher Tugenden. Wer klug war, enthielt sich öffentlicher Bekenntnisse oder bediente sich der erwünschten Floskeln. Es ist also nichts damit gewonnen, Entnazifizierte zu renazifizieren.

Auch die heutige Qualitätspresse oder die Universitäten, an denen vorzugsweise gelehrt wird, wie man seine Forschungen im Einklang mit der von Parteien und Organisationen präparierten öffentlichen Meinung hält, sind auf Richtlinien und Weisungen angewiesen, um die notwendigen Kompromisse nicht zu vernachlässigen. Der Zweckverband Bundesrepublik kann ohne Opportunismus gar nicht funktionieren, er brähe als System zusammen. Der SS-Hauptsturmführer Hans Ernst Schneider nannte sich nach 1945 Hans Schwerte und wurde zu einem vielfach geehrten Goethe-Spezialisten. Dennoch verfiel er sofort in Acht und Bann, als seine doppelte Identität 1995 bekannt gemacht worden war. Verdienen seine wissenschaftlichen Werke, auf die es allein ankommt, eine wütende Eliminierung aus dem wissenschaftlichen Gespräch?

Henri Nannen war trotz seiner Zugeständnisse an die offizielle Mentalität während und nach der NS-Zeit vor allem eines – ein herausragender Journalist. Insofern ist es unwürdig, unter dem Druck vollkommen dem vorherrschenden Zeitgeist angepasster Ideologen heute dem Nannen-Preis seinen ehrenvollen Namen zu entziehen.

Die ebenso unpraktische wie weltfremde „Entnazifizierung“ rechnete nie mit dem Menschen, wie er im Normalfall ist, sondern mit einer idealen Abstraktion

VON NORMAN HANERT

Noch bevor der Senat nach dem Kriegsbeginn in der Ukraine in die Gänge kam, waren es Bürger aus allen Gesellschaftsschichten, die am Berliner Hauptbahnhof für Flüchtlinge warmes Essen und Unterkünfte organisierten. Nur wenige Monate danach aber gab der ukrainische Botschafter in Deutschland seinen Eindruck wieder, seine Landsleute fühlten sich in Deutschland nicht willkommen. Gegenüber der „Bild“-Zeitung sagte Andrij Melnyk: „Es sind mehr Menschen, die abreisen aus diesem Land, als zu Ihnen kommen. Man sollte sich in Deutschland Gedanken darüber machen, wieso viele Ukrainer keine Lust haben, hier zu bleiben“, so der Diplomat.

Melnyks Aussage war für die rbb-Journalistin Maria Ossowski Anlass für einen offenen Brief an den Botschafter. Die Kulturkorrespondentin wies Melnyk in dem auf Facebook veröffentlichten Schreiben auf Menschen aus ihrem Freundeskreis hin, die „nicht besonders wohlhabend“ seien, aber in ihren Wohnungen ukrainische Flüchtlinge aufgenommen hätten, oder „Ukrainerinnen und ihre Kinder in sämtlichen administrativen und alltäglichen Belangen“ unterstützten. Weiter schrieb die gebürtige Berlinerin Ossowski: „Wenn Sie mehr wissen möchten: Wir alle würden Sie einladen, aber unsre Wohnungen sind klein. Gern jedoch besuchen wir Sie in Ihrer Zehlendorfer Residenz oder in der Botschaft und berichten Ihnen von den vielen Hilfsbereitschaften.“

Bundesregierung erwartet Zustrom

Das von der rbb-Journalistin beschriebene private Engagement wird vermutlich noch längere Zeit und möglicherweise sogar noch stärker als bisher gefragt sein. Mitte Juni besuchten Innenministerin Nancy Faeser, Arbeitsminister Hubertus Heil (beide SPD) und Berlins Sozialsenatorin Katja Kipping (Linkspartei) eine Einrichtung für ukrainische Flüchtlinge. Dabei wurden zwei wichtige Einschätzungen öffentlich. Die Bundesregierung geht offenbar davon aus, dass viele ukrainische Flüchtlinge auch nach einem Ende des Krieges vorerst in Deutschland bleiben werden. Kipping erklärte zudem, sie halte auch ein erneutes, sprunghaftes Ansteigen der Ankunftsahlen in der Hauptstadt für möglich. Dabei wies sie ausdrücklich auf die Entwicklung in Polen hin. Das Nachbarland der Ukraine war bislang das Hauptziel ukrainischer Kriegsflüchtlinge. Von den etwa sieben Millionen Ukrainern, die seit dem 24. Februar ins Ausland gegangen sind, sind 3,8 Millionen nach Polen eingereist.

Indes: Bereits zum 1. Juni hat die polnische Regierung den ukrainischen



3,8 Millionen gingen nach Polen: Ukrainische Flüchtlinge kurz nach Kriegsausbruch an der polnischen Grenze bei Przemysl

Foto: action press

KRIEGSFLÜCHTLINGE

Die Stimmung wird frostiger

Polen streicht Mittel für die Flüchtlingshilfe. Kommen nun noch mehr nach Deutschland? In der Bundesrepublik wiegelt derweil Kiews Botschafter Deutsche und Ukrainer gegeneinander auf

Flüchtlingen die kostenlose Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel gestrichen. Ausgelaufen ist auch die freie Nutzung der polnischen Autobahnen durch ukrainische Bürger. Bislang eröffneten ukrainische Kfz-Kennzeichen die Möglichkeit, das gesamte polnische Autobahnnetz mautfrei nutzen zu dürfen. Das ist vorbei. Ausnahmen gibt es jetzt nur noch beim Transport humanitärer Hilfsgüter.

Deutlich größere Auswirkungen auf die Lage der Kriegsflüchtlinge dürfte jedoch eine Änderung haben, die ab dem 1. Juli gilt. Diese Neuregelung sieht vor, polnischen Haushalten, die ukrainische Flüchtlinge beherbergen, die bislang gezahlte finanzielle Unterstützung zu streichen. Erst im März hatte Warschau beschlossen, dass polnische Familien, die Flüchtlinge bei sich aufnehmen, pro Tag 40 Zloty erhalten. Aktuell entspricht dies etwa 8,50 Euro. Nach Angaben von Vizeinnenminister und Flüchtlingskommissar Paweł Szefernaker (PiS) wird die Leistung künftig nicht mehr ausgezahlt. Ausnahme

sollen laut Szefernaker nur für Behinderte, Schwangere und Mütter mit mehreren kleinen Kindern gelten. Gegenüber der Zeitung „Rzeczpospolita“ sagte er: „Wir sind überzeugt, dass ein großer Teil der Flüchtlinge bereits in der Lage ist, selbstständig zu werden und sich an die neuen Bedingungen anzupassen.“

„Lebensunterhalt selbst verdienen“

Diese neue Linie der Regierung in Warschau scheint der Stimmung im polnischen Volk recht nahe zu kommen. Laut einer Umfrage, die das IBRIS-Institut für die „Rzeczpospolita“ durchgeführt hat, will die große Mehrheit der Polen, dass zumindest jene Ukrainer, die vor dem Krieg nach Polen geflüchtet sind, ihren Lebensunterhalt selbst verdienen. Dies gaben immerhin 76 Prozent der Befragten als Kriterium für den Aufenthalt der Ukrainer an. Wichtig war vielen Polen auch, dass die ukrainischen Kinder auf polnische Schulen gehen (38,7 Prozent) und Polnisch lernen (27,6 Prozent). Immerhin

ein Anteil von 12,1 Prozent der Befragten gab sogar als Bedingung für den Aufenthalt der Ukrainer in Polen an, dass diese sich eine Wohnung kaufen sollen.

Nach Angaben von Piotr Dlugosz, einem Krakauer Professor, der sich mit der Lage der Ukrainer in Polen beschäftigt, wohnen nur 17 Prozent der ukrainischen Flüchtlinge in polnischen Familien, 71 Prozent bezahlen Unterkunft und Verpflegung aus der eigenen Tasche. Nach Erkenntnissen des Wissenschaftlers arbeiten viele Ukrainer in Polen weiterhin per Heimbüro für ihre Unternehmen in der Ukraine. Einige befinden sich auch im bezahlten Urlaub. Dlugosz geht davon aus, dass „die Polen zusammen mit der Inflation und den steigenden Lebenshaltungskosten weniger großzügig sein werden, um uneigennützig Hilfe zu leisten“.

Die polnischen Verbraucher bekommen schon jetzt die steigenden Lebenshaltungskosten zu spüren. Für den Mai ermittelte die zentrale Statistikbehörde einen Anstieg der Verbraucherpreise im

Vergleich zum Mai 2021 von 13,9 Prozent. Dies war der höchste Wert seit 24 Jahren. Ein Bericht der Stiftung WiseEuropa prognostiziert für den Herbst zudem eine Sättigung des polnischen Arbeitsmarkts bei der Besetzung einfacher Jobs wie etwa bei Reinigungsarbeiten oder Bürodienstleistungen.

„Die allmähliche Einstellung der sozialen Unterstützung durch den polnischen Staat“ kann laut Professor Dlugosz „als Versuch verstanden werden, ihren Missbrauch zu verhindern und auch die pathologischen Phänomene zu blockieren, die in diesem Bereich auftreten können“. Ergänzend sagte der Forscher: „Wenn die finanzielle Hilfe des Staates ausläuft, werden viele von ihnen (den Ukrainern) wahrscheinlich erkennen, dass es an der Zeit ist, nach Hause zurückzukehren.“ Mit der Massenzustromrichtlinie der EU steht den Ukrainern in Polen jedoch noch eine andere Möglichkeit offen: der Weg weiter nach Westen, in die Bundesrepublik.

IMMIGRATION

Trotz Richter-Einspruch: Briten halten an Ruanda-Lösung fest

London will weiterhin alle illegal Eingereisten in das afrikanische Land abschieben, wo sie dann ein Asylverfahren erhalten sollen

Die Bootsimmigranten, die seit mehreren Monaten in immer größerer Zahl in Schlauchbooten vor Großbritannien von Grenzschützern aus dem Meer gefischt werden, kommen aus keinem Verfolgerstaat, sondern aus Frankreich. Alle hätten auch dort einen Asylantrag stellen können, was sie jedoch nicht wollten, weil sie glaubten, auf der anderen Seite des Kanals wäre das Leben besser.

2021 sind bei diesem Versuch, über den Kanal zu gelangen, 30 Menschen gestorben. Um das in Zukunft zu verhindern und um den Schleusern die Geschäftsgrundlage zu entziehen, hatte Großbritannien ein Abkommen mit Ruanda geschlossen, um undokumentiert eingereiste junge Männer dorthin abzuschicken, damit sie dort ein Asylverfahren durch-

laufen könnten. Auch die UN-Flüchtlingsorganisation UNWRA schickt seit Jahren, ohne dass dies bislang auf Kritik gestoßen wäre, Migranten, die in Libyen gestrandet sind, nach Ruanda, wo sie menschenwürdig und ohne Angst vor Sklavenhändlern, wie in Libyen, leben können. Dennoch regen sich jetzt in Großbritannien, dessen Bevölkerung die Abschiebungen mehrheitlich gutheißt, massive Proteste von Bürgerrechtlern gegen die Abschiebeflüge nach Afrika.

Sogar Thronfolger Charles, von Amts wegen dazu verpflichtet, sich politischer Meinungsäußerungen zu enthalten, glaubte, es sei angemessen, dass er gegen diese angeblich „menschenunwürdige Praxis“ öffentlich protestierte. Auch der Europäische Gerichtshof für Menschen-

rechte meint, es bestehe „ein echtes Risiko von irreversiblen Schaden“ für die betroffenen Asylsucher. Dies obwohl das höchste britische Gericht die Abschiebungen bereits genehmigt hatte und die UN-Gerichte bei den Migranten-Transfers von Libyen nach Ruanda keinerlei Menschenrechtsbedenken geäußert hatten. Bei den Argumenten gegen die Abschiebung kam auch der Einwand von Menschenrechtlern, dass unter den Abschiebekandidaten sogar ein Albaner, das heißt ein Europäer, gewesen sei, dem man ein Asylverfahren in Afrika gar nicht zumuten dürfe.

Der erste geplante Abschiebeflug von Großbritannien nach Ruanda mit Asylsuchern verschiedener Nationalitäten wurde kurz vor der Abreise gerichtlich ge-

stoppt. Die britische Regierung allerdings hält an den geplanten Abschiebeflügen auch nach diesem vorläufigen Stopp fest. Man werde mit Sicherheit gegen das Urteil vorgehen, sagte Arbeitsministerin Therese Coffey am Mittwoch zu Sky News. Auch Innenministerin Priti Patel, deren Eltern indischer Abstammung in den 1960er Jahren aus Uganda vertrieben worden waren, erklärte, sie sei „enttäuscht“, lasse sich davon aber nicht abschrecken. Der nächste Abschiebeflug werde bereits vorbereitet.

Premierminister Boris Johnson betonte, er werde nicht von seinem neuen Asylplan abweichen. Großbritannien werde sich von seinem Willen, härter gegen Schleuser und irreguläre Immigration vorzugehen, nicht abbringen lassen. Män-

ner, die illegal nach Großbritannien gelangt sind, sollen unabhängig von ihrer Nationalität oder Herkunft nach Ruanda gebracht werden und dort die Möglichkeit für einen Asylantrag erhalten.

Auch wenn sie dort anerkannt werden, soll es in keinem Fall eine Rückkehr nach Großbritannien geben. Ruanda hat den Völkermord von 1994 in vorbildlicher Weise aufgearbeitet und in den Bereichen Ökologie und Bürgerbeteiligung Wertmaßstäbe für die ganze Welt gesetzt. Darüber hinaus ist es auch in der Sicherheitskrise, die infolge des russischen Angriffs derzeit in Europa herrscht, viel sicherer als das alte Europa. Das sollte eigentlich auch zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte vorgebracht werden. *Bodo Bost*

TAG DER NATIONALEN MINDERHEITEN

Viele Generationen, viele Nationalitäten

Zum 30. Jubiläum: Das Fest der Minderheiten in Allenstein-Göttkendorf fand mit einem bunten Programm statt

VON UWE HAHNKAMP

Inzwischen hat der Tag der Minderheiten eine 30-jährige Tradition; die Begegnung der verschiedenen nationalen Gruppierungen, die es in der Republik Polen gibt, fand auch in diesem Jahr im Kosakendorf „Ataman“ in Allenstein-Göttkendorf statt. Am 4. Juni präsentierte die organisierende Allensteiner Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheit (AGDM) nicht nur die Kultur der nationalen Minderheiten, sondern sammelte mit einem Kuchenbasar auch Geld für Bedürftige aus der Ukraine.

„Das ist heute unsere erste Veranstaltung als neuer Vorstand. Das Wetter spielt mit, es sind viele Menschen gekommen, es gibt gute Musik. Es läuft dank der erfahrenen Organisatorin Anna Kazańska“, freute sich Piotr Dukat, der vor etwa einem Monat Krystyna Plocharska als Vorsitzender der AGDM abgelöst hat. Der Tag der Minderheiten war ein guter Moment, um sie nach über 20 Jahren offiziell zu verabschieden. Unter anderem dankten ihr die Vertreter der Stadt Allenstein und der Woiwodschaft Ermland-Masuren für ihre Arbeit. Auch dank ihr, so der Bevollmächtigte für Minderheitenfragen des Marschalls der Woiwodschaft, Wiktor Marek Leyk, „ist unsere Region offen für nationale und ethnische Minderheiten, und diese fühlen sich hier zuhause“.

Unter den prominenten Vertretern der Lokalbehörden und Gästen befanden sich neben Leyk auch die Vorsitzende des Internationalen Ausschusses, Teresa Astramowicz-Leyk, das Ratsmitglied des Woiwodschaftstags Ermland-Masuren, Magdalena Palińska, der ehemalige Stadtpräsident von Allenstein und Marschall der



Trug zur Programmgestaltung bei: Der Chor der Neidenburger Minderheit

Foto: U.H.

Woiwodschaft, Andrzej Ryński, sowie der Vertreter der Stadtgemeinde Allenstein in Gelsenkirchen, Werner Schaffrin.

Integration zwischen Nationalitäten und Generationen

Ein wichtiger Aspekt des Tags der nationalen Minderheiten ist auch eine Generationen übergreifende Integration. Die ältere Generation war mit Handarbeiten und Gesangsgruppen dabei und genoss die Atmosphäre im Schatten der Gebäude des „Ataman“. Andererseits war die Veranstaltung durch die vielen Kinder, die in

der Sonne mit Seifenblasen tobten und dank einer extra für sie engagierten Animatourin viel basteln und bauen konnten, sehr lebhaft. Eine gelungene Mischung von Alt und Jung, die gemeinsam und miteinander den Tag verbrachten.

Doch darüber hinaus trugen die Kinder auch zum kulturellen Programm bei: Amelia Kusztala aus Guttstadt von der ukrainischen Minderheit, die es beim polnischen Fernseh-Wettbewerb „The Voice Kids“ bis ins Finale geschafft hatte, eröffnete es mit ihren Liedern. Da standen die jüngsten Künstler, ukrainische Kinder aus

Bartenstein, noch voller Bewunderung vor der Bühne, auf der sie wenig später selber tanzten. Auch die Allensteiner Roma hatten diesmal ihre jüngere Generation für einen farbenfrohen Auftritt geschickt. Die Deutsche Minderheit vertraten neben den Chören aus Neidenburg, Peitschendorf und Marienwerder zwei junge Sängerinnen von der Grundschule Nummer 2 in Allenstein.

Kuchen und musikalische Klänge

Weitere Beiträge auf Deutsch gab es von der Gruppe „Masurenklang“ aus Peit-

schendorf, dem Chor der Neidenburger Gesellschaft und der Gesangsgruppe des Vereins in Marienwerder. Danach zauberte die Germanistin Marlena Uziębło aus Siedlce mit Begleitung ihres Mannes am Klavier ein Rezital mit Liedern von Marlene Dietrich auf die Bühne. „Die fesche Lola“, „Lili Marleen“ oder „Ich hab noch einen Koffer in Berlin“ sang sie mit viel Schwung und Hingabe. Denn „immerhin hat mich mein Vater nach Marlene Dietrich benannt und gesagt, ich soll auch so eine starke Frau werden“, erklärte sie bei ihrem Auftritt. Zum Abschluss gab es Folk-Rock von der Band der ukrainischen Minderheit Tuhaj Bej zum Tanzen.

Beim Tag der nationalen Minderheiten sind stets auch die Stände wichtig, an denen sich die Minderheiten mit Büchern, Kunsthandwerk oder CDs vorstellen können. Vor Ort war auch das Institut für Auslandsbeziehungen mit einem Stand. Doch der wichtigste Treffpunkt in diesem Jahr war der Basar mit Gebäck und Kuchen, die gegen freiwillige Spenden zugunsten Bedürftiger aus der Ukraine verkauft wurden. Dass dabei einige hundert Zloty gesammelt werden konnten, freut die Organisatoren, vor allem aber die Menschen, denen damit geholfen wird.

Vielfache Unterstützung

Ohne finanzielle Unterstützung ist ein solches Fest nicht möglich. Die Organisatoren und Teilnehmer dankten dem polnischen Ministerium des Inneren, dem bayerischen Ministerium für Familie, Arbeit und Soziales, der Selbstverwaltung der Woiwodschaft Ermland-Masuren, dem Generalkonsulat der Bundesrepublik Deutschland in Danzig und der Kreisgemeinschaft Allenstein in Gelsenkirchen.

KÖNIGSBERG

Einzigartiges Rokoko-Portal gerettet

Der aus dem Jahr 1771 stammende, denkmalgeschützte Torbogen zierte das Löbenichtsche Hospital

Das Portal des ehemaligen Löbenichtschen Hospitals ist ein kleines, aber bemerkenswertes Bauwerk unweit des Sackheimer Tors. Es ist berühmt, weil es das einzige Rokoko-Element in der Stadt ist, das aus der Vorkriegszeit erhalten geblieben ist. Dass 1771 errichtete Portal hat Vieles überstanden – Umzüge, Kriege und Jahre der Vernachlässigung. Aber nun soll es ein neues Leben erhalten. Wie kam es zu seiner Rettung?

Im vergangenen Winter geriet ein Bauprojekt auf dem Gelände des ehemaligen Löbenichtschen Hospitals in der Heidemannstraße [Tscherepitschnaja ul.] ins Visier der örtlichen Behörden. An dem verlassenen Gebäude direkt hinter dem historischen Rokoko-Portal war ein Anbau aus Gassilikatblock, einem preiswerten, aber umstrittenen Baustoff, errichtet worden. Das Regionalamt für Denkmalpflege beschloss, den Abriss des nicht genehmigten Anbaus zu beantragen, änderte jedoch bald seine Meinung.

Der neue Eigentümer des zuvor baufälligen Gebäudes, Alexej Snegur, der als Bauherr für den Neubau verantwortlich war, sagte, er habe nicht gewusst, dass das Gebäude unter Denkmalschutz stehe, erklärte sich aber bereit, die Arbeiten zur

Restaurierung des Rokoko-Portals durchzuführen. Der Bogen ist das älteste erhaltene Element des ehemaligen Löbenichtschen Hospitals.

Entstehung des Hospitals

Im Jahr 1531 wurde Königsberg von einer Pestepidemie heimgesucht. Auch Herzog Albrecht erkrankte, überlebte aber wie durch ein Wunder. Aus Dankbarkeit für

seine Heilung wandelte der Herzog das Marienkloster in ein Frauenhaus und das Hospital Löbenicht um. Im Jahr 1764 brannte das Krankenhausgebäude ab, und 1771 wurde es in Löbenicht neu errichtet. Aus dieser Zeit stammt auch das berühmte Rokoko-Portal. Bis Anfang des 20. Jahrhunderts befand sich das Löbenichtsche Hospital an der Kreuzung Altstädtische Langgasse [Moskowskij Prospekt] und

Lindenstraße [Oktjarskaja ul.], danach riss man die Gebäude ab und baute sie im Stadtteil Sackheim wieder auf. Von dem Ensemble aus dem 18. Jahrhundert ist heute nur noch der schöne Rokoko-Torbogen erhalten, der später zu den Neubauten des Löbenichtschen Hospitals an der Heidemannstraße [Tscherepitschnaja ul.], umgesetzt worden war.

Der neue Komplex des Krankenhauses wurde Anfang des 20. Jahrhunderts erbaut und umfasste mehrere Gebäude, darunter das Hauptgebäude der städtischen Krankenstation für extrem gefährliche Infektionen, das heute nicht mehr existiert, ein 1903 errichtetes Verwaltungsgebäude sowie eine Kapelle mit neugotischen Elementen. Diese Gebäude des Krankenhauses in Löbenicht haben den Zweiten Weltkrieg relativ gut überstanden.

In der Nachkriegszeit nutzte man die Kapelle als Lager und die übrigen Gebäude als Wohngebäude. Mit Erlass der Gebietsregierung vom 23. März 2007 wurde der Gebäudekomplex zum Kulturerbe von regionaler Bedeutung erklärt. Das Portal hat der Bildhauer Maxim Garizkij in Absprache mit dem Denkmalschutz und im Auftrag Alexej Snegurs restauriert. Als die Arbeiten fertiggestellt waren, wurde eine

Kapsel mit einer Nachricht an die Nachkommen in eine der Platten des Bogens eingemauert. Es ist ein Glasgefäß mit einer Botschaft darin. Sie soll die Menschen dazu auffordern, nichts zu zerstören, sondern zu bewahren, was mit viel Mühe und Arbeit geschaffen wurde.

Heute ist das Portal fast identisch mit dem von vor 1945. Der einzige Unterschied besteht darin, dass der Adler, der früher auf dem Bogen saß, nun „auf die Erde herabgestiegen“ ist. Anhand der wenigen erhaltenen Fotos stellte ein Handwerker die Skulptur des schwarzen Adlers nach. Der neue Adler ist aus Sandstein gefertigt und mit einer speziellen Farbe beschichtet, die Gusseisen imitiert.

Probleme mit dem Preußenadler

Dieses Symbol des preußischen Königreichs krönte den Bogen vor dem Krieg, aber der Leiter des Denkmalschutzamtes, Jewgenij Maslow, vertrat die Ansicht, dass die rekonstruierte Skulptur ein „fakultativer Wunsch des Eigentümers“ und „eher ein Museumsexponat“ sei, und dass für deren Aufstellung zusätzliche Genehmigungen erforderlich seien. Zurzeit steht der Adler im Hof des Gebäudes.

Jurij Tschernyschew



Der Adler fehlt: Portal des Löbenichtschen Hospitals

Foto: J.T.

Wir gratulieren...



ZUM 101. GEBURTSTAG

Geyer, Walter, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 7. Juli

ZUM 99. GEBURTSTAG

Kruppa, Ilse, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 5. Juli
Richter, Dr. Brigitte, geb. **Loertzer**, aus Lyck, Hindenburgstraße 3-4, am 3. Juli

ZUM 98. GEBURTSTAG

Bandilla, Otto, aus Milussen, Kreis Lyck, am 2. Juli
Hoffmann, Gerda, geb. **Retat**, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 4. Juli
Krüger, Anneliese, geb. **Genseleiter**, aus Lyck, am 3. Juli

ZUM 97. GEBURTSTAG

Biskupek, Ingeborg, geb. **Till**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 1. Juli
Lettau, Erika, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 6. Juli

ZUM 96. GEBURTSTAG

Feichtner, Waltraud, geb. **Ostaschinski**, aus Wiersbianken, Kreis Goldap, am 29. Juni
Fibiger, Anton, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 4. Juli
Pingel, Olga, aus Graiwen, Kreis Lötzen, am 4. Juli
Scheel, Hedwig, geb. **Niedzwetzki**, aus Ulrichsfelde, Kreis Lyck, am 3. Juli

ZUM 95. GEBURTSTAG

Dukatz, Sigfrido, aus Lyck, am 5. Juli
Fischer, Hans, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 4. Juli
Klabuhn, Erika, geb. **Fuhrmanski**, aus Rundfließ, Kreis Lyck, am 6. Juli
Spieß, Elfriede, geb. **Nowak**, aus Babeck, Kreis Treuburg, am 3. Juli
Wachsmann, Hedwig, geb. **Lochowandt**, aus Laschmieden, Kreis Lyck, am 7. Juli

PAZ wirkt!

ZUM 94. GEBURTSTAG

Brauer, Edeltraut, geb. **Falk**, aus Lyck, am 1. Juli
Hinz, Gerhard, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 1. Juli
Lenkeit, Helmut, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 2. Juli
Manke, Dr. Joachim, aus Schallen, Kreis Wehlau, am 4. Juli
Rinkewitz, Ilse, geb. **Korytkowski**, aus Gelitten, Kreis Treuburg, am 2. Juli
Schmitt, Eva, geb. **Gratzik**, aus Tiefen, Kreis Lötzen, am 7. Juli
Tisdale, Christel, geb. **Dannat**, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 6. Juli

ZUM 93. GEBURTSTAG

Block, Irene, geb. **Mielke**, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 3. Juli
Böge, Brigitte, geb. **Pest**, aus Wirbeln, Kreis Ebenrode, am 6. Juli
Fischer, Else, geb. **Salusko**, aus Maschen, Kreis Lyck, am 2. Juli
Gralla, Helmut, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 4. Juli
Majer, Gertraud, geb. **Hellwig**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 3. Juli
Pfeiffer, Paul, aus Kleschen, Kreis Treuburg und aus Skomanten, Kreis Lyck, am 3. Juli
Rüffler, Waltraud, geb. **Lenski**, aus Michelsdorf, Kreis Ortelsburg, am 3. Juli
Sabatini, Horst, aus Wehlau, am 7. Juli
Sperber, Elfriede, geb. **Sommer**, aus Schönrade, Kreis Wehlau, am 7. Juli
Tullney, Ernst, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, am 2. Juli

ZUM 92.. GEBURTSTAG

Bettker, Otto, aus Wiskiauten, Kreis Fischhausen, am 4. Juli
Doppler, Elfriede, geb. **Gerwin**, aus Zimmerbude, Kreis Fischhausen, am 5. Juli
Esters, Irene, geb. **Wissmann**, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 7. Juli
Lutterbeck, Ursula, geb. **Augustein**, aus St. Lorenz, Kreis Fischhausen, am 7. Juli
Steputat, Wolfgang, aus Sangniten, Kreis Preußisch Eylau, am 7. Juli

Surek, Bruno, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 3. Juli
Wawrzinski, Heinz, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 3. Juli

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bednarzyk, Hildegard, Kreisgemeinschaft Lötzen, am 3. Juli
Brunokowsk, Waltraud, aus Schwentainen/Suleiken, Kreis Treuburg, am 3. Juli
Gerlach, Grete, geb. **Noetzel**, aus Sköpen, Kreis Elchniederung, am 6. Juli
Krzykowski, Artur, aus Flammberg, Kreis Ortelsburg, am 2. Juli
Mertinkat, Kurt, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 3. Juli
Posingies, Siegfried, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 3. Juli
Rogowski, Else, aus Groß Lasken, Kreis Lyck, am 3. Juli
Waschk, Erich, aus Groß Jauer, Kreis Lötzen, am 3. Juli
Wisotzki, Günther, aus Seedorf, Kreis Treuburg, am 5. Juli
Ziwitza, Herta, geb. **Jeromin**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 2. Juli

ZUM 90. GEBURTSTAG

Albrozeit, Hannelore, geb. **Eder**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 6. Juli
Haase, Ingetraud, geb. **Paleit**, aus Gaistauden, Kreis Tilsit-Ragnit, am 3. Juli
Hall, Margarete, geb. **Damerau**, aus Bärwalde, Kreis Fischhausen, am 2. Juli
Kolossa, Waldemar, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 7. Juli
Maulhardt, Adelgunde, geb. **Zerulla**, aus Fischhausen, am 2. Juli
Prohl, Charlotte, geb. **Kamann**, aus Gerhardsweide, Kreis Elchniederung, am 5. Juli
Rock, Siegfried, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 4. Juli
Sewczyk, Bruno, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 7. Juli

ZUM 85. GEBURTSTAG

Barfuss, Bärbel, geb. **Gorray**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 6. Juli
Böttger, Gisela, geb. **Klett**, aus Fuchshügel, Kreis Wehlau, am 4. Juli
Fröhlian, Helga, geb. **Kursedin**, aus Lyck, am 7. Juli

Ostpreußisches Landesmuseum

Veranstaltungen

Sonntag, 3. Juli, 14 Uhr, 1,50 Euro zzgl. Eintritt:

Das Jahr der Elche. Öffentliche Sonntagsführung mit Dr. Christoph Hinkelmann.

In der aktuellen Sonderausstellung des Ostpreußischen Landesmuseums dreht sich alles um den Elch. Das scheue Wildtier inspiriert und fasziniert seit Jahrhunderten die Menschen. Seit dem Ende des 18. Jahrhunderts waren Elche in Mitteleuropa beinahe ausgestorben, doch seit einigen Jahren gibt es immer wieder Berichte über Elche, die ihren Weg bis nach Deutschland gefunden haben.

Was macht diese Tiere so besonders? Wo leben Sie? Was fressen Sie? Können Sie in Deutschland wieder heimisch werden?

Eine Anmeldung unter info@ol-ig.de oder Telefon (04131) 759950 ist erforderlich.

Weitere Termine:

Dienstag, 5. Juli 2022, 14.30 Uhr, 3 Euro zzgl. ermäßigter Eintritt (inkl. Kaffee, Tee und Gebäck):

Erinnerungsarchäologie im künstlerischen Werk von Frank Popp

Donnerstag, 7. Juli 2022, 18.30 Uhr, Eintritt: 4 Euro: **Ermland und Masuren neu denken – die Stiftung/Kulturgemeinschaft Borussia**

Ostpreußisches Landesmuseum, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 759950, geöffnet Dienstag bis Sonntag von 10 bis 18 Uhr

Grigo, Helmut, aus Krassau, Kreis Lyck, am 5. Juli

Grosch, Edith, geb. **Jeremias**, aus Wehlau, am 7. Juli

Heymuth, Jürgen, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 3. Juli

Hoffmann, Hannelore, geb. **Kempf**, aus Königsberg, Kreis Fischhausen, am 6. Juli

Lojewski, Wolf von, aus Rodental, Kreis Lötzen, am 4. Juli

Lüdtke, Hans-Jürgen, aus Parnehen, Kreis Wehlau, am 7. Juli

Moser, Dr. Peter, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 6. Juli

Pasternak, Waltraud, aus Wehlau, am 5. Juli

Rath, Hedwig, geb. **Zimmeck**, aus Ulrichsfelde, Kreis Lyck, am 6. Juli

Richter, Helga, geb. **Sbosny**, aus Groß Lasken, Kreis Lyck, am 1. Juli

Schlisio, Horst, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 2. Juli

Sonnenberger, Paul, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, am 1. Juli

Strehl, Hans, aus Lyck, am 1. Juli

Toffel, Manfred, aus Flammberg, Kreis Ortelsburg, am 4. Juli

Vogel, Brunhilde, geb. **Trox**, aus Flammberg, Kreis Ortelsburg, am 6. Juli

Waldeck, Margarete, geb. **Pflaumbaum**, aus Ebenrode, am 7. Juli

Weiss, Klaus, aus Kleindünen, Kreis Elchniederung, am 7. Juli

Wuttke, Elli, geb. **Buslowski**, aus Schwiddern, Kreis Treuburg, am 3. Juli

Ziemek, Ursula, aus Prostken, Kreis Lyck, am 5. Juli

ZUM 80. GEBURTSTAG

Baginski, Hans-Dieter, aus Ortelsburg, am 5. Juli

Böhm, Adolf, aus Neukuhren, Kreis Fischhausen, am 7. Juli

Feller, Gerhard, aus Masuren, Kreis Treuburg, am 4. Juli

Klara, Gerda, geb. **Polloscheck**, aus Freythen, Kreis Ortelsburg, am 2. Juli

Kobus, Kurt, aus Gellen, Kreis Ortelsburg, am 2. Juli

Leuchtmann, Reinhard, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 4. Juli

Mollenhauer, Gudrun, geb. **Weidmann**, aus Groß Nuhr, Kreis Wehlau, am 5. Juli

Preuß, Lothar, aus Grünheide, Kreis Treuburg, am 3. Juli

Rump, Renate, geb. **Lörchner**, aus Steilberg, Kreis Elchniederung, am 7. Juli

Schäfer, Reinhard, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 6. Juli

Skorloff, Günter, aus Sprosserweide, Kreis Elchniederung, am 6. Juli

Stolz, Jürgen, aus Neusorge/Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 6. Juli

ANZEIGE

Landkarte Ostpreußen als Schreibunterlage

Schreibunterlage mit Landkarte Ostpreußen und geschichtlichem Abriss
 Format: 65 x 45 cm
 Ausführung: alle Ecken gerundet, ringsum randgeschweißt



29,95 €
inkl. Versand

Bestellung:
 Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
 Buchstr. 4, 22087 Hamburg
 Tel. 040/41 40 08 0
selke@ostpreussen.de

Zusendungen für die Ausgabe 28/2022

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 28/2022 (Erstverkaufstag 15. Juli) **bis spätestens Dienstag, den 5. Juli**, an die Redaktion der PAZ:
 E-Mail: rinsler@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch:
 Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Kontakt

Angela Selke
 Telefon (040) 4140080
 E-Mail: selke@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
 Herrn Bundesgeschäftsführer
 Dr. Sebastian Husen
 Buchstraße 4
 22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Termine 2022 der Landsmannschaft Ostpreußen

1. bis 3. Juli: 8. Sommerolympiade in Osterode (Ostpreußen)

23. bis 25. September: Geschichtsseminar in Helmstedt

24. September: 25. Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern (Veranstalter: LO-Landesgruppe M-V) in Schwerin

7. bis 9. Oktober: 10. Deutsch-Russisches Forum „Zukunft braucht Vergangenheit“ (geschlossener Teilnehmerkreis) in Lüneburg

10. bis 16. Oktober: Werkwoche in Helmstedt

4. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

5. und 6. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

5. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der

Landsmannschaft Ostpreußen,
 Buchstraße 4,
 22087 Hamburg

Telefon (040) 41400826,

E-Mail: info@ostpreussen.de,

Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Bremen

Präsentation einer Wanderausstellung

Bremen – Der Bund der Vertriebenen, Landesverband Bremen, (BdV), dem wir korporativ angehören, lädt zur Präsentation einer Wanderausstellung im großen Laufbereich des Weserparks, Hans-Bredow-Straße 19, 28307 Bremen, ein. Sie besteht aus drei Teilen zu folgenden Themen:

„Angekommen – die Integration der Vertriebenen in Deutschland“, „Verschwunden – Orte, die es nicht mehr gibt“, „In Lagern – Schicksale deutscher Zivilisten im östlichen Europa 1944 – 1955“

Die Ausstellung ist von Montag, den 27. Juni, bis Sonnabend, den 30. Juli täglich während der Geschäftszeiten zu besichtigen.

Aufgrund von Termenschwierigkeiten der Mitwirkenden findet die „Eröffnung“ erst am 5. Juli um 11 Uhr im Lichthof des Weserparks statt.

Erwartet werden folgende Gastredner: Frank Imhoff, Präsident der Bremischen Bürgerschaft; Markus Patzke, Historiker und Chefredaktion „Deutscher Ostdienst“; Uli Schlüter, Ortsamtsleiter.

Zu der auch musikalisch umrahmten Eröffnung sind Sie herzlich eingeladen!

Helmuth Gaber, Landesvorsitzende des BdV, schreibt in seiner Einladung: „Die Präsentation von gleich drei Ausstellungen, zum Thema Flucht und Vertreibung, bietet die Gelegenheit, sich ein fundiertes Bild darüber zu verschaffen, welche einschneidende Veränderungen, aber auch tiefgehendes Leid Kriege verursachen.“

Das Schicksal von weit mehr als 12 Millionen Deutschen, die während und nach dem Zweiten Weltkrieg enteignet und vertrieben wurden, kann hier eindrucksvoll nachvollzogen werden.

Gerade vor dem Hintergrund des aktuell in der Ukraine tobenden Krieges können wir mit dieser Aus-

stellung auch Zeichen setzen. Zahlreiche Flüchtlinge und Vertriebene, aus ehemals deutsch besiedelten Gebieten haben nach dem Zweiten Weltkrieg in Bremen und umzu mit großem Erfolg eine Transformation vollzogen: von der verletzten Erlebnisgeneration hin zur befriedeten Erinnerungsgeneration. Einige von ihnen werden während der Ausstellungstage hier im Weserpark, für den authentischen und lehrreichen Austausch, am Informationsstand dabei sein.

Leider haben es die teilnehmenden Landsmannschaften nicht vermocht, den Auskunftsdienst mit eigenen Mitgliedern durchgehend zu besetzen. Umso mehr bitten wir alle Mitglieder und Freunde unserer Landsmannschaft: Bringen Sie Zeit zum Besuch der Ausstellungen mit, kommen Sie öfter und stellen Sie sich bitte für die Beantwortung von Fragen am Infotisch zur Verfügung!“



Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk

Stellv. Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühlthal, Tel. (06151) 148788

Jahreshauptversammlung

Trotz der Außentemperatur von über 30 Grad ging es bei der Jahreshauptversammlung keinesfalls hitzig zu. Auf der Tagesordnung standen turnusgemäß wieder Wahlen des Vorstands und der Kassenprüfer.

Für die verstorbenen Vorstandsmitglieder Irmgard Steffen und Bernd Sievers wurden Christa Gintaut und Gerhard Skipka in das Gremium gewählt. Alle bisherigen Vorstandsmitglieder wurden in ihrem Amt einstimmig bestätigt: Dieter Schetat (Vorsitzender), Helga Kukwa (stellvertretende Vorsitzende), Christian Wnuck (Rechnungsführer), Ilse Klausen (Schriftführerin) und Helmut Zoch (Organisation,

Technik und Mitgliederbetreuung). Zu Kassenprüfern wurden Irmgard Gethöffer, Sabine Knoop und Dagmar-Maria Payne berufen.

Vor den Wahlen war der gesamte Vorstand für das Geschäftsjahr 2021 einstimmig entlastet worden. Besondere Anerkennung der Kassenprüfer erhielt Christian Wnuck für seine einwandfreie Rechnungsführung.

Nach dem Gedenken der im vergangenen Jahr verstorbenen Landsleute und der Opfer von Krieg, Flucht und Vertreibung folgte der Tätigkeitsbericht des Vorstandes durch den Vorsitzenden Dieter Schetat, verbunden mit Informationen über das Geschehen in den Heimatgebieten – dies auch im Hinblick auf die kriegerischen Ereignisse in der Ukraine. Herzlich dankte er den Geld- und Sachspendern, die damit die Vereinsarbeit wohlwollend unterstützten.

„Die regelmäßigen Monatstreffen und Veranstaltungen der Landsmannschaft sind ein wichtiges Element für unser heimatverbundenes Miteinander. Leider konnten wir im vergangenen Jahr wegen der Corona-Situation nur zu einem einzigen Treffen einladen“, bedauerte der Vorsitzende. In den Folgemonaten war der Versammlungsort „Haus der Heimat“ amtlich geschlossen. Deshalb mussten alle bereits angekündigten Monatstreffen abgesagt werden, so auch die geplante Erinnerungsfeier zum 75-jährigen Bestehen der Landsmannschaft. Sie soll in diesem Jahr nachgeholt werden. In den Monaten Juli bis November konnte wenigstens zu dem traditionellen „Gemeinsamen Mittagessen“ in die Gaststätte „Waldlust“ eingeladen werden.

Über viele Jahre hindurch greift die Landsmannschaft zwei deutschstämmigen Familien in Ost- und Westpreußen mit Geldspenden zur Weihnachtszeit unter die Arme, deren kleine Rente meist nicht für das Allernötigste reicht.

Sorge bereitet Schetat der „biologische Faktor“ mit der Folge, dass sich dadurch der Kreis der „Erlebnisgeneration“ zwangsläufig verrin-

gert und die Landsmannschaft zunehmend kleiner wird. So ist die Mitgliederzahl inzwischen auf 94 geschrumpft; 1961 lag sie noch bei rund 440. In Zukunft werde es an der sogenannten Bekenntnisgeneration liegen, die Landsmannschaft aufrechtzuerhalten – vielleicht unter einem neuen Namen –, meinte der Vorsitzende.



Mecklenburg-Vorpommern

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam, Tel.: (03971) 245688

Sommerfest der Ostpreußen

Anklam – Am Sonnabend, dem 2. Juli, findet von 10 bis 17 Uhr in der Mehrzweckhalle „Volkshaus“ Anklam, Baustraße 48–49 (Stadtzentrum/Nähe Markt) das landes-

weite Sommerfest der Ostpreußen statt. Nach zweijähriger Corona-Zwangspause ist es der Auftakt für ein Jubiläumsjahr, denn die Landesgruppe der Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern feiert 2022 ihr 30-jähriges Bestehen. Dazu sind alle Landsleute von nah und fern mit Angehörigen und Interessenten sehr herzlich eingeladen.

Musikalisch wird das Heimattreffen vom Posaunenchor Usedom festlich umrahmt. Am Nachmittag tritt ein russisch-ukrainisches Ensemble aus Berlin auf. Damit wollen die Ostpreußen ein Zeichen für Frieden und Verständigung setzen, die sie seit 30 Jahren mit ihren russischen Partnern im Königsberger Gebiet praktizieren. Zuletzt soll mit den Jagdhornbläsern Uecker-Randow e.V. ein kleiner Gedenkstein für Ännchen von Tharau eingeweiht werden. Dieser wurde an der gleichnamigen Linde

in der Wallanlage am Steintor aufgestellt, als wegen der Corona-Bestimmungen keine Heimattreffen möglich waren. Wie immer ist für Königsberger Klopse, Kaffee und Kuchen, Bärenfang, Heimatbücher, Landkarten und genügend Parkplätze gesorgt. Erwartet werden 500 Besucher. *Manfred F. Schukat*

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimatarbeit“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen.



Ostpreußisches Landesmuseum

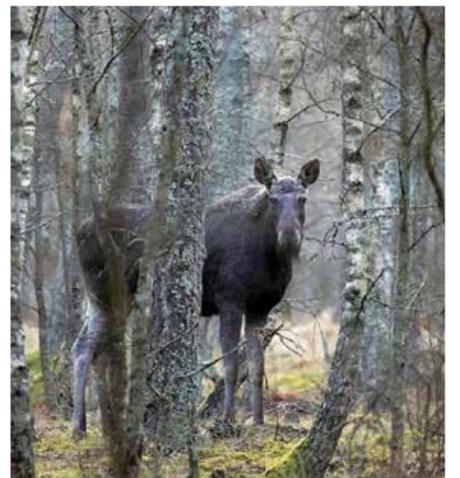
Das Jahr der Elche Sonntagsführung durch die aktuelle Sonderausstellung mit dem Kurator Dr. Christoph Hinkelmann am Sonntag, 3. Juli, 14 Uhr. Eintritt: 1,50 Euro zzgl. Museumseintritt

In der aktuellen Sonderausstellung des Ostpreußischen Landesmuseums erfahren Sie alles rund um den beliebten Elch. Das scheue gleichzeitig jedoch sehr große Wildtier inspiriert und fasziniert seit Jahrhunderten die Menschen. So entstanden viele Bezüge zum Elch auch in der mitteleuropäischen Kulturgeschichte. Die Ausstellung zeigt die vielfältigen Facetten dieser Verbindung zwischen Elch und Mensch, vom Nutztier bis hin zu seiner Darstellung in der heutigen Werbung. Dabei ist die Wahrnehmung heute stets positiv. Seit einigen Jahren finden die besonderen Tiere immer wieder ihren Weg bis nach Deutschland. Was erwartet uns, wenn dieses Tier wieder bei uns heimisch wird? Wo könnten die Tiere leben? Was und wie viel fressen sie?

Diese und weitere Fragen beantwortet Ihnen der Naturkundler und Kurator der Ausstellung Dr. Christoph Hinkelmann.

Eine Anmeldung unter info@ol-ig.de oder Tel. 04131 759950 ist erforderlich.

Ostpreußisches Landesmuseum, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg



ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

- Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte die
- Prämie Nr. 1 (Leuchtglobus) oder
 - Prämie Nr. 2 (Renaissanceglobus).

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

- Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

PAZ-04-C



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

Prämie 1: Leuchtglobus



Prämie 1: Leuchtglobus

Das physische Kartenbild zeigt detailliert die Landschaftsformen sowie die Gebirgszüge und Gebirgsregionen, die Tiefen, das Hochland, die Wüsten und in einer plastischen Deutlichkeit durch Farbabstufungen die Meerestiefen. Das politische Kartenbild dokumentiert alle Staaten und die verwalteten Gebiete unseres Planeten. Sichtbar sind Flug-, Schiffs- und Eisenbahnlinien.



Prämie 2: Renaissanceglobus

Prämie 2: Renaissanceglobus

Pergamentfarbene Ozeane, Länder mit typischem Randkolorit auf Pergamentfönd, Darstellungen von Fregatten, Seeschlangen und einer Windrose zeichnen diesen Globus aus. Beleuchtet sind die Entdeckungsrouten von Christoph Kolumbus bis Magellan zu sehen. Das Kartenbild wurde nach Originalkarten aus dem 16. Jahrhundert gestaltet.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Niedersachsen
Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)42684, Schriftführer und Schatzmeister: Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)7684391.
Bezirksgruppe Lüneburg: Heinz Kutziński, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822)5465.
Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377.
Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenu, Tel.: (05901) 2968

Treffen
Oldenburg – Mittwoch, 13. Juli, 15 Uhr, Bümmersteder Krug, Sandkruger Straße 180: gemütlicher Kaffeemittag. Teilnehmer müssen sich bei mir anmelden unter Telefon (0441) 2047676.

Sachsen
Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

Treffen
Limbach-Oberfrohna – Am 28. Mai trafen sich die Mitglieder der Kreisgruppe Limbach-Oberfrohna im Stadtpark zu einer Kremserfahrt durch die wunderschöne Umgebung des Erzgebirges. Auf dem

Wagen nahmen drei Generationen Platz. Unsere Jüngste mit 13 Jahren und die Älteste mit 84 Jahren plachanderten lustige Geschichten und sangen deutsche Volkslieder.
Wir kamen auch am Dreiseitenhof vom Gründungsmitglied Horst Braczko (gestorben 2020) vorbei. Dort hat er Räumlichkeiten einer Heimatstube für die Kreisgruppe Limbach-Oberfrohna eingerichtet, wo die Mitglieder sich zu ihren Heimatnachmittagen getroffen haben. Da aber die Kreisgruppe an Mitgliedern größer wurde, wurde es notwendig die Veranstaltungen im großen Saal des Esche Museums von Limbach-Oberfrohna durchzuführen.

30-jähriges Bestehen der Kreisgruppe
Im Anschluss hat der Vorsitzende Reinhard Gerullis zur Festveranstaltung in die Parkschenke geladen. Der Anlass war eine Feierstunde zum 30-jährigen Bestehen der Kreisgruppe Limbach-Oberfrohna. Das Gründungsmitglied Kurt Weihe berichtete über die Anfänge der Kreisgruppe. Die vielen Veranstaltungen zum Gedenken an die verlorene Heimat haben sehr viele Mitglieder der Gruppe besucht. Die Gruppe traf sich zum Frühlingsfest, Erntedankfest und zur Weihnachtsfeier, nur um einige zu nennen. Die musikalische Umrahmung präsentierte uns Mike Pätzold mit seinem Keyboard. Das Schlusswort sprach unser Vorsitzender Reinhard Gerullis.

PAZ wirkt!

Schleswig-Holstein
Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Jahreshauptversammlung
Bad Schwartau – Der Vorsitzende Axel Simanowski hatte zu Donnerstag, den 16. Juni, zu einer Jahreshauptversammlung (JHV) und einen Nachmittag unterer dem Motto „Ostpreußen lacht“ eingeladen, zu dem er 26 Mitglieder und Gäste begrüßen konnte.
Die JHV konnte sehr zügig abgehandelt werden, da nur obligatorische Vereinsregulieren auf dem Programm ohne Wahlen anstanden. Wir gedachten zunächst der verstorbenen Frau Gertrud Runge im 98. und Frau Gisela Romanowski im 95. Lebensjahr, die noch beide bis zum letzten Jahr aktiv an den Veranstaltungen teilgenommen hatten.

In der Rückschau zum Geschäftsjahr hob der Vorsitzende insbesondere durch die Pandemie die „mobile“ Advertsbetreuung der Mitglieder und die mobile Fleckensensverteilung hin, über die wir hier berichteten. Auch die Fahrt zum Spargelessen in die Lüneburger Heide gemeinsam mit der Gruppe „Reisefreunde Bad Schwartau“, die von unserem Vorstandsmitglied Claus Seifert organisiert wurde, fand großen Anklang. Vorausschauend wies er auf eine Fahrt zur Dittchenbühne hin.

Unsere Schatzmeisterin Gisela Rowedder bekam nach ihrem Vortrag anschließend viel Lob von den

Kassenprüfern für ihre gut geführte Kasse, sodass dem Vorstand und der Schatzmeisterin einstimmig Entlastung erteilt wurde.

Ein besonderer Tagesordnungspunkt stand aber diesmal doch noch an. Drei Mitgliedern konnte der Vorsitzende Axel Simanowski für ihre langjährige und aktive Treue zur Landsmannschaft Ostpreußen im Namen des Landesvorsitzenden Edmund Ferner eine Urkunde und die Ehrennadel in Silber überreichen.

Namentlich erhielt diese Auszeichnung Frau Hildegard Philipowski, 1938 in Ortelsburg geboren, und seit 30 Jahren Mitglied in der LO, Frau Hannelore Unruh, 1933 in Königsberg geboren, und seit 1997 Mitglied der LO und Frau Edeltraut Lebäus, 1938 geboren und seit 1997



Ausgezeichnet mit der Silbernen Ehrennadel: Hannelore Unruh und Hildegard Philipowski (v.l.n.r.)

in der LO, die aber leider nicht kommen konnte.

Damit war der offizielle Teil beendet, und es ging nun humorvoll weiter mit Gedichten und Geschichten, die der Vorsitzende aufgezeichnet hatte und nun zunächst über die Leinwand abspielen ließ wie „Das Floche“, „De Brill“, „Die Geschichte vom Pikkaller“ oder „dem Graf seine Hühner, die von de Pferde tot getrapelt wurden, wo doch die Scheun und das Gutshaus abgebrannt war, herrje was war das für a Tragödie“.

Und zwischendurch hat dann der Axel seine Geschichte erzählt wie es früher war und auch der Gerd Thralau ließ es sich nicht nehmen, die Geschichte von dem „schwierigen Fall, dem Zeugnis und von der Lehrerin, bei dem die Mutter sich beschwert hat, dass sie ihr Jung'che nich berieche sondern belehren soll“, zum Besten zu geben. Und fast zum Schluss hat Frau Unruh dem Axel das Gedicht „Heimkehr“ zum Vorlesen gegeben, das eine Erinnerung an die Heimat ist, die es heute so nicht mehr gibt. Nun wurde es still, denn am Ende im Sinne der „Heimkehr“: „Hat das Schicksal vor vielen Jahren uns auch aus der Heimat weit fortgetragen, die Sterne der Heimat, die leuchten auch hier, drum sind wir in Gedanken immer bei ihr.“

Mit diesem Ausklang und dem Ostpreußenlied ging wieder einmal ein schöner heimatlicher Nachmittag zu Ende. Hans-Albert Eckloff

Heimatsnachmittag
Burg/Fehmarn – Für die Mitglieder der Landsmannschaft „Ost-,

Westpreußen und Danzig“ fand kürzlich ein kostenloser Kaffeemittag im „Hotel Wisser“ statt, zu dem der Vorstand der Landsmannschaft eingeladen hatte.

Anlass war der lange Zeitraum seit 2019, bedingt durch die Pandemie, dass keine Veranstaltungen stattfinden konnten, Mitgliedsbeiträge aber weiterhin gezahlt wurden. Dieses nahm der Vorstand zum Anlass, den Mitgliedern ein „Dankeschön“ auszusprechen, was auch gut angenommen wurde.

Tagesausflug

Der diesjährige Tagesausflug der Landsmannschaft „Ost-, Westpreußen und Danzig“ führte die Mitglieder und Gäste bei sonnigem Wetter in die Kreise Ostholstein und Plön.

Das erste Ziel der Reise war das Kultur Gut Hasselburg, wo eine äußerst interessante Führung und Besichtigung vorgenommen wurde. Die Hofanlage ist heute noch beispielhaft für einen voll entwickelten Gutshof des 18. Jahrhunderts. Das Torhaus ist das größte und eleganteste des Landes, der Barocksaal im Herrenhaus mit seiner Deckenmalerei ein lebendiges Zeugnis barocker Raumkunst in Schleswig-Holstein.

Danach ging die Fahrt weiter zum Mittagessen nach Plön, wo sich danach eine große Plöner-See-Rundfahrt anschloss mit Ausstieg Prinzeninsel, wo eine Kaffeetafel auf die Reisegruppe wartete. Die Insel im Plöner See ist ein Ort mit Geschichte. Im Jahre 1910 wurde sie von Kaiser Wilhelm II. erworben, und sie befindet sich heute im Besitz seiner Nachfahren.

Rätsel

Large crossword puzzle grid with clues in German. Includes a small 6x6 Sudoku puzzle and a 10x10 Diagonal puzzle.

Sudoku

9x9 Sudoku puzzle grid with some numbers pre-filled.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

10x10 grid for a diagonal word puzzle.

Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Schneidegeräte.

- 1 straff; gespannt
2 fast, nahezu
3 Schulter
4 schriftlich festgehaltenes Recht
5 Aufschlag an der Kleidung
6 Flugkörper

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein Rhythmusinstrument.

- 1 Stadt in Hessen, an der Fulda, 2 Vermögensstand, 3 Ehefrau, Gemahlin, 4 gazeartiges Gewebe, 5 sehr flache Servierschüssel

Diagram for the 'Kreiskette' puzzle showing a sequence of overlapping circles with arrows and numbers 1-5.

Heimatkreisgemeinschaften

Nach diesen vielen schönen Eindrücken ging die Schiffsfahrt wieder zurück nach Plön, wo dann die Heimreise angetreten wurde.

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg e.V. – Bericht

Am 15. Juni konnte der Vorsitzende der Vereinigten Landsmannschaften Flensburg e. V., Hans Legies, bei herrlichem Wetter die Reisegruppe zu einem Tagesausflug durch die Landschaft Angeln begrüßen. Absicht war es, den Mitgliedern einen Teil Angelns näherzubringen, der abseits der bekannten Verkehrsströme liegt. Dabei sollte den Teilnehmern ein Teil der Geschichte Schleswig-Holsteins nähergebracht werden, insbesondere unter Berücksichtigung der Tatsache, dass Schleswig-Holstein zigtausenden Flüchtlingen Unterkunft und Heimat gewährt hat.

Zunächst ging die Fahrt nach Idstedt, zum dortigen Museum, Denkmal und Gedenkstätte. Die historische Erinnerungsstätte informiert über die „Erhebung“ deutsch gesinnter Schleswig-Holsteiner gegen Dänemark vor dem Hintergrund der europäischen Revolution von 1848. Das Herzogtum Schleswig sollte Teil eines zu errichtenden dänischen oder eines künftigen deutschen Nationalstaates werden. Darüber kam es zu einem drei Jahre währenden Krieg. Als Höhepunkt empfanden beide Seiten die Schlacht bei Idstedt am 25. Juli 1850. Nicht weniger als 6500 Menschen verloren ihr Leben oder wurden verwundet. Das Dorf Idstedt brannte fast vollständig nieder. In politischer Hinsicht war die Schlacht von geringer Bedeutung. Entscheidend für die Lösung des nationalen Konflikts war vielmehr, dass sich die europäischen Großmächte über die Zukunft des Herzogtums Schleswig schon weitgehend geeinigt hatten und somit die Demokratisierung Europas ihren Anfang nahm.

Die Einführung in das Thema und die Unterweisung in die Ausstellung lag in den Händen von Herrn Schulz und Herrn Jessen, die ehrenamtlich in der Idstedt Stiftung engagiert sind. Die Teilnehmer dankten den Herren für die geschichtliche Unterweisung.

Weiter ging die Fahrt nach Stolk, einem Ort im Amt Südanngeln. In der Gastwirtschaft „Zum Goldenen Stern“ war „Schnüschn oder Schnusch“, ein typisches Gericht der Landschaft Angeln, zum Mittagessen vorbereitet. Nach dem schmackhaften und reichhaltigen Essen konnte der Vorsitzende dem geladenen Bürgermeister der Gemeinde, Hans-Werner Staritz, das Wort erteilen. Mit launigen Worten stellte dieser seine Gemeinde vor und konnte in seinem weiteren Vortrag über die Geschichte seiner Familie und seiner Vorfahren den Bogen zu den ostpreußischen Wurzeln in Pillkallen/Schloßberg schlagen. Für seine interessanten Ausführungen erhielt er lebhaften Beifall.

Weiter ging es zum Kaffeetrinken nach Lindauhof. Die Geschichte dieses Gutes reicht bis 1464 zurück. Das Herrenhaus spielte eine wesentliche Rolle in der TV-Serie „Der Landarzt“. In dieser historischen Stätte ließen die Teilnehmer bei Kaffee und Torte den Ausflug ausklingen und erreichten nach den verschiedenen „Genüssen“ des Tages wohlbehalten und gut gelaunt den Ausgangsort Flensburg. Das einstimmige Urteil lautete: Angeln ist immer einen Tagesausflug wert.

Hans Legies



Fischhausen

Kreisvertreter: Wolfgang Sopha, Westerfeld 1, 24992 Janneby.
Stellvertretender Vorsitzender: Uwe Nietzelt, Nikolaikirchhof 45, 04600 Altenburg. **Familienf.:** Heiderun Meller, Nikolaikirchhof 45, 04600 Altenburg, Telefon (03447) 8966021, H.Meller@t-online.de, www.kreis-fischhausen.de. **Gst.:** Fahltkamp 30, Postfach 1732, 25407 Pinneberg, Telefon (03447) 8966746

Treffen der Heimatgemeinschaft Seestadt Pillau e.V.

Das 68. Pillauer Treffen findet am 10./11. September in der Patenstadt Eckernförde statt. Dazu laden wir herzlich ein und freuen uns auf ein Wiedersehen.

Das Treffen beginnt am Sonntag, dem 10. September, um 16 Uhr, mit der Sitzung der Gemeinschaftsvertretung in der Bürgerbegegnungsstätte, Rathausmarkt 3, Gäste sind willkommen.

Zum gemeinsamen Abendessen, Gedankenaustausch oder einfach Klönen haben wir einen separaten Raum im Restaurant Montenegro, Jungfernstieg 135 (am Innenhafen), ab 18 Uhr gebucht.

Der Festakt am Denkmal des Großen Kurfürsten findet wie gewohnt am Sonntag um 12 Uhr statt.

Ab 13.30 Uhr treffen wir uns dann wieder im Montenegro zum Mittagessen, auch Kaffeetrinken und Abendessen bis 20 Uhr sind vor Ort möglich. Ein Unterhaltungsprogramm ist noch in Vorbereitung.

Vom Denkmal bis zum Restaurant wird ein Fahrdienst vom Verein organisiert und bezahlt. Im Namen des Vorstandes grüßt

Christina Ziegler

Mail: zieglerc956@gmail.com
Telefon (0176) 6648 2970
christinaaziegler@gmail.com



Rastenburg

Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorff, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm.

Geschäftsstelle: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950

66. Hauptkrestreffen

Einladung zum 66. Hauptkrestreffen am 13. und 14. August in Wesel

Sonnabend, 13. August:

9.30 Uhr: Abfahrt mit dem Bus ab Hotel Kaiserhof zum Friedhof

10 Uhr: Kranzniederlegung auf dem Friedhof in Wesel an der „Trauernenden Vesalia“, Caspar-Baur-Straße

10.30 Uhr: Kranzniederlegung am Ehrenmal an der Schillkaserne in Wesel und Besichtigung der Traditionsstube

Ab 14 Uhr: Geselliges und gemütliches Beisammensein im Hotel Kaiserhof, Wesel

Sonntag, 14. August:

9.30 Uhr: Evangelischer Gottesdienst in der Gnadenkirche, Wackenbrucher Straße 82

10 Uhr: Katholischer Gottesdienst in der Kirche Herz-Jesu in der Feldmark, Wesel

14.30 Uhr: Hauptkrestreffen in der Gastsätte „Schützenhaus zum Fusternberger“, Wesel

- Musikeinführung Blasmusik Lackhausen
- Begrüßung Hubertus Hilgendorff, Kreisvertreter
- Gemeinsames Lied „Land der dunklen Wälder“
- Ansprachen

Heinrich Friedrich Heselmann, stellvertretender Landrat des Kreises Wesel

Ulrike Westkamp, Bürgermeisterin der Stadt Wesel mit Zwischenspiel der Blasmusik Lackhausen

16 Uhr: Großer Zapfenstreich Blasmusik Lackhausen und Tambourcorps Wesel-Fusternberg

16.30 Uhr: Geselliges Beisammensein

Mitgliederversammlung und Kreistag

Einladung zur Mitgliederversammlung und Kreistagsitzung am Sonntag, dem 14. August, um 11.30 Uhr in der Gaststätte „Schützenhaus zum Fusternberger“ Wesel anlässlich unseres diesjährigen Hauptkrestreffens.

Tagesordnung:

1. Begrüßung durch den Kreisvertreter, 2. Feststellung der Anwesenheit und Genehmigung des Protokolls vom Vorjahr, 3. Bericht des Kreisvertreters, 4. Kassen und Prüfungsbericht, 5. Entlastung des Vorstands und der Kassenführung, 6. Haushaltsplan 2023, 7. Heimatbriefe „Rund um die Rastenburg“, 8. Bildband, 9. Rastenburgertreffen 2019–2023, 10. Verschiedenes

Anträge beziehungsweise Vorschläge zur Tagesordnung sind bis zum 8. August 2022 einzureichen. Mit heimatlichen Grüßen
Hubertus Hilgendorff
Kreisvertreter



Tilsit-Stadt

Stadtvertreter: Erwin Feige, Am Karbel 52, 09116 Chemnitz, Telefon (0371) 3363748. **Mitgliederfragen:** Bernd Polte, Stege 3, 19322 Abbendorf, Telefon (038791) 179873, E-Mail: koljanwanja@gmx.de

Tilsiter beim Ostpreußen-treffen

Sehr erfreut war der Vorstand der Stadtgemeinschaft Tilsit über die rege Teilnahme unserer Tilsiter Landsleute und ihrer Nachfahren am gelungenen Ostpreußentreffen am 11. Juni in Wolfsburg. Über 30 Gäste nahmen an unseren reservierten Tischen Platz und folgten mit großer Anteilnahme den offiziellen Ansprachen, besonders der Rede unseres Sprechers der Landsmannschaft Ostpreußen, Herrn Stephan Grigat.

Nach mehreren Jahren Pause war es uns ein Bedürfnis und Verpflichtung, unsere Verbundenheit mit unserer Heimat durch die Teilnahme am Treffen auszudrücken. Das Kulturprogramm, mehrheitlich von Chören und Gruppen aus unserer ehemaligen Heimat, war begeisternd und fand auch von uns viel Applaus. Vielen Dank den fleißigen Organisatoren dieses beeindruckenden Ostpreußentreffens.



Hoher Besuch am Stand der Tilsiter: Zu Stadtvertreter Erwin Feige gesellten sich der litauische Botschafter in der Bundesrepublik, Ramunas Misiulis in Begleitung von LO-Vorstandsmitglied Hans-Jörg Froese am von Manfred Urbaschat geleiteten Stand der Tilsiter (v.l.n.r.)

Foto: Stadtgemeinschaft Tilsit

Der Vorstand und die Mehrzahl der Stadtvertreter mit ihren Ehefrauen nahmen am Treffen teil. Am Tage zuvor hatten wir eine planmäßige Stadtvertreterversammlung unter Leitung des 1. Vorsitzenden, Erwin Feige, durchgeführt. Die Bilanz des letzten Jahres, vorgetragen vom Vorsitzenden, wurde intensiv besprochen und die Projekte für das folgende Geschäftsjahr einstimmig beschlossen.

So konzentrieren wir uns auf die Herausgabe der deutschen Fassung des Werkes Sowjetsker Freunde „Tilsiter Dominanten“, die Vorbereitung einer Filmdokumentation mit letzten Tilsiter Zeitzeugen, den Beginn der Erarbeitung eines Buches zur Geschichte Tilsits/Sowjetsk und der Sicherung der Herausgabe des Tilsiter Heimatbriefes.

Finanzielle Mittel wollen wir für Forschungsprojekte und Publikationen zu Tilsit und der Pflege von Gedenkstätten gefallener Soldaten und im Kriege umgekommener Tilsiter bereitstellen. Den Kontakt zu unseren langjährigen Partnern im heutigen Sowjetsk wollen wir weiter pflegen und bei sich ergebender Möglichkeit wieder in die Heimatstadt Tilsit fahren.

Breiten Raum nahm die Mitgliederentwicklung, die Weiterführung der Unterstützung zur Familienforschung und in der Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Memelkreisen Elchniederung und Tilsit-Ragnit ein. Die Stadtvertretung stimmte dem Plan eines auf längere Sicht zu vollziehenden Zusammenschlusses unserer Heimatsgemeinschaften zu.

Durch unseren langjährigen Geschäftsführer Manfred Urbaschat wurde ein repräsentativer Stand unserer Stadtgemeinschaft mit einer umfassenden Darstellung der Arbeit unserer Stadtgemeinschaft und unserer Heimatstadt Tilsit früher und Sowjetsk heute, erstellt. Er war ein Anziehungspunkt für viele Besucher des Treffens, darunter unsere Tilsiter. Gemeinsam mit seiner Frau Berbel führte Roland Pohl viele interessante Gespräche zur Ausstellerei. Ein Höhepunkt war der Besuch seiner Exzellenz, des litauischen Botschafters in Deutschland, Herrn Ramunas Misiulis an unserem Stand. In Begleitung des stellvertretenden Sprechers der Landsmannschaft, Herrn

Hans-Jörg Froese, ließ er sich interessiert von der Geschichte Tilsits, heute Grenzstadt zur Litauischen Republik, berichten.

Für die am Treffen teilnehmenden Tilsiter war es ein sehr gelungener Tag des Wiedersehens mit Landsleuten. Gerhard Pfiel und Heinz Schmick traf sich mit den teilnehmenden Freunden der von ihnen geleiteten Tilsiter Schulgemeinschaften und tauschten Erfahrungen an viele gemeinsame Erlebnisse aus. Das Treffen zeigte uns, Tilsit und Ostpreußen leben!

Bernd Polte, Stadtvertreter



Wehlau

Kreisvertreter: Uwe Koch, Schobüllerstraße 61, 25813 Husum. Telefon (04841) 663640. **Schriftleiter:** Werner Schimkat, Dresdener Ring 18, 65191 Wiesbaden, Telefon (0611) 505009840. **Internet:** www.kreis-wehlau.de

Trakehner Bundesturnier

Vom 21. bis 24. Juli findet das Internationale Trakehner Bundesturnier im Westfälischen Pferdezentrum in Münster-Handorf statt. Die vorläufige Ausschreibung ist jetzt online gestellt.

Nach zwei pandemiebedingt abgespeckten Veranstaltungen in den zurückliegenden Jahren können sich die Trakehner Reiter im ganzen Bundesgebiet und in den Nachbarländern endlich wieder auf ein Bundesturnier im vollen Umfang freuen: 50 Prüfungen an vier Tagen sind in den Disziplinen Dressur, Springen und Vielseitigkeit ausgeschrieben und wie es beim „BuTu“ Tradition ist, mit großzügigen Gewinngeldern dotiert.

Das Trakehner Bundesturnier wird ausschließlich von Spendern und Sponsoren finanziert, von de-

ANZEIGE

Ohja Nordsee!

Nähe St. Peter Ording,
Fewo frei für kurz entschlossene
Naturfreunde, NR,
Ki. + Hu. willk. ab 45 Euro p. T.
T.: 04862-8052

nen viele seit 18 Jahren dabei sind. Gleichwohl kommen Jahr für Jahr neue Förderer hinzu und die Turniertage sind neben dem Sport auch Treffpunkt für viele Trakehner Freunde.

Die Trakehner Championate der Reitpferde, sowie der Dressur-, Spring- und Geländepferde sind die Bühne der Youngster unter dem Sattel und nach den Reitpferdechampionaten erfolgen noch vor Ort die Nominierungen für die Bundeschampionate der drei- und vierjährigen Hengste, Stuten und Wallache. Dressur- und Springprüfungen sind mit verschiedenen Touren bis zur schweren Klasse im Angebot, und die Geländepferdeprüfungen der Klassen A** und L sind wie in den Vorjahren als Qualifikationen für die Bundeschampionate ausgeschrieben.

Dazu kommen Kombinierte Prüfungen der Klassen A und L für junge Vielseitigkeitspferde sowie Kombinierte Prüfungen für Junioren und Amateure. Die beliebten Mannschaftswettkämpfe der Zuchtbezirke in Dressur und Springen garantieren sportliche Stimmung mit Teamcharakter und erstmals wird am Standort in Münster-Handorf auch der beliebte Gruppengeländeritt der Generationen stattfinden.

Die Dressur- und Springprüfungen finden auf dem Gelände des Westfälischen Pferdezentrums statt, die Geländepferdeprüfungen auf dem benachbarten Platz der Westfälischen Reit- und Fahrschule, sodass für beste Rahmen- und Bodenbedingungen gesorgt ist. Stall- und Stallzeltplätze sind ausreichend vorhanden, und last but not least ist der Turnierstandort verkehrsgünstig in der Nähe der Autobahn 1 gelegen.

Käufliche Träume – Trakehner Elitefohlen Auktion

Der Samstagabend steht traditionell im Zeichen der Bundesturnier Elitefohlen Auktion Open Air und auch am 23. Juli suchen hier die im Vorfeld streng selektierten Spitzen des Fohlenjahrgangs 2022 – natürlich komplett überprüft und aus besten Trakehner Familien – neue Besitzer. Hier wurden schon Körsieger, Siegerstuten und Sportler für schwere Prüfungen entdeckt und die Stimmung am Samstagabend ist immer sensationell.

Die vorläufige Ausschreibung sowie weitere Informationen sind online unter www.trakehner-verband.de zu finden.

Auf YouTube

Königsberg philosophisch und literarisch

Eine Aufzeichnung der Veranstaltung im Literaturforum im Brecht-Haus, Berlin, am 4. Juni 2022 über Königsberg als Verkehrs- und Handelsknotenpunkt, Universitätsstadt, kulturelles Zentrum und geistige Hochburg, Wirkstätte von Philosophen, Künstlern und Schriftstellern ist ab sofort auf dem YouTube-Kanal des Kulturforums östliches Europa abrufbar.

Es handelt sich um ein Projekt des Deutschen Kulturforums östliches Europa, Potsdam, in Zusammenarbeit mit dem Literaturforum im Brecht-Haus, Berlin.

SCHMALSPUR-ALBUM OSTPREUSSEN

Ein Projekt nimmt Fahrt auf

Fotos, Fahrkarten, Frachtbriefe oder Bahnpoststempel – PAZ-Leser sind dazu aufgerufen, Bildpaten zu werden

VON JÖRG PETZOLD

In der Provinz Ostpreußen gab es insgesamt 800 Kilometer Schmalspurbahnen – stellvertretend genannt seien hier die Insterburger Kleinbahn, die Elchniederungsbahn, die Pillkaller Kleinbahn, die Rastenburger Kleinbahnen, die Memeler Kleinbahn und die Ortelsburger Kleinbahn.

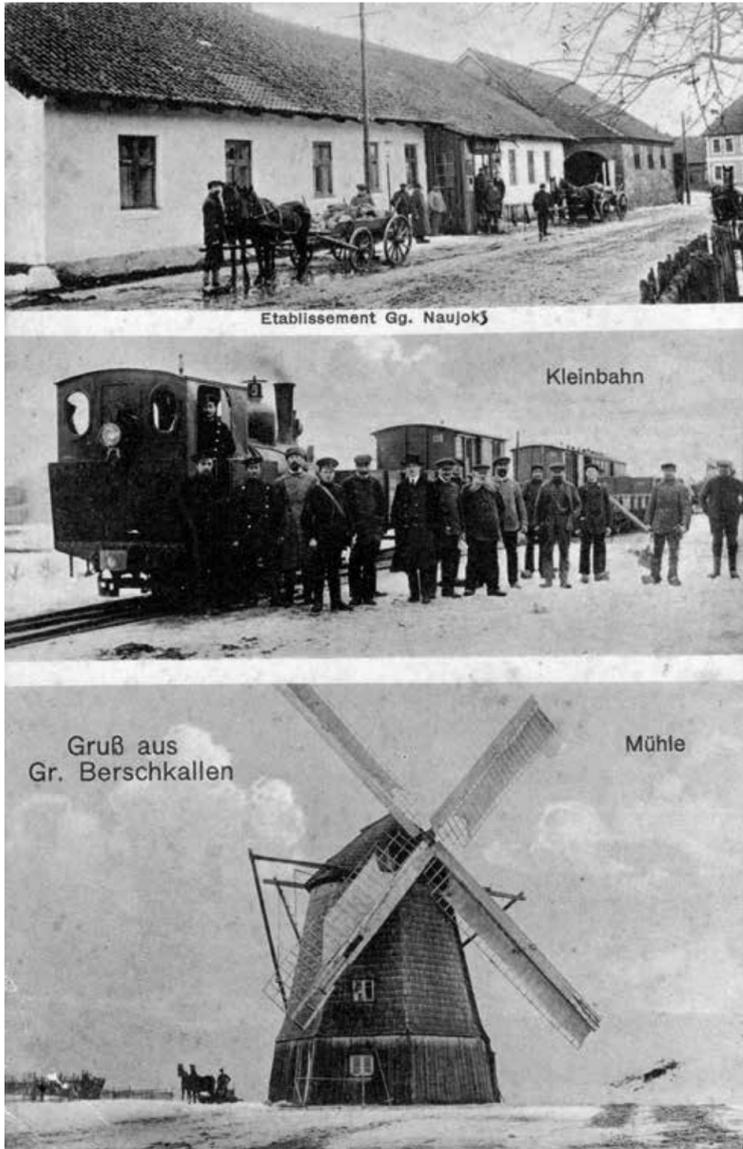
800

Kilometer Schmalspurbahnen gab es insgesamt in Ostpreußen

Nachdem bereits zwölf Bildbände zu den Schmalspurbahnen in Sachsen aus der Zeit von 1881 bis 1945 erschienen sind, haben sich der Geschäftsführer des Zittauer Verlages SSB-Medien, Ingo Neidhardt, und der Dresdner Autor und Kenner der ostpreußischen Kleinbahnen, und ich, entschlossen, einen solchen Bildband auch zu den Schmalspurbahnen in Ostpreußen herauszugeben. Das gemeinsame Ziel ist die möglichst lückenlose bildliche Dokumentation der schmalspurigen Kleinbahnen in Ostpreußen.

Zeitraum 1898 bis 1945

Dokumentiert werden soll der Zeitraum zwischen der Eröffnung der ersten Strecken 1898 und dem Kriegsende 1945. Das Album wird neben Bildern auch topografische Karten und Fahrpläne sowie fachkundige Texte zur Geschichte der Bahnen, zu deren Fahrzeugen und zu den Inhabern von Anschlussgleisen und Verladeanlagen enthalten. Damit wollen die Autoren erreichen, dass diese Bahnen für



Wertvolle Aufnahmen aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg: Seltene Bilder von dem „Etablissement Gg. Naujok“, elf Kilometer nordwestlich von Insterburg, der Kleinbahn sowie eine Ansichtskarte der Mühle von Gr. Berschkallen, nach 1938 Birken genannt. Weitere Fotos wie diese sollen in dem Schmalspur-Album Ostpreußen Aufnahme finden.
Foto: Bildarchiv Ostpreußen



Mit dem Verkauf von Aktien finanziert: Ostpreussische Kleinbahnen
Foto: Sammlung eines Mitglieds des Ersten Deutschen Historic-Actien-Clubs e.V.

den heutigen Leser (wieder-)erlebbar werden.

Der Leser wird auf eine Zeitreise mitgenommen und kann Strecke um Strecke selbst erkunden. Den beiden Initiatoren ist dabei bewusst, dass sie mit ihrem Projekt nicht jeden Ort, nicht jede Haltestelle und nicht jedes Anschlussgleis werden wieder zum Leben erwecken können – aber mit der Unterstützung der PAZ-Leserschaft sollte es gemeinsam möglich sein, diesem Ziel recht nahe zu kommen.

Unterstützt wird das Projekt schon jetzt von der Landsmannschaft Ostpreußen, von den Kreisgemeinschaften, dem Bildarchiv Ostpreußen, dem Kulturzentrum Ostpreußen sowie zahlreichen Eisenbahnfreunden und privaten Sammlern.

Jedes Detail ist wichtig

Bitte heben Sie, liebe Leserinnen und Leser, Ihre bisher noch verborgenen Schätze aus privaten Fotoalben und Sammlungen.

Jedes Foto, jede Fahrkarte, jeder Frachtbrief und jeder Bahnpoststempel der ostpreußischen Kleinbahnen zählt – werden Sie damit Teil dieses gemeinsamen Projektes! Bitte stellen Sie den Autoren Ihre Dokumente, natürlich leihweise oder vorzugsweise auch elektronisch, zur Verfügung; eine Rückgabe nach dem Bearbeiten wird selbstverständlich bereits heute zugesagt. Ebenso wird selbstverständlich jeder Bildpate namentlich genannt werden. Ein finanzielles Honorarium wird allerdings nicht möglich sein, das würde den finanziellen Rahmen sprengen. Dafür erhält jeder Bildpate als besonderes Dankeschön ein persönliches Exemplar des „Schmalspur-Album Ostpreußen“.

Kontakt

Jörg Petzold, Hellerhofstraße 37g, 01129 Dresden. E-Mail: petzold.kleinbahn-ostpreussen@t-online.de, Telefon: 0351 8488588

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Weinbau ist die wahre Identität Grünbergs

Der Weinbauer und Autor Krzysztof Federowicz stellte sein neues Buch vor – Kulturerhalt ist sein Motiv

„Doch mehr zu trinken solch sauren Wein, müßt' ich ein geborner Schlesier sein“, heißt es im „Schlesischen Zecher“ des Breslauer Dichters August Kopisch (1799–1853). Alte Klischees, meint dazu der Journalist, Schriftsteller und Winzer Krzysztof Federowicz: „Das Gleiche hat man vom Bordeaux gesagt. Zu dieser Mär hat schon der Alte Fritz beigetragen. Er mochte nur süße Weine, und als er den Grünberger Wein probierte, verzog er das Gesicht, weil er ihm zu sauer erschien. Aber das war sein Problem“, betont Federowicz.

Auf den Spuren alter Kellereien

Mit 30 Jahren entschied er sich, unter die Winzer zu gehen. „Ich habe viel über die Geschichte Grünbergs gelesen, wanderte auf den Spuren alter Kellereien und fand wild wachsende Reben im Wald neben unserem Haus. Ich fragte mich, wie sie dort hingekommen sind.“ Die Antwort fand Federowicz, dessen Vater Obst anbaute, in historischen Karten. Überall dort, wo heute Wiesen, Wälder oder Plattenbauten die Stadt markieren, sei Wein angebaut worden.

Federowicz wollte, wie die Vorkriegs-Grünberger, auch Wein produzieren. Dafür musste er den Obstgarten seiner Eltern

roden. Seit fast 20 Jahren bestellt er nun das Weingut „Winnica Milosz“ (Kellerei Milosz) im 15 Kilometer von Grünberg entfernten Loos [Łaz]. Er ist stolz, alte Rebsorten wie Pino Noir, Traminer oder Tauberschwartz, die seit dem 16. Jahrhundert in Grünberg angebaut wurden, zu kultivieren, aber auch Zweigelt oder Dornfelder. Weinbau sei schwere Arbeit, sagt er, aber noch schwieriger scheine ihm manchmal sein Kampf für den Erhalt des Grünberger Kulturerbes.

Zusammen mit Gleichgesinnten gründete er die Kulturstiftung Tlocznia (Weinpresse). Der Verein organisiert Wanderungen auf den Spuren Eduard Seidels, einem der wichtigsten Grünberger Weinhändler, veranstaltet Tage der offenen Keller, dokumentiert alte Gebäude, die bis in unsere Zeit überdauert haben, einst jedoch mit Weinanbau zu tun hatten. „Die Grünberger lebten vom Weinbau, und so hat fast jeder hier Wein produziert. Dies ist die wahre Identität dieser Stadt, die man wiedererlangen sollte oder wenigstens entdecken“, begründet er sein Tun.

Rechtzeitig zum 800. Gründungsjubiläum der Stadt kam nun die deutsche Fassung des Buches „Jenseits des Vergänglichen. Geschichten von Grünberg und sei-

nem Wein“ von Krzysztof Federowicz heraus. Und selbstverständlich spielt der Weinbau die fundamentale Rolle im Buch, das der Autor und sein Übersetzer, Hans Gregor Njemz, letzte Woche als erstes der

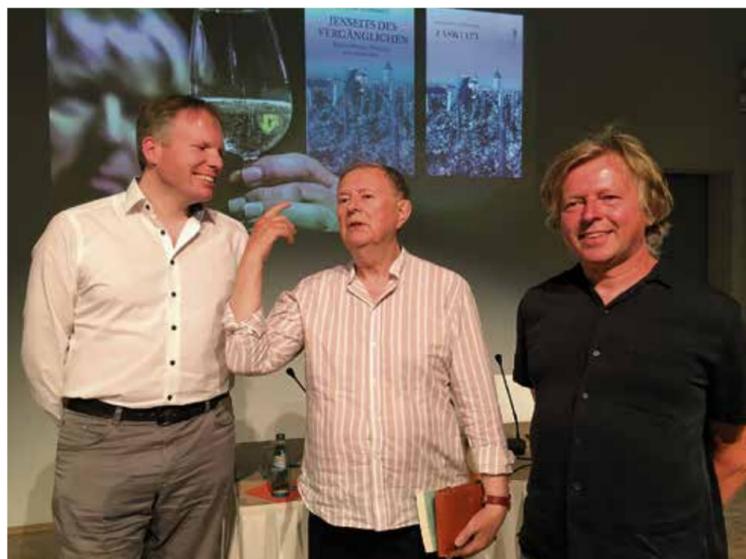
deutschen Leserschaft im Schlesischen Museum zu Görlitz präsentiert.

Aus dem Jenseits in die Gegenwart führt den Leser August Grempler (1793–1869), der den ersten deutschen Sekt nach

Champagner-Art produzierte. Federowicz lässt auch Themen wie Hexenprozesse, Pestseuchen, die Auswanderung der Alt-Lutheraner aus der schlesisch-brandenburgischen Grenzregion nach Südaustralien Mitte des 19. Jahrhunderts oder die Vertreibung der Deutschen von 1945 hinein-fließen.

„Polen fängt erst hinter Posen an“

Es ist für ihn quasi das Nachholen dessen, was ihm der polnische Unterricht nicht geboten hatte. „Ich hatte immer schon den Eindruck, dass das wahre Polen erst hinter Posen anfängt, aber eigentlich liegt es erst an der Weichsel. Grünberg war nie wirklich polnisch, erst nach 1945“, sagt der 52-Jährige. Durch sein schriftstellerisches und gesellschaftliches Wirken möchte er den heutigen Grünbergern vor Augen führen, „wie viel verloren geht, wenn man von den Wurzeln abgetrennt wird. Erst wenn man sich mit der Geschichte beschäftigt, wachsen die eigenen Wurzeln und werden stärker. Es geht dabei auch darum, sich dort wohl zu fühlen, wo man geboren ist oder lebt“, sagt der Winzer, für den die Rebe eine Metapher für das Unverwüstliche und das Überdauern des Kulturerbes ist.
Chris W. Wagner



Stolz auf Sohn Krzysztof Federowicz: Vater Federowicz und Übersetzer Hans Gregor Njemz (v. l. n. r.)
Foto: Wagner

HEIMAT VERBINDET

Pommersche Heimat in sechs Sprachen

Klänge auf Deutsch, Pommersch Platt, Portugiesisch, Polnisch, Ukrainisch und Russisch in Anklam

VON FRIEDHELM SCHÜLKE

Am 11. Juni füllten zum 30. Pommerntreffen rund 400 Landsleute von nah und fern das „Volkshaus“ in Anklam. Seit 1992 finden diese Veranstaltungen nun schon regelmäßig in der vorpommerschen Stadt Anklam statt, nur unterbrochen durch die lange Corona-Zwangs-pause. Etwa 20 ehrenamtliche Helfer hatten die Mehrzweckhalle und die große Bühne mit den Fahnen und Schildern aller hinterpommerschen Heimatkreise sowie leuchtenden Sonnenblumen und Lilien festlich geschmückt und sorgten für einen reibungslosen Ablauf.

BdV-Vorsitzender Manfred Schukat begrüßte hochrangige Vertreter aus Politik und Gesellschaft und besonders herzlich 40 Landsleute aus Stettin, Stargard, Stolp, Köslin und Rummelsburg im polnischen Hinterpommern, aber auch 20 Ukrainer, die derzeit als Kriegsflüchtlinge in Anklam leben.

Mit preußischen Märschen umrahmt das 1. Pommersche Blasorchester Wolgast das Treffen sehr feierlich. Ehrengast war



Gastgeschenk von Ivan Seibel (r.): Anklams BdV-Vorsitzender Manfred Schukat erhielt eine Fahne des neuen Pommerschen Kulturzentrums in Jaragua do Sul

diesmal Ivan Seibel von den Pomeranos aus Brasilien, der während eines Deutschlandbesuches eigens nach Anklam kam. Der Professor begrüßte die Landsleute in Pommersch Platt, das sich in den Siedlungsgebieten der Pomeranos bis heute erhalten hat und sogar unterrichtet wird.

Der Redner spannte einen weiten Bogen von der Einwanderung vor 150 Jah-

ren, der heutigen Situation und den Zukunftsaussichten der etwa 40.000 Pomeranos in Brasilien. Als Gastgeschenk hatte er eine Heimatfahne des Pommerschen Kulturinstituts Brasilien nach Anklam mitgebracht und überreichte sie unter Applaus an Schukat.

Karl-Heinz Kuhlmann vom Konvent evangelischer Gemeinden aus Pommern sprach die Andacht, es folgte das feierliche Totengedenken. Dazu intonierte das 1. Pommersche Blasorchester „So nimm denn meine Hände“ und „Ich bete an die Macht der Liebe“. Danach stimmten alle gemeinsam in ihre Heimathymne – das Pommernlied – ein.

Nun kamen die Ehrengäste zu Wort: Ob der Landrat von Vorpommern-Greifswald, Michael Sack, der Bundestagsabgeordnete Philipp Amthor (CDU), der langjährige Anklamer Museumsleiter Wilfried Hornburg, oder der Vizebürgermeister von Anklam, Bernd Lange – alle bekannten sie sich zu Pommern! Die Grüße der Bundessprecherin der Pommerschen Landsmannschaft, Margrit Schlegel, wurden öffentlich verlesen.

Von den deutschen Vereinen in der Heimat grüßten Detlef Rach aus Stolp, Thomas Krause aus Stettin und Peter Jeske aus Köslin-Bublitz. Für das Diamantene Hochzeitspaar Walter und Liane Kilian, die 90-jährigen Jubilare Kurt Schroeder und Wilhelm Partosch sowie für Paul Unger, der mit einer Großspende das Treffen unterstützte, brachte das 1. Pommersche Blasorchester ein Tusch-Potpourri zu Gehör. Auf das 30. Jubiläumspommerntreffen in Anklam stießen alle Besucher mit einer Saalrunde „Stargarder Mampe halb & halb“ an, die der Veranstalter zu jedem Pommerntreffen spendiert. Die „Alten Kameraden“ beendeten die würdige Feierstunde.

Ein Feuerwerk von Rhythmus und Farben begeistert die Besucher

Nach dem gemeinsamen Mittagessen eröffnete das Mecklenburg-Pommeraner Folklore-Ensemble „Richard Wossidlo“ aus Ribnitz-Damgarten das Nachmittagsprogramm. Die 40 jungen Leute führten unter der Leitung von Holger Hurlig exzellente pommersche und mecklenburgische Volkstänze in echten Trachten auf, die auch erläutert wurden. Es war ein Feuerwerk von Rhythmus und Farben. Dann folgte von den „Blauen Jungs“ des Shanty-Chores Insel Usedom e.V. ein bunter Liederstrauß von Heimat und Meer.

Die frohe Stimmung stieg so weit an, dass sich spontan eine Polonaise durch den Saal mit vielen Teilnehmern bildete. Am aktivsten beteiligten sich die Landsleute aus Hinterpommern und die ukrainischen Gäste. Erstere traten sogar auf der Bühne mit drei polnischen Volksliedern auf. So hatte auch dieses Pommerntreffen allen, die dabei waren, viel zu geben. Manfred Schukat lud die Besucher zum nächsten Pommerntreffen in einem Jahr wieder nach Anklam ein.



Brachten Stimmung in den Saal: Das Mecklenburg-Pommeraner Folkloreensemble „Richard Wossidlo“ aus Ribnitz-Damgarten

ARBEITSTAGUNG

Stolper Forscher trafen sich in Willebadessen

Heimat- und Familienforschung – Zeitzeugenberichte – Husarenmuseum

Der Arbeitskreis Heimat- und Familienforschung Stolper Lande im Stolper Heimatkreise e.V. (AKFF) hatte zum 26. Forschertreffen, dem Seminar „Familien- und Ortsforschung Stolper Lande“ am 20. bis 22. Mai nach Willebadessen in Nordrhein-Westfalen eingeladen.

Der Austausch von Informationen und Erfahrungen, die Auswertung alter pommerscher Dokumente, die Nutzung deutscher und polnischer Archive ebenso wie die von Computer und Internet standen im Mittelpunkt der Begegnung sowie die praktische Arbeit mit vorhandenen Unterlagen, Anleitung für Neueinsteiger und Interessenten. Es lagen dazu Digitalisate von Kirchenbüchern, Chroniken, Gräberlisten und anderen Primär- und Sekundärquellen, vorrangig aus den Kreisen Stolp, Bütow, Lauenburg, Rummelsburg, Schlawe und Schlochau vor.

Anfänger in der Familienforschung sollten besonders angesprochen werden und waren herzlich willkommen.

Mario Topel und Uwe Kerntopf begrüßten die Teilnehmer, und das umfangreiche Tagungsprogramm startete mit dem Thema „Der Arbeitskreis: Status, Projekte, Aktivitäten“.

Der Sonnabendvormittag begann mit einem interessanten Vortrag von Thomas Schlager über die in den 1940ern von den

Nationalsozialisten eingerichtete „Einwandererzentralstelle“.

Er zeigte auf, welche Möglichkeiten für die Forschungen die im Bundesarchiv vorhandenen Materialien bieten. Norbert Bohrmann hatte das DNA-Matching und Dateninterpretation zum Thema.

Am Samstag wurden noch zwei Programmpunkte eingeschoben: Zu Gast war das Ehepaar Nancy Myers und Georg Palmüller vom Ahnenforscher Stammtisch Unna und Annette Adams aus den USA. Palmüller präsentierte den Ahnenforscher Stammtisch, wie er sich in den letzten über 20 Jahren entwickelt hat.

Als Präsenzveranstaltungen 2020 nicht mehr möglich waren, sind sie schon früh auf Onlineveranstaltungen umgestiegen und konnten dadurch über die Grenzen von Unna hinaus neue Kontakte, auch weltweit, aufbauen. Ihnen haben wir auch zu verdanken, dass wir Ende 2020 in die „International German Genealogy Partnership (IGGP)“ aufgenommen wurden und dadurch viele internationale Kontakte in Kanada, Brasilien, Australien und den USA knüpfen konnten, den maßgeblichen Auswanderungsländern der pommerschen Vorfahren.

Anschließend berichtete Annette Adams von ihrer Tätigkeit bei der „Kirche Jesu Christi der Heiligen der letzten Tage

(Mormonen)“ und ihren Erfahrungen mit deutschen Archiven. Sonnabend gab es einen etwas außergewöhnlichen Punkt im Programm, den es zuvor in dieser Form noch nie gab: „Freie Vorträge der Erlebnisgeneration oder Wiedergabe von Erlebnisberichten.“

Helga Heilbut geb. Gildemeister (*1936) las Briefe ihrer Mutter aus den Jahren 1945/46 vor, die sie in Stolp geschrieben hatte, und kommentierte sie. Hanna Bernion geb. Tomm (*1938) erzähl-

te von ihren Erinnerungen zu Kriegsende in Saleske.

Mittlerweile eingetroffen waren die Schwestern Elisabeth Kuttner geb. Käding (*1926) und Erdmute Gerst geb. Käding (*1931), die davon erzählten, dass sie Dank der weisen Voraussicht ihres Vaters Fritz Käding, der Pastor in Wendisch Silkow war, das Kriegsende nicht in Pommern erleben mussten. Es waren bewegende Erzählungen, die unbedingt im nächsten Jahr beim Treffen fortgeführt werden sol-

len. Zeitzeugenberichte kann man nicht genug schätzen. Noch sind sie möglich.

Erwähnenswert ist der Besuch des nahen Husarenmuseum im Schloss Rheder. In Stolp war das 5. Husaren-Regiment stationiert, die sogenannten „Blücherhusaren“. In Vorgesprächen wurde festgestellt, dass man in Rheder wenig vom pommerschen 5. Husaren-Regiments wusste, noch Exponate von diesem hat. Daher wurden in der Stolper Heimattube einige Duplikate wie Notgeld und Kopien für das Husarenmuseum zusammengestellt. Ferner wurde überlegt, eine Uniformjacke der Stolper Husaren als Leihgabe dem Husarenmuseum zur Verfügung zu stellen.

Der Besuch dort war äußerst fruchtbar. Der Museumsleiter Uwe Cassel, motiviert, sattelfest und humoristisch, führte durch die Räume und die Geschichte.

An den Abenden wurde entweder weiter geforscht, oder man trat zum gemütlichen Teil über. So ging ein fruchtbares Wochenende vorüber, das gezeigt hat, dass die Geschichte Stolps und Pommerns und die Familienforschung immer wieder interessant und spannend sind.

Auf ein Wiedersehen in Willebadessen spätestens am 21. April 2023!

Stolper Heimatkreise e.V.



Mit Manuskript und Mikrophon: Eine Zeitzeugin berichtet

● www.stolper.de

„Warum riskieren wir, zur Kriegspartei zu werden?“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

”

„Die PAZ ist in Deutschland zwar (leider) allein, doch durch nichts zu ersetzen“

Joachim Hennig, Balingen



Ausgabe Nr. 24

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

DEN NERV GETROFFEN ZU: MONUMENTALE ERINNERUNGSSARBEIT (NR. 24)

Susanne Dagens Beitrag setzt sich nicht nur trefflich mit Uwe Tellkamps neuen Roman „Der Schlaf in den Uhren“ auseinander und überlässt es den Lesern des Werkes, eigene Schlüsse zu ziehen und den Roman für sich zu bewerten. Obwohl fast durchweg alle führenden Zeitungen von der „taz“ bis zur „FAZ“ das Buch ver-rissen haben, entwickelte es sich zu einem wahren Verkaufsschlager und liegt in der „Spiegel“-Bestsellerliste auf Platz 3.

Mit seinen zuwanderungskritischen Äußerungen hatte Tellkamp den Nerv vieler Menschen getroffen, aber natürlich nicht den der Regierenden. Es bleibt deshalb spannend, ob und wie eine offenere Diskussion über die vielen ungelösten Fragen unseres Landes endlich ideologie-frei in Gang gesetzt wird.

Claus Hörrmann, Neustadt in Sachsen

UNSINNIGES HANDELN ZU: DIE BÜCHSE DER PANDORA IST GEÖFFNET (NR. 24)

Jahrelang hat die Politik der Zerlegung der Bundeswehr tatenlos zugehört. Die für die Verteidigung zuständigen Minister versagten regelmäßig beziehungsweise wurden wegen erkennbar fragwürdiger Beraterverträge nach Brüssel wegge-lobt, um sie vor den Folgen einer korrekten Aufarbeitung der bekanntgewordenen Missstände zu schützen. Jetzt sollen mit 100 Milliarden Euro die Fehler der Vergangenheit ausgeglichen werden, Geld, das nicht tatsächlich vorhanden ist.

Es musste also erst einmal wieder ein Krieg auf europäischem Boden stattfinden, der an die Notwendigkeit der Verteidigungsfähigkeit erinnert. Neben der materiellen Seite hat der parlamentarische Tiefschlaf in Sachen Verteidigung allerdings noch eine menschliche Komponente. Wer glaubt, seine allgemeine Wehrpflicht aufgeben zu können, weil ihm die Feinde ausgegangen sind und seine Be-

rufssoldaten dann noch materiell im Regen stehen lassen darf, kann nicht davon ausgehen, dass diese Soldaten eine überzeugende Wehrkraft und einen abschreckenden Verteidigungswillen im Angriffsfall erkennen lassen. Unsere Soldaten müssen, neben der materiellen Ausstattung, auch deutlich erkennen können, dass sie wertgeschätzt sind, damit sie wissen, wofür sie eintreten und kämpfen.

Unser Staat zeigt mit den in dieser Regierung etablierten Politikern, sowohl in wirtschaftlicher, politischer als auch wehrtechnischer Hinsicht, seine Unfähigkeit, mit Lösungen auf bestehende Probleme zu reagieren.

Wirtschaftlich strangulieren wir uns seit Jahren durch unsinnige Boykottmaßnahmen, die uns mehr Schaden zufügen als der Gegenseite, sei es Russland oder der Iran. Produkte, die bei uns entstehen, sind auch in der übrigen Welt zu haben. Russisches Gas gegen ein gleiches wesentlich teureres US-Gas aus Frackingbeständen oder gegen Katar-Gas auszutauschen, ist bei den langgültigen wirtschaftlich günstigen Altverträgen, die mit Russland bestehen, sowie auch aus Umweltschutz- und Menschenrechtsgründen absolut dumm. Eine Abhängigkeit ergibt sich immer in jedem Fall.

Sich politisch mit EU-Zielen (die meist verdeckt eigentlich US-Ziele sind) zu verbinden, ohne die nationalen Bedürfnisse in den Vordergrund zu stellen (wie es sinnvollerweise Ungarns Regierungschef Viktor Orbán macht), ist ebenfalls von keiner besonderen Klugheit getragen. In Zeiten des Kalten Krieges hat sich im Laufe von 40 Jahren gezeigt, dass freier Welthandel zum Einsturz totalitärer Regime führen kann. Hier neuerstellte Gasleitungen auf US-Geheiß ungenutzt zu lassen und wieder auf einen kalten Kriegsmodus umzuschwenken, wird Europa und der ganzen Welt keinen Frieden bringen.

Welchen militärischen Sinn verfolgen wir mit dem Verschenken unserer modernsten Wehrtechnik an korrupte Systeme und Schwächen dadurch unsere ohnehin schwer gebeutelte eigene Bundeswehr

in ihrer Verteidigungskraft? Waffen haben in der Weitergabe an die Ukraine keinen friedensfördernden Charakter, sie werden dort zur Zerstörung und zur Tötung menschlichen Lebens eingesetzt.

Warum riskieren wir, wenn wir schon politisch so unsinnig handeln, auch noch zur Kriegspartei zu werden? Im Jahre 1945 haben wir mit Tränen in den Augen wesentlich klarer gesehen.

Rudolf Neumann, Ahrensburg

EIN DECKEL AUS DEUTSCHER ZEIT ZU: RELIKTE AUS DER VERGANGENHEIT (NR. 24)

Im Heimatteil Ihrer Zeitung brachten Sie einen interessanten Artikel über Kanaldeckel in Ostpreußen aus deutscher Zeit. Ich selbst habe das Foto eines Kanaldeckels auf einer Straßenkreuzung in Pillau aufgenommen. Hoffentlich bleiben diese Relikte aus deutscher Zeit noch lange erhalten.

Jürgen Druske, Hannover



Aus grauer Vorzeit: Kanaldeckel in Pillau

HEIMATLICH-HERZLICHE GRÜSSE ZU: „DIE GESCHICHTE KENNT KEIN ENDE“ (NR. 24)

Einfach toll das Jahrestreffen der Ostpreußen in Wolfsburg.

Wir waren mit acht Personen aus dem Odenwald beim Treffen in Wolfsburg und waren hellauf begeistert. Überall frohe Menschen, die vielen Begegnungen des Wiedersehens und die tolle Organisation,

wie bei der Essensausgabe, und die flotten Märsche der Siebenbürger Blaskapelle trugen zum Gelingen bei.

Allem voran jedoch war das Nachmittagsprogramm mit den wundervollen Chören aus Memel und Heydekrug, ihren grandiosen Stimmen, sowie den jungen Tänzerinnen und Tänzern in heimatlicher Tracht und Gänseblümchen-Kränzen geschmückt, die in anmutiger Weise schöne Volkstänze aufführten.

Gekonnt wie immer, setzte Sänger BernStein an den Schluss des Treffens ein heimatliches Gedenken in Bildern und einfühlsamen Liedern, auf dass die Heimat Ostpreußen unvergessen bleiben möge. Dies wurde bestärkt durch das Ostpreußenlied, gemeinsam gesungen von allen auf der Bühne und im Saal.

Mit Dank an alle Mitwirkenden und in der Hoffnung auf ein nächstes baldiges (nicht erst in drei Jahren!) Ostpreußen-Treffen verbleibe ich mit heimatlich-herzlichen Grüßen.

Rosemarie Sieglinde Winkler, frühere Vorsitzende der Kreisgruppe Buchen

TEURE BERUHIGUNGSSPILLE ZU: WENN PLÖTZLICH NICHTS MEHR GEHT (NR. 23)

Ich finde es einfach nur noch lächerlich, wenn sich jetzt wieder einmal die Politiker über ihr eigenes Versagen empören. Natürlich war ja überhaupt nicht vorzusehen, dass die Mineralölkonzerne diese gut gemeinte Beruhigungsspielle, auch Tankrabbat genannt, für ihre eigene Profitmaximierung nutzen. Wie bei vielen derartigen Aktionen, unter anderem bei der Mehrwertsteuersenkung.

Aber das sind ja nur unsere Steuergelder. Vielleicht sollte man diese Politiker einmal darauf aufmerksam machen, dass wir im Kapitalismus leben, wo diese Abzocke gelernte Praxis ist. Ganz nach dem Motto: Gewinne privatisieren und Verluste sozialisieren. Hier hat die Mineralöllobby mal wieder gute Arbeit geleistet. Der Sturm im Wasserglas wird sich legen.

Jürgen Frick, Dessau-Roßlau

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____

Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____

Bank: _____

Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-02-C



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro
Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

LITAUEN

Ein Tanz auf der Freiheitsallee

Neben Esch-sur-Alzette und Novi Sad ist Kaunas Europäische Kulturhauptstadt 2022 – und auf der Suche nach einer neuen Identität

VON HELGA SCHNEHAGEN

In historischen Quellen wird Kaunas bereits 1361 erwähnt. Bei der Geburtstagsfeier der Stadt, die traditionell am 20. Mai oder dem darauffolgenden Wochenende begangen wird, nimmt man aber Bezug auf das Jahr 1463. Denn damals erneuerte und erweiterte Großherzog Kasimir IV. aus dem Geschlecht der Jagiellonen die Privilegien der nur 100 Kilometer vom heutigen Königsberger Gebiet entfernt liegenden Stadt erheblich. Nach dieser Rechnung wurde Kaunas 2022 also 559 Jahre alt. Es lag nahe, dieses Datum in das Programm des Europäischen Kulturhauptstadtjahres einzubinden, das Kaunas 2022 zusammen mit Esch-sur-Alzette in Luxemburg und Novi Sad in Serbien feiert.

Zum Auftakt verband man es mit dem traditionellen „Hoffest“, bei dem Bewohner aus Stadt und Bezirk Kaunas im Rahmen des Europäischen Nachbarschaftsfestes Klappstühle und Tische in die Innenstadt bringen, um sie in eine festlich weiß gedeckte Tafel mit Blumen sowie mitgebrachten Speisen und Getränken zu verwandeln. Ort des Geschehens war Kaunas' Hauptstraße und Prachtallee Laisvės alėja, die über 1600 Meter lange und 24 bis 27 Meter breite Freiheitsallee, die längste Fußgängerzone Osteuropas, so die Einwohner. Unter die rund 600 Linden in ihrer Mitte schoben sich kleine Bühnen zwischen die Tische, auf denen musiziert, gesungen und getanzt wurde, genauso wie auf dem Pflaster davor und dahinter.

Großer Einwohnerschwund

Die eigentliche Geburtstagsfeier gipfelte in einer anspruchsvollen Show unter dem Titel „Der Zusammenfluss“ am Tag darauf in Fortführung der Kaunas-Mythos-Trilogie, welche die Achse im Kulturhauptstadtjahr bildet. Nach Rytis Zemauskas, Ideengeber und Drehbuchautor der Trilogie, zeigt sie „eine Reise, ähnlich wie die drei Phasen im Leben eines Menschen: zu verstehen, wer wir sind, akzep-



War 1982 die erste Fußgängerzone der Sowjetunion: Die Freiheitsallee mit der Kirche des Heiligen Erzengels Michael im Hintergrund

tieren, wer wir sind, und mit uns selbst leben – wie wir sind“. Nach dem Auftakt zur Eröffnung im Januar mit der „Verwirrung“ läutete der „Zusammenfluss“ im Mai das zweite Drittel ein. Mit dem „Vertrag“ soll die Trilogie vom 25. bis 27. November enden.

An Neris und Memel gelegen, sorgte der Zusammenfluss beider Flüsse an der Spitze von Kaunas' Halbinsel Santaka für Titel und Schauplatz. Die mit Wasserakrobatik angereicherte Musik-Licht- und Pyro-Schau auf der Memel folgte einem Programm tiefsinniger Reflexionen über die allgegenwärtigen Gegensätze und damit verbundenen Entscheidungen: „Mensch oder Maschine? Alt oder neu? Ich oder die anderen? Wir oder sie? Stromaufwärts oder stromabwärts? Bleiben oder gehen?“

Gegangen sind zuletzt viele. Obwohl Kaunas ist in den letzten Jahren schöner geworden ist, konnte das die Abwanderung nicht stoppen. Hatte Litauens zweitgrößte Stadt 1990 noch zirka 420.000 Einwohner, waren es 2020 nur noch etwa 290.000. Heute sind es angeblich wieder rund 315.000. Damit begegnen Selbstreflexion und Perspektivsuche in Kaunas keinem abstrakten, sondern einem höchst aktuellen Problem der Stadt.

Naheliegenderweise ist die Identitätssuche mit Litauens Geschichte verbunden. Der südlichste der drei baltischen Staaten ist heute etwa so groß wie Bayern. Das war nicht immer so. Ende des 14., Anfang des 15. Jahrhunderts erstreckte sich sein Gebiet von der Ostsee bis ans Schwarze Meer und zählte damit zu den mächtigsten Europas. Danach ver-

schwand Litauen als selbstständiger Staat von der Landkarte und wurde vergessen.

Der Zusammenschluss Litauens und Polens 1569, die Angliederung an das russische Zarenreich 1795 – durch die westlich liegende Grenze zwischen Russland und Preußen wurde Kaunas zur stark befestigten Grenzstadt – und die Besetzung durch die Sowjets 1940 hatten die Fortdauer des eigenständigen Staates ausgebremst.

Dennoch gab das litauische Volk seine Freiheitsbestrebungen nie auf. Heute sind die rund 2,85 Millionen Litauer stolz darauf, dass nach jahrhundertelanger Okkupation ihre Selbstständigkeit in den Jahren 1918 und 1990 wiederhergestellt werden konnte.

Es ist nicht das erste Mal, dass sich Kaunas neu erfindet. In der wechselvollen

Geschichte war es von 1920 bis 1940 vorübergehend Litauens Hauptstadt. Damals begann die Stadt rasch zu wachsen und wurde modernisiert. Ein neuer Architekturstil, eine Mischung aus Art Deco, Bauhaus und Industriedesign, wurde zum Ausdruck der neuen litauischen Identität.

Ausgezeichnet mit Kulturerbe-Siegel

Als überragendes Symbol der wiedergewonnenen Freiheit begann man 1933 den Bau der Basilika Christi Auferstehung. Ihr 70 Meter hoher Turm prägt bis heute das Stadtbild. Für seine reiche Architektur der Zwischenkriegs-Moderne wurde Kaunas bereits das Europäische Kulturerbe-Siegel verliehen. Jetzt hofft man, dass die „Architektur des Optimismus“ auch zu einem Platz auf der Unesco-Welterbeliste verhelfen wird.

Symbol aus früherer Blütezeit ist der „Weiße Schwan“, der schlanke Turm des Alten Rathauses (ab 1542). Nachdem mit dem Frieden von Melnosee 1422 der Deutschen Orden mit der Abtretung von Gebieten geschwächt war, wurden die Flüsse Memel und Neris zu wichtigen Handelswegen und Kaunas zu einem lebendigen Handelszentrum, das der Hanse angehörte. Wer es sich leisten konnte, wohnte am Rathausplatz. In einigen der hübschen alten Patrizierhäuser befinden sich heute Cafés und Restaurants.

Der Rathausplatz als ältester erhaltener Teil der Altstadt wurde pünktlich zum Kulturhauptstadtjahr renoviert. Auch die um 1410 begonnene gotische Kathedrale mit ihrer schönen Barock-Ausstattung präsentiert sich gerüstfrei in frischem Glanz. Nur die Neupflasterung der Vilnius-Straße, Kaunas ältester Straße, die in Verlängerung der Freiheitsallee zum Rathausplatz führt, hat man noch nicht geschafft. Damit ist der direkte Weg in die hübsche kleine Altstadt über die aufgerissene Straße derzeit leider etwas beschwerlich.

Wer noch Verbindungen zu Ostpreußen hat, für den wird sich eine Reise nach Kaunas immer lohnen. Dort fühlt man sich der alten Heimat ganz nahe.

ITALIEN

So klingt der Sommer südlich der Alpen

Von den Dolomiten bis nach Apulien und von Rossini bis Puccini – Ein Querschnitt durch die Freiluft-Festivals des Belpaese

Der sonnige Süden eignet sich immer gut für Freiluftkonzerte. Musikfreunde reisen daher jedes Jahr nach Italien, um dort Konzerten unter freiem Himmel beizuwohnen. In Rom kann man dies in den Caracalla-Thermen erleben, wo in diesem Sommer „Mass“ von Leonard Bernstein, Bizets „Carmen“, Rossinis „Barbier von Sevilla“ sowie zwei Ballettabende auf dem Programm stehen (1. Juli bis 9. August).

Nicht minder bekannt ist das Festival im römischen Amphitheater von Verona, dessen 99. Ausgabe bis zum 4. September läuft. Großereignisse sind unter anderem Carl Orffs „Carmina Burana“ (12. August) sowie eine Veranstaltung mit Startenor Plácido Domingo in der „Verdi Opera Night“ (25. August).

Toskanische Opernächte erlebt man in Torre del Lago unweit von Lucca. Im Gran Teatro Puccini wird dem italienischen Komponisten am Ufer des Massaciucoli-Sees mit dem „Puccini Festival“ jährlich Tribut gezollt. Zu den 13 Aufführungen gehören Neuinszenierungen von „Tosca“ und „La Rondine“ sowie die Wiederaufnahme der erfolgreichen Inszenie-

rungen von „Madame Butterfly“ und „Turandot“ (15. Juli bis 27. August).

Im Herzen des Val d'Orcia, UNESCO-Kulturerbe, in der Toskana lässt das internationale Festival für klassische Musik „Paesaggi Musicali Toscani“ klassische Musik an außergewöhnlichen Plätzen erklingen (18. bis 27. August). Dazu gehören die Chiesa Collegiata, die Cappella di Vitaleta, der Palazzo Piccolomini von San Quirico d'Orcia und Umgebung, die mittelalterlichen Bäder von Bagno Vignoni oder die Giardini Nilde Iotti.

In den Marken gedenkt Pesaro mit dem „Rossini Opera Festival“ Jahr für Jahr des berühmten Sohns der Stadt. Gegeben werden „Othello“, „La Gazzetta“, „Le comte Ory“ und „Il viaggio a Reims“ (9. bis 21. August). Opernmusik im Rahmen historischer Residenzen wie dem Castello di Miramare und dem Castello di Spessa oder zauberhafter Villen bietet das „Piccolo-Festival“ in Friaul-Julisch Venetien noch bis zum 17. Juli.

Spoletto in Umbrien feiert seit 1958 das „Festival dei 2 Mondi“ mit Tanz, Musik, Theater und visuellen Künsten bis zum

10. Juli. Bei der diesjährigen Ausgabe mit Fokus auf weibliche Kunstschaffende sind Barbara Hannigan, Anne Teresa de Keersmaecker, Trisha Brown, das Orchestra dell'Accademia Nazionale di Santa Cecilia sowie das Budapest Festival Orchestra vertreten.

Im apulischen Martina Franca geht das „Festival della Valle d'Itria“ über die Bühne (19. Juli bis 6. August). Dieses Jahr stehen unter anderem die Oper „Der Spieler“ von Prokofjew, „Beatrice di Tenda“ von Vincenzo Bellini sowie die Weltpremiere der „Opera italiana“ von Nicola Campogrande auf dem Programm.

Jazz und Klassik am Lago Maggiore

Im Mittelpunkt der „Notte della Taranta“, einem Wanderfestival im apulischen Salento, stehen die Pizzica, ein schneller und rhythmischer Volkstanz der Tarantella-Tanztradition, sowie die charakteristische Musik des Salento. Letzte Etappe des Festivals ist das jährlich tausende Besucher anziehende Abschlusskonzert im Städtchen Melpignano mit einheimischen und internationalen Musikgrößen (27. August).

Das „Ravenna-Festival“ in der Emilia-Romagna widmet seine 33. Ausgabe mit dem Titel „Tra la carne e il cielo – Zwischen Fleisch und Himmel – bis 21. Juli dem Regisseur Pier Paolo Pasolini, dessen Geburtstag sich dieses Jahr zum 100. Mal jährt. Die Polarität zwischen Menschlichem und Göttlichem durchzieht das interdisziplinäre Mammut-Festival mit insgesamt 120 Aufführungen und über 1000 Künstlern. Mit der Herbst-Trilogie findet das Festival seinen Abschluss (31. Oktober bis 6. November).

Bei Italiens größtem Straßenmusik-Festival „Ferrara-Buskers“ verwandeln alljährlich hunderte Straßenmusiker aus aller Welt in der Emilia-Romagna Ferraras malerische Plätze in eine riesige Bühne, die sowohl klassischer Musik als auch anderen Stilrichtungen Raum bietet (23. bis 28. August).

Mit dem „südtirol festival merano“ erleben die Musikveranstaltungen in Südtirol alljährlich ihren Höhepunkt (17. August bis 21. September). 1986 aus Anlass des 150. Jubiläums der Kurstadt gegründet, zählt es mittlerweile zu den bedeu-

testen Festivals klassischer Musik in Europa mit Auftritten hochkarätiger Orchester und namhafter Solisten. Bühne ist Merans malerische Kurstadt mit den Ausblicken auf die umliegende Berg- und Naturlandschaft.

Die faszinierende Bergwelt des Trentino bietet die Kulisse für das legendäre Musikfestival „I Suoni delle Dolomiti – Die Klänge der Dolomiten“ (22. August bis 23. September). Auf der Bühne unter freiem Himmel stehen 16 Konzerte von Klassik bis Moderne auf dem Programm, dazu ein Konzert zum Sonnenaufgang sowie zwei musikalische Wanderungen.

Im Piemont teilt sich das „Stresa Festival“ am Lago Maggiore in diesem Jahr in zwei Teile: Jazzmusik (16. bis 29. Juli) und klassische Musik, die mit der Matthäuspassion von Bach eröffnet wird (20. August bis 9. September). Ein Großteil der Konzerte der 61. Ausgabe wird im Freien stattfinden, wobei die neue akustische Bühne „Catapulta“ Musikgenuss ohne Hilfe von Verstärkern verspricht. Bei Italienurlauben kann man auf Kultur einfach nicht verzichten. H. Sch.

● FÜR SIE GELESEN

Kulturelle
Rückschau

Den Einband des Buchs „Wüste Berlin“ zierte die junge Hildegard Knef mit Kamera vorm Brandenburger Tor. Kai-Uwe Merz betrachtet die Kulturgeschichte der Nachkriegszeit ab dem Ende des Krieges in der Reichshauptstadt am 2. Mai 1945 und setzt das Jahr 1953 als Schlusspunkt. In dem Jahr starb Ernst Reuter, Berlins Regierender Bürgermeister, der die Nachkriegszeit repräsentierte wie keine andere politische Figur.

Berlin war im Mai 1945 eine Wüste. Man erfährt, wie sich Berlin kulturell neu erfand. Im Buch begegnet man Schriftstellern wie Bertolt Brecht, Gottfried Benn, der Gruppe Ulbricht, Dirigenten, Architekten und vielen weiteren Kulturschaffenden.

Eindrückliche Fotos veranschaulichen das Gelesene. Herzergreifend mutet das alte Mütterchen an, in einer Wüste vorm Reichstag stehend, um diesen trostlosen Acker mit einer Hacke zu bearbeiten. Ebenso berührend ist ein Foto im Abschnitt Kriegsliteratur. Zu sehen ist die Gestalt eines durch einen Rotarmisten gefangen genommenen Wehrmachtssoldaten. Das dreckverschmierte Gesicht dieses noch so jungen Menschen prägt sich ein.

Das Buch bietet eine kulturelle Rückschau auf die Jahre des Aufbruchs, die unerwartete Einblicke liefert. S. F.



Kai-Uwe Merz: „Wüste Berlin. Eine Kulturgeschichte der Nachkriegszeit“, Elsengold Verlag, Berlin 2022, gebunden, 240 Seiten, 25 Euro

Amerikanische
Hungerlager

Es gab keinerlei Unterkünfte, keine Küchen, Latrinen oder Krankenreviere. In den ersten Monaten nach Kriegsende gruben sich die Gefangenen in den zahlreichen amerikanischen Lagern entlang des Rheins mit leeren Konservendosen Erdlöcher zum Schutz vor Wind und Kälte. Als besonders quälend schildern die Zeitzeugen den allgegenwärtigen Hunger.

In seinem in dritter, erweiterter Auflage erschienenen Buch „Rheinwiesen-Lager 1945–1948“ dokumentiert Horst W. Gömpel die schlechte Behandlung deutscher Kriegsgefangener durch die US-Armee anhand von etwa 4000 amtlich beglaubigten Zeitzeugenaussagen. Die Art der Behandlung war ein klarer Verstoß gegen die Genfer Konvention. Forscher gehen von Hunderttausenden Todesopfern in den Lagern der Alliierten im Westen aus.

Gömpels Buch stellt eine akribisch recherchierte Dokumentation mit zahlreichen Bildern dar. Ihm gehe es nicht um eine moralische Aufrechnung oder Relativierung von Kriegsverbrechen, sondern darum zu zeigen, dass Deutsche nicht nur Täter, sondern auch Opfer waren. MRK



Horst W. Gömpel: „Rheinwiesen-Lager 1945–1948. Ein Trauerspiel in Deutschland“, horstgoempel@gmx.de, Schwalmstadt 2021, broschüriert, 261 Seiten, 22,50 Euro

REISEN



Unterwegs in Deutschland

Das eigene Land neu entdecken, entspannen an Flüssen und Seen – Wie solche „Eskapaden“ gelingen, zeigt der neue DuMont-Reiseführer

52 Ziele mit unzähligen Auszeitcken in der ganzen Bundesrepublik schlägt der DuMont Reiseverlag in seiner brandneuen Reihe „Eskapaden“ vor. Ob im Norden oder Süden unseres Landes – überall gibt es etwas Inte-

ressantes zu entdecken. Und das geht auch mit kleinem Geldbeutel. Mitbringen sollte man lediglich festes Schuhwerk. Die meisten Ziele sind leicht mit Bus und Bahn zu erreichen. MRK

Eskapaden: „Mniurlaube in Deutschland. Ab nach draußen!“, DuMont Reiseverlag, Ostfildern 2022, kartoniert, 240 Seiten, 20 Euro

IMMIGRATION

Einer, der gut
angekommen ist

In seiner Autobiographie erzählt der Herzchirurg Umes Arunagirinathan von seiner Einwanderung nach Deutschland und seinem erfolgreichen Werdegang

VON ANGELA SELKE

Der junge Tamile Umes Arunagirinathan wird im Alter von 13 Jahren von seinen Eltern von Sri Lanka aus auf die Reise zu seinem Onkel nach Hamburg geschickt. Als ältester Sohn hat er die besten Aussichten, für die finanzielle Zukunft der Familie zu sorgen. Er wird von Schleppern über Afrika nach Europa und schlussendlich nach Deutschland gebracht. Das dauert acht Monate und kostet seine Familie 15.000 D-Mark. Umes kommt entwurzelt bei seinem Onkel in Hamburg an.

Die Verwandten geben ihm eine Nische in der Wohnung. Der Junge, für den es schwer ist, die Sprache zu lernen, kämpft sich durch. Er weiß, dass seine Familie auf Geld von ihm wartet. In Sri Lanka herrschen ein Bürgerkrieg und große Armut. Sobald er die Möglichkeit hat, nimmt der Junge Jobs an und schickt Geld nach Hause. Arunagirinathan bekommt immer wieder Probleme mit den deutschen Behörden, die seine Abschiebung prüfen. Mit viel Mühe und großer Hilfe seiner Lehrer schafft er das Abitur und jobbt in einem Krankenhaus in der Kardiologie. Das weckt in ihm den Wunsch, Kardiologe zu werden.

Durch Ratschläge und gute Freunde, die ihn unterstützen, schafft der Tamile es, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erwerben und beginnt ein Studium. Nach dem Studium wird er Facharzt für Herzchirurgie. Da er sich in Hamburg

nicht ausreichend gefördert fühlt, schließt er seine Ausbildung in Bayern ab. Heute ist er Herzchirurg in Bremen und dankbar, in seiner neuen Heimat auch mental angekommen zu sein.

Der Immigrant gibt allen Zugereisten den Tipp, die deutsche Sprache zu lernen und sich nicht in den jeweiligen Heimatgruppen in Deutschland aufzuhalten. Man müsse sich der Kultur des Gastlandes öffnen, wenn man etwas erreichen und sich zu Hause fühlen wolle. Darüber hinaus müsse man bereit sein, auch die aus dem Heimatland stammenden kulturellen Auflagen weitestgehend aufzugeben, wenn man Deutscher werden wolle.

Arunagirinathan berichtet auch von Vorurteilen, die jeder habe, auch die Immigrantanten.

Es ist eine aufwühlende Autobiographie, die wichtige Denkanstöße gibt und um Verständnis für die Zugewanderten bittet. Er sei ein junger Mangobaum gewesen, den man aus dem Boden gezogen habe und der nun neue Wurzeln in Deutschland zwischen all den Eichen geschlagen habe. Er fühle sich wohl in Deutschland.



Umes Arunagirinathan: „Grundfarbe Deutsch“, Rowohlt Verlag, Hamburg 2022, Taschenbuch, 234 Seiten, 17,50 Euro

ZEITGESCHICHTE

Erforschung
sowjetischer Lager

Erst nach dem Fall der Mauer konnte die Aufarbeitung der Haftbedingungen in der ehemaligen DDR erfolgen – 17 Autoren berichten

VON DIRK KLOSE

Zu den düstersten Kapiteln der Nachkriegszeit zählen die „Speziallager“ in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ). In ihnen wurden Zigttausende Inhaftierte oft jahrelang unter extrem harten Bedingungen festgehalten. Die berüchtigsten Lager waren Buchenwald, Sachsenhausen und Bautzen.

In der DDR war das Thema tabu, aber seit der friedlichen Revolution sind die Lager intensiv erforscht worden. Das Buch „Zwischen Entnazifizierung und Besatzungspolitik“, herausgegeben von zwei in Gedenkstätten tätigen Historikern, gibt einen guten Überblick über den gegenwärtigen Stand der Forschung. Er vereint 19 Beiträge von 17 Autoren (darunter drei Russen) und eine Diskussion zu offenen Fragestellungen.

Die von den Sowjets nach der Kapitulation der Wehrmacht eingerichteten Lager verbreiteten Angst und Schrecken. Offiziell wurden Personen, die als Kriegsverbrecher galten oder dem NS-Regime angehörten, gefangengesetzt, aber bald erfolgten willkürliche Verhaftungen. Die katastrophalen Lagerbedingungen haben dazu geführt, dass von den über 120.000 Inhaftierten fast ein Drittel an Hunger, Epidemien und Entkräftung gestorben ist.

In den Beiträgen werden die einzelnen Lager ausführlich vorgestellt, dazu die rigorose „tschekistische“ Politik der Sowjets unter dem berühmten Leiter Iwan Serow. Verschwiegen wird nicht, dass es auch in

den drei Westzonen etwa 40 Lager mit fast 400.000 Inhaftierten gab, die aber schon bald entlassen wurden oder mildere Haftbedingungen erfuhren.

Die Traumatisierung der Betroffenen dauerte oft ein Leben lang. Am schlimmsten, so sagen es alle, waren Krankheiten und quälender Hunger. Die ohnehin kleinen Essensrationen waren 1947 nochmals herabgesetzt worden. Die Herausgeberin Julia Landau verweist allerdings darauf, dass 1946 und 1947 ganz Europa hungerte. Nach russischen Angaben sind allein in der Sowjetunion in dieser Zeit zwei Millionen Menschen den Hungertod gestorben.

Warum heute noch solche Forschung, mag man fragen. An den Speziallagern zeigt sich einmal mehr, dass es Ereignisse in der Geschichte gibt, die einfach nicht loslassen. Nicht nur Wissenschaft und Politik, auch viele Betroffene und Hinterbliebene wünschen Auskunft und Klarheit, um das Ungeheuerliche solch brutaler und willkürlicher Maßnahmen begreifen zu können. Der wohltuend nüchtern gehaltene Band (leider ohne ein notwendiges Literaturverzeichnis) kann hier in seiner Breite der Darstellung ein wenig helfen.



Julia Landau, Enrico Heitzer (Hg.): „Zwischen Entnazifizierung und Besatzungspolitik. Die sowjetischen Speziallager 1945–1950 im Kontext“, Wallstein Verlag, Göttingen 2021, gebunden, 335 Seiten, 28 Euro

GESCHICHTE

Hirte in schicksalhafter Zeit

Vor 75 Jahren verstarb Maximilian Kaller, der letzte deutsche Bischof des Ermlands und erste Bischof der deutschen Vertriebenen

VON BODO BOST

Am 7. Juli 1947, inmitten jener heute weitgehend unbekanntem Jahre zwischen dem Untergang des Deutschen Reiches und der Entstehung der Bundesrepublik, verstarb in Frankfurt am Main Bischof Maximilian Kaller. Als letzter deutscher Bischof des Ermlands und erster Oberhirte der Ostvertriebenen im Westen Deutschlands gehört der Würdenträger zu den schicksalhaften Figuren beim Verlust des deutschen Ostens.

Frühe Jahre

Maximilian Kaller wurde am 10. Oktober 1880 in eine kinderreiche, wohlhabende Kaufmannsfamilie im ethnisch und konfessionell gemischten Beuthen/Oberschlesien geboren. Am 20. Juni 1903 wurde er in Breslau von Kardinal Kopp zum Priester geweiht. Der schlesische Katholizismus war damals geprägt durch wegweisende Aufbrüche hin zu einem Sozialkatholizismus. Nach einer Kaplanszeit im oberschlesischen Groß Strehlitz wurde er Pfarr-Administrator der Missionsstation Bergen auf Rügen. Die pommersche Insel in einer extremen Diasporasituation hatte keinerlei katholische Infrastruktur. Dies zwang Kaller zu Improvisationen und Innovationen. Er machte viele Wege, verstärkte die sozial-karitativen Angebote und baute neue Kirchen in Sellin und Garz. Zudem führte er einen regelmäßigen katholischen Religionsunterricht an acht Orten ein und erreichte 1908 die Umwandlung der „Missionsstation“ Bergen in eine katholische Pfarrei.

Sein praktisches Organisationstalent nutzte ihm auch als Pfarrer der Berliner Pfarrei St. Michael in Mitte/Kreuzberg von 1917 bis 1926. In dieser drittältesten katholischen Pfarrei Berlins erlebte Kaller den Untergang des Kaiserreichs und die Wirren der beginnenden Weimarer Republik. Berlin-Kreuzberg war schon damals ein sozialer und politischer Brennpunkt mit einem hohen Anteil an Arbeits- und Obdachlosen sowie politischer Gewalt. Kaller bewies nun, dass er auch in der Großstadtseelsorge erfolgreich war, und zwar glei-



Engagierter Hirte: Bischof Kaller während der Tagung der Deutschen Bischofskonferenz

Foto: ullstein

chermaßen durch pastorales, soziales Engagement wie auch durch die Einbindung von Laien. Vielleicht half ihm dabei die Tatsache, dass auch die katholische Minderheit Berlins (zirka elf Prozent) wie er zumeist aus Schlesien stammte.

Ein Randgebiet wird zum Kernland

1926 ernannte ihn der Heilige Stuhl, vermutlich auf Empfehlung von Nuntius Pacelli, zum Apostolischen Administrator von Tütz, später Schneidemühl, also jener Dekanate der Grenzmark Posen-Westpreußen, die nach 1918 von den nach Polen eingegliederten Bistümern Gnesen-Posen und Kulm beim Deutschen Reich verblieben waren. Auch hier hatte er es mit einer religiösen und nationalen Diasporasituation zu tun, die er pastoral-sozial mit beachtlichem Erfolg meisterte.

Als Kaller 1930 zum Bischof des Ermlands gewählt wurde, also für das gesamte ostpreußische Gebiet mit dem katholischen Kerngebiet des alten Hochstifts, schien er bestens vorbereitet mit seinen

Erfahrungen in der Diasporaseelsorge und im Umgang mit einer polnischen Minderheit. Dennoch stieß er zunächst vielfach auf Ablehnung bei Volk und Klerus. Doch davon ließ Kaller sich nicht abhalten, vielmehr stärkte er die katholischen volkswirtschaftlichen Strukturen im Ermland, vor allem die ermländischen Wallfahrtsorte, und ließ sie auf das gesamte Diasporagebiet Ostpreußens und Memels ausstrahlen. 1932 begründete er das „Ermländische Kirchenblatt“, weihte das neue Priesterseminar in Braunsberg ein und führte auf einer Diözesansynode die „Katholische Aktion“ ein.

Den Nationalsozialisten stand Kaller zunächst wohlwollend gegenüber, weil auch sie vorgaben, ein Erneuerungswerk zu betreiben. An der Staatlichen Akademie in Braunsberg, der theologischen Hochschule, dozierte damals der Luxemburger Kirchenhistoriker Josef Lortz, der eine Symbiose zwischen katholischer Kirche und Nationalsozialismus versuchte. Kaller entwickelte das pastorale Konzept

einer „wandernden Kirche“, das später Modell der Vertriebenenpastoral werden sollte. Ab 1934 wandte er sich bei Wallfahrten immer häufiger gegen kirchenfeindliche Tendenzen im NS-Staat, und gegen eine religiöse Aufladung ideologischer Begriffe wie „Rasse“. In einem Schreiben an Nuntius Orsenigo in Berlin vom 27. Februar 1942 erklärte er sich sogar bereit, die Seelsorge im Konzentrationslager Theresienstadt zu übernehmen, was der Nuntius jedoch ablehnte.

Täuschung durch einen Kardinal

Im Februar 1945 wurde der Bischof von der SS aus seiner Diözese ausgewiesen, um der Bevölkerung keinen Grund zum Bleiben zu geben. Über Danzig ging er nach Halle, dann nach Erfurt.

Im August 1945 kehrte Kaller in seine Diözese zurück. Der polnische Primas, Kardinal Hlond, erklärte ihm jedoch in Pelplin, dass ihm der Papst die Jurisdiktion über sein Bistum entzogen habe, was nicht korrekt war. Mit Tränen in den Au-

gen verließ er in einem Lastwagen seine Diözese.

In seinen letzten Jahren in Halle, Königsstein und Frankfurt verstand sich Kaller als Anwalt der Vertriebenen. Dazu konnte er pastorale Konzepte aus allen seinen vorherigen Wirkungsorten, seine Erfahrungen mit sozialen, konfessionellen und ethnischen Randgruppen mit einbringen.

Seelsorger der Vertriebenen

Am 29. Juni 1946 berief ihn Papst Pius XII. zum Päpstlichen Sonderbeauftragten für die heimatvertriebenen Deutschen. Als „Vertriebenenbischof“ wollte er den Heimatlosen in der Kirche einen Teil ihrer Heimat erhalten, doch er wusste, dass das nicht ohne feste Ankerpunkte ging. So gründete Kaller unermüdet eigene Wallfahrten, Zeitschriften, Begegnungshäuser, Schulen und Kirchen für Vertriebene sowie das „Vaterhaus der Vertriebenen“ in Königsstein, wo er noch die Basis für eine Vertriebenenhochschule legte. Besonders am Herzen lagen ihm die rund 1800 vertriebenen katholischen Priester, für deren Einsatz in den vier Besatzungszonen er zuständig war.

Kaller wollte nicht nur materielle Hilfe organisieren, sondern helfen, das Vertriebenen-schicksal nach dem Geist der Bergpredigt zu tragen. Denn er ahnte früh, dass eine Rückkehr in die angestammte Heimat auf Dauer nicht möglich sein würde. So wurde Maximilian Kaller nach 1945 zur großen Identifikationsfigur der katholischen Heimatvertriebenen. Allerdings führte sein aufreibender persönlicher Einsatz auch zu seinem plötzlichen Tod durch Herzinfarkt am 7. Juli 1947 in Frankfurt.

Sein Sekretär Gerhard Fittkau (1912–2004) steuerte die Kaller-Verehrung nach dessen Tod weiter. Das heute polnische Bistum Ermland ehrt Kaller unter anderem mit einer zweisprachigen Gedenkplakette sowie einer Büste sowohl in der Kathedrale in Frauenburg als auch in der Basilika St. Jakob in Allenstein. In Königsstein/Taunus erinnert gar ein großes Denkmal an den Bischof. Dort wird auch der 75. Todestag Kallers mit eigenen Gedenkfeiern bedacht, die unter anderem von dem von Bischof Kaller gegründeten Bischof-Neumann-Gymnasium in Königsstein gestaltet werden.

LANDESKUNDE

Die letzten Häuser der Moorkolonie Bismarck

Kartoffelland auf schwankendem Boden – Im Kreis Heidekrug entstand im Jahr 1835 das Dorf im Sumpfgelände

Im Gebiet des Memeldeltas gab es einst vier große Moorkolonien, Augstumalmoor, Medszokelmoor, Berstusmoor und das Rupkalwer Moor, das seit 1874 Moorkolonie Bismarck genannt wird, zwischen Heydekrug und Ruß liegt und bereits ab dem Jahr 1835 besiedelt wurde.

Zuhause für Knechte und Instleute

Nachdem die neue Chaussee Heydekrug-Ruß gebaut worden war (am 1. Januar 1872 fertiggestellt), wurden die Einzelhöfe durch Waldwege mit dieser Chaussee verbunden. Die so entstandenen Straßen erhielten Namen wie beispielsweise Bismarckstraße, Wiesenstraße und Krummhaarstraße. An diesen Wegen bekamen weitere Neusiedler Grundstücke zugeteilt und somit haben sich mitten im Moor die Landlosen, die Instleute und Losmänner, die Knechte aus kinderreichen Bauernfamilien eine Heimat geschaffen, eine Heimat auf schwankendem Moorboden zwar, aber doch eine Heimat mit einem kleinen

Häuschen, mit Stall und einem Getreideschlag und viel Kartoffelland. So entstand der Kern des Dorfes Bismarck.

Bereits im Jahr 1878 wurde hier die erste Schule eröffnet und im Jahr 1886 bekam der Ort bereits die zweite Schule. Im Frühjahr 1906 verursachte eine Überschwemmung in 41 Ortschaften des Kreises hohen Schaden. Besonders in Mitleidenschaft gezogen wurde die Moorkolonie Bismarck, die bis dahin jedes Hochwasser recht gut überstanden hatte. Ein schweres Hochwasser trat im Februar 1914 auf, als Königsberger Pioniere eingesetzt werden mussten, um Menschen und Vieh aus der Moorkolonie Bismarck zu retten.

Hochwasser-Überschwemmungen gab es in den folgenden Jahren immer wieder im Frühjahr, doch blieb man in den vergangenen drei Jahren davon verschont. Mitte Januar dieses Jahres jedoch standen die noch vorhandenen 15 Häuser/Gebäude für gut eine Woche unter Wasser. Heute leben noch zehn Familien in Bismarck, da-



Wallenschuss-Haus in Bismarck: Nach erneutem Hochwasser in diesem Jahr sind die noch verbliebenen Gebäude vom Verfall bedroht

Foto: U.J.

runter seit 21 Jahren Helmut Petrick mit seiner Frau Regina. Walter Wallenschuss war der letzte gebürtige Bismarcker. Am 31. August 1931 wurde er in Bismarck ge-

10

Familien leben heute noch in 15 Häusern der Moorkolonien

boren und lebte dort ununterbrochen bis zu seinem Tod im April 2018. Am 27. April 2018 wurde er auf dem Friedhof in Heydekrug beigesetzt. Heute, vier Jahre nach seinem Tod, sind die schon zu seinen Lebzeiten maroden Gebäude in einem noch schlimmeren und traurigeren Zustand. Das Grundstück soll mittlerweile an Litauer verkauft worden sein.

U.J.

● AUFGESCHNAPPT

Eine in ihrem Selbstverständnis nichtbinäre Person, die den Namen René_Rain Hornstein führt (der Unterstrich steht für Diversität), fühlte sich von den Buchungssystemen der Deutschen Bahn diskriminiert. Hornstein wurde in Anschreiben als „Herr“ angesprochen. Bei der Anrede war auch nur eine zwingende Auswahl zwischen „Herr“ und „Frau“ möglich. Person Hornstein verklagte den Vertrieb des Konzerns – erfolgreich. Das Oberlandesgericht Frankfurt am Main entschied, dass die Anreden durch die Bahn für alle ab sofort zu entfallen haben. Dies sei „technisch realisierbar“ und „zumutbar“. Die Systeme müssen nun umgebaut werden. Wie die Bahn ab dem kommenden Jahr Kunden anredet, die weder „Herr“ noch „Frau“ sein wollen, ist bislang unklar. Für jeden Verstoß drohen künftig Strafen von 250.000 Euro. Person Hornstein bekommt derweil 1000 Euro Entschädigung, da die „Zuschreibung von Männlichkeit“ psychisch belastend sei, entsprechend sei ein immaterieller Schaden entstanden, so die Richter. (Siehe auch Seite 8.) E.L.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Dass die Straßenblockierer der Gruppe „Letzte Generation“, sogenannte Klimaaktivisten, offenbar fest darauf bauen, dass die blockierten Autofahrer sie nicht gewaltsam von der Straße fegen, findet Hugo Müller-Vogg besonders abstoßend. Im „Focus“ (21. Juni) schreibt er:

„Was für eine Doppelmoral: Ich zwingen dir auf gesetzwidrige Weise meinen Willen auf, aber du hast natürlich auf gesetzwidrige Gegenwehr zu verzichten. Wenn diese ‚Aktivisten‘ schließlich von der Polizei weggeschleift werden müssen, weil sie partout nicht gehen wollen, schreien sie, als würden sie schwer gefoltert. Was für eine erbärmliche Show.“

NDR-Journalist Thomas Berbner rechnet in den „Tagesthemen“ (20. Juni) mit dem deutschen Atomausstieg nach Fukushima ab:

„Heute, zehn Jahre später, können wir nüchtern bilanzieren: Hätten wir nicht so fleißig Atomkraftwerke abgeschaltet, wären wir heute viel unabhängiger von russischem Gas. Kein großes Industrieland ist uns auf dem Irrweg des überstürzten Ausstiegs aus der Atomkraft gefolgt. Die Gretchenfrage der Erneuerbaren Energien ist auch nicht technologisch gelöst: Woher kommt der Strom, wenn der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint?“

Rafael Korenzech, Chefredakteur der „Jüdischen Rundschau“, reagiert auf seinem Blog „arkorenz.com“ (21. Juni) mit Wut und Verzweiflung auf den „documenta“-Skandal (siehe Seite 9), den wachsenden islamischen Antisemitismus in Deutschland und die (Nicht-)Reaktionen der vorherrschenden linksgrünen Politik:

„Allen unserer bisherigen Wertewelt verpflichteten Menschen, besonders den hiesigen Juden, bleibt nur noch die bereits in Gang gekommene Abwanderung angesichts der mit Zunahme des islamischen Bevölkerungsanteils wachsenden No-Go-Areas für Juden in unserem Lande und der auf der Documenta nur symptomatisch – sozusagen als Spitze des Eisbergs – wiederholt geouteten Verachtung der jüdischen Menschen und ihrer Werte durch das links-grünen Regierungssystem.“

Trigema-Chef Wolfgang Grupp erklärte der „Wirtschaftswoche“ (27. Juni), warum er gegen die Russland-Sanktionen ist:

„Wenn ich mit Kunden oder Lieferanten über Jahrzehnte ein gutes Verhältnis habe, dann löse ich dies nicht einfach auf, nur weil die Politik meint, diese bestrafen zu müssen. Das wäre kaufmännisch auch nicht korrekt.“

● WORT DER WOCHE

„Ich habe selbst drei Enkelkinder – wenn ich mit denen da hereingehen würde, würde ich schlicht unverantwortlich handeln.“

Peter Harzheim, Präsident des Bundesverbandes Deutscher Schwimmmeister, gegenüber der „Bild“-Zeitung (22. Juni) zu den jüngsten Krawallen durch Immigranten in deutschen Freibädern

DER WOCHENRÜCKBLICK

„Ja, hinterher ...“

Warum Politiker straflos jeden Quatsch anstellen dürfen, und wieso „Verzicht“ nicht für alle gilt

VON HANS HECKEL

Endlich mal eine Antwort. Die Antwort auf die Frage nämlich, die wir uns schon seit Jahren stellen, wenn wir unseren Politikern beim Fuhrwerken zugucken: „Merken die nicht, was für einen Mist sie bauen? Dass das nie und nimmer funktioniert, was die da vorhaben?“

Kevin Kühnert hat für uns bei „Anne Will“ das Geheimnis gelüftet, wie Politiker ticken. Ihm wurde vorgeworfen, dass die Ampel nicht gleich nach Kriegsausbruch die Möglichkeit in Betracht zog, dass Putin am Gashebel dreht. Man hätte sofort Gas sparen sollen, statt es weiterhin fröhlich zu verstromen – um stattdessen umgehend Kohlekraftwerke hochzufahren für die Stromproduktion.

Das mochte der SPD-Generalsekretär nicht hören und konterte mit dem denkwürdigen Satz: „Hinterher ist man immer schlauer!“ Da haben wir’s: So läuft das also (schief). Da können wir uns schon ausmalen, wie es weitergeht. Wenn im kommenden Januar endgültig der Strom ausfällt, weil die letzten drei Atomkraftwerke blödsinnigerweise vom Netz genommen worden sind, wird Kühnert bei „Will“ flink die richtigen Worte finden: „Uns fehlt Strom, ja, das sehen wir jetzt auch. Aber hinterher ist man ja immer schlauer!“

Hinter dieser Ausrede steckt ein System, das seit Jahren funktioniert: Seit den Jugoslawienkriegen warnen Militärexperten davor, die Bundeswehr immer weiter herunterzuwirtschaften. Die Lage auf dem Balkan zeige doch, dass ein Krieg auch mitten in Europa möglich ist. Umsonst. Es wurde weiter demontiert. Jetzt machen alle lange Gesichter angesichts unserer Wehrlosigkeit. Ein Fehler, für den jemand die Verantwortung übernehmen müsste? Iwo, denn „hinterher ...“

Nach dem Schema geht es quer durch alle möglichen Politikfelder: Dass der Euro nicht funktionieren wird, haben (echte!) Experten seit Beginn der 90er Jahre plausibel belegt. Die Politik wollte es nicht wahrhaben. In ein paar Jahren, wenn das Scheitern jeder sehen kann, wird es heißen: „Ja, hinterher ...!“

Dass die Impfpflicht für Pflegepersonal den Pflegenotstand nur verschärfen kann, weil dadurch die Personalstäbe noch weiter schrumpfen, war eine vollkommen und unwiderlegbare Vorhersage. Dennoch hat man sie ignoriert. Dass man Bahnfahren nicht eben dadurch attraktiver macht, indem man das Bahnsystem bis auf die Knochen abnagt

– man muss wohl Politiker sein, um diesen simplen Zusammenhang drei Jahrzehnte lang angestrengt zu übersehen. Nun haben sich die Verantwortlichen noch etwas ausgedacht, das unseren angeschlagenen Schienenverkehr noch einmal so richtig ins Chaos treibt: die Neun-Euro-Karte. Wer konnte vorhersehen, dass sowieso schon überlastete Züge mit dem Neun-Euro-Ding noch vollgestopfter fahren und sogar ganze Züge mit Polizeiunterstützung wegen Überbelegung geräumt werden müssen? Sie etwa? Ja, „hinterher“!

Das Konzept strahlt bis in die kleinsten Winkel unseres Landes aus. Da werden in Einkaufsgegenden planmäßig Parkplätze gestrichen, um die Einkaufsstraßen zu „Flaniermeilen“ zu veredeln. „Flanieren“ tun die Leute auch, nur kaufen sie kaum noch. Schon gar nichts, was viel wiegt, schließlich müssen sie das Zeug ja abtransportieren, was per Fahrrad nicht immer möglich ist. Politiker geben sich von dieser einfachen Wirkungskette dennoch überrascht.

Wunsch und Wirklichkeit sind eins

Wie kommt das alles? Augenscheinlich gibt es so eine Art Pflicht für anständige Politiker, bestimmte Dinge einfach nicht sehen zu dürfen. Vermutlich ist das irgendwie moralisch begründet. Oder ideologisch, aber das ist im herrschenden Zeitgeist sowieso das Gleiche. In diesem Zeitgeist sind Wunsch und Wirklichkeit auf das Vollkommenste miteinander verschmolzen. Beides voneinander zu trennen, ist ein Sakrileg, das aufs Heftigste geahndet wird.

So stand jeder, der sich eine starke Bundeswehr wünscht, seit Jahrzehnten unter dem Verdacht, in Wahrheit kriegsgeil zu sein. Die Logik lautet, wer einen Krieg für möglich hält, der will ihn insgeheim. Wer erkannt hat, dass Wind und Sonne keinen Strom liefern, wenn kein Wind da ist und die Sonne auch nichts hergibt, der weist nicht etwa auf eine einfache Wahrheit hin, sondern ist ein übler „Klimaleugner“.

Für den cleveren Politiker ist es ganz klar, wie er in so einem (politischen) Klima überlebt: Er kann nicht nur Quatsch reden, ohne dafür später belangt zu werden. Er muss sogar Unsinn absondern, sofern er sich gut anhört. Denn später wird er niemals danach bewertet, was er angerichtet hat, sondern nur danach, was er sich gewünscht hat.

Aus diesem Grunde kümmert es einen Habeck auch nicht, dass Deutschland ener-

giepolitisch gegen die Wand fährt. Sobald es gescheppert hat und Millionen von Existenzen vernichtet sind, wird der grüne Minister nur davon schwärmen, was für fabelhafte Absichten ihn dazu bewegt haben, eine führende Wirtschaftsmacht in den Abgrund zu jagen und ihren Wohlstand zu zerstören. Bei „Anne Will“ und ähnlichen Formaten werden die Moderatoren ihm dafür andächtig ihren Respekt zollen, statt den ideologischen Hasardeur angemessen übers Knie zu legen.

Aber bis zu diesem speziellen „Hinterher“ ist es ja noch ein Weilchen, weshalb Habeck ordentlich Gas gibt. In den „Erneuerbaren“ liege die Zukunft der deutschen Energieversorgung, lautet unverdrossen sein Mantra. Aha, also rechnen wir kurz nach: Mit 30.000 Windrädern konnte Deutschland vergangenes Jahr 3,6 Prozent seines Primärenergiebedarfs decken. Soll der Anteil auf nur gut ein Drittel steigen, müssten wir also 300.000 Turbinen im Land verteilen. Die Bundesrepublik umfasst 357.000 Quadratkilometer, heißt also: Rund eine Windkraftanlage pro Quadratkilometer. Gut, da sind noch die Windräder auf See, aber so groß ist die deutsche Wirtschaftszone in Nord- und Ostsee auch nicht.

Die Republik müsste auf jedem Quadratkilometer Land in etwa ein riesiges Windrad installieren, in Land und Stadt, in Wohn- wie Naturschutzgebiet. Eine Horrorgestalt, ästhetisch, gesundheitlich und ökologisch erst recht. Sollten Sie in ein paar Jahren durch das dergestalt entstellte Land stolpern, schlucken Sie Ihre Wut lieber runter. Denn wenn Sie einen Politiker fragen sollten, ob er diesen bizarren Albtraum nicht habe kommen sehen, wird er bloß mit den Achseln zucken: „Ja, hinterher ...!“

Immerhin: Um uns behutsam aufs „Hinterher“ vorzubereiten, predigen Ampelpolitiker in immer engerem Takt „Verzicht“ und „Weniger“. Sie meinen damit allerdings nicht Regierung und Parlament, also sich selbst: Mit 37 Parlamentarischen Staatssekretären streuen von dieser Sorte Kostgänger mehr im Bundestag herum denn je. Und das Bundeskanzleramt bekommt vierhundert zusätzliche Büroräume – die Baukosten sind fröhlich am Steigen: Nachdem zunächst 485 Millionen Euro angepeilt worden waren, geht man in diesem Jahr bereits von bis zu 640 Millionen aus. Den Erfahrungen zufolge dürfte die Milliardengrenze lässig gerissen werden. Dass das so teuer würde, wusste man dann natürlich auch erst „hinterher“.



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de